

Landes-
hauptstadt Kiel



Niederschriften der Sitzungen der Ratsversammlung Ab 1946

Stadtarchiv Kiel
Bestand Protokolle der Ratsversammlung
Signaturen P II/64 fortlaufend

Kiel, den 8. September 1955

Einladung

zu einer Sitzung der Ratsversammlung,
Donnerstag, den 15. September 1955, 15.00 Uhr,
Rathaus, Ratssaal

- - -

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen der Ratsversammlung vom 18.8. und 24.8.1955
2. Mitteilungen a) des Stadtpräsidenten
b) des Magistrats
3. Aufstellung eines Berliner Meilensteines - Drs. 583 -
Stadtrat Dr. Rüdell
4. 2. Änderung des Durchführungsplanes Nr. 40 - Drs. 575 -
Stadtrat Dr. Rüdell
5. 2. Änderung des Durchführungsplanes Nr. 73 - Drs. 576 -
Stadtrat Dr. Rüdell
6. Änderung des Durchführungsplanes Nr. 74 - Drs. 520 -
Stadtrat Dr. Rüdell
7. Durchführungsplan Nr. 137 - Dr. 577 -
Stadtrat Dr. Rüdell
8. Änderung des Aufbauplanes Nr. 4 - Drs. 578 -
Stadtrat Dr. Rüdell
9. Straßenbeleuchtung in der Siedlung Mettenhof bei Kiel,
Gemeinde Melsdorf - Drs. 579 -
Stadtrat Dr. Rüdell
10. Anschluß der Krupp'schen Kolonie an der Preetzer Straße
an die Vollkanalisation - Drs. 580 -
Stadtrat Dr. Rüdell
11. Ausbau des Westringes zwischen Schauenburger Straße und
Olshausenstraße - Drs. 581 -
Stadtrat Dr. Rüdell
12. Aussprache über den Bericht des Sonderausschusses zur
Beseitigung des mehrschichtigen Unterrichts

13. Schulbauprogramm aus Vorgriffsmitteln 1957/1958 - D
Frau Stadtschulrätin Jensen
14. Verlängerung des Vertrages mit der Kassenärztlichen
Vereinigung über die Krankenversorgung der Fürsorgeunterstützten
und Unterhaltshilfeempfänger unter gleichzeitiger Erhöhung
des Fallpauschales auf 12,-- DM - D
Stadtrat Engert
15. Darlehen an die Kieler Wohnungsbaugesellschaft mbH. zur
Förderung des sozialen Wohnungsbaues - D
Bürgermeister Dr. Fuchs
16. Aufnahme von Darlehen aus der wertschaffenden Arbeitslosen
Bürgermeister Dr. Fuchs - D
17. Plakatwettbewerb Kieler Woche 1956 - D
Oberbürgermeister Dr. Müthling
18. Beschaffung einer Bühne für die Ostseehalle - D
Stadtrat Hartmann
19. Antrag der Fraktion Kieler Block betr. Aussprache über die
Lärmbekämpfung in Kiel - D
20. Anfrage der Fraktion Kieler Block betr. Vergünstigungen für
Besucher aus der sowjetischen Besatzungszone - D
21. Verschiedenes

Nichtöffentliche Sitzung

1. Arbeitsplan für die Vorbereitung der Kieler Woche 1956
Oberbürgermeister Dr. Müthling
2. Vereinbarung über die Auflösung des Dienstvertrages mit
dem Generalintendanten Noller - Drs. 567 -
Frau Stadtschulrätin Jensen
3. Städtische Mietbeihilfen an leistungsschwache Familien. - Drs. 574 -
Stadtrat Engert
4. Aufnahme eines Darlehens von der Landesversicherungsanstalt
Schleswig-Holstein - Drs. 582 -
Bürgermeister Dr. Fuchs
5. Ankauf Brunswiker Straße 32 - Drs. 526 -
Bürgermeister Dr. Fuchs
6. Ankauf Hindenburgufer 85/86 - Drs. 533 -
Bürgermeister Dr. Fuchs
7. Austausch Schuhmacherstraße 10/Pfaffenstraße 2 und 4a/
Torstraße 5 gegen Dänische Straße 2 - 6/Markt 12 - Drs. 554 -
Bürgermeister Dr. Fuchs
8. Verkauf Schuhmacherstraße 10/Pfaffenstraße 2 und 4a/
Torstraße 5 - Teilflächen - - Drs. 555-
Bürgermeister Dr. Fuchs
9. Verkauf Hafenstraße 17 - Drs. 556 -
Bürgermeister Dr. Fuchs

Dr. Sievers

Kiel, den 8. September 1955

1+2 ab

8.9.55

1) Einladung

zu einer Sitzung der Ratsversammlung,
Donnerstag, den 15. September 1955, 15.00 Uhr,
Rathaus, Ratssaal.

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen der Ratsversammlung vom 18.8. und 24.8.1955
2. Mitteilungen a) des Stadtpräsidenten
b) des Magistrats
3. Aufstellung eines Berliner Meilensteines - Drs. 583 -
Stadtrat Dr. Rüdell
4. 2. Änderung des Durchführungsplanes Nr. 40 - Drs. 575 -
Stadtrat Dr. Rüdell
5. 2. Änderung des Durchführungsplanes Nr. 73 - Drs. 576 -
Stadtrat Dr. Rüdell
6. Änderung des Durchführungsplanes Nr. 74 - Drs. 520 -
Stadtrat Dr. Rüdell
7. Durchführungsplan Nr. 137 - Dr. 577 -
Stadtrat Dr. Rüdell
8. Änderung des Aufbauplanes Nr. 4 - Drs. 578 -
Stadtrat Dr. Rüdell
9. Straßenbeleuchtung in der Siedlung Mettenhof bei Kiel, - Drs. 579 -
Gemeinde Melsdorf
Stadtrat Dr. Rüdell
10. Anschluß der Krupp'schen Kolonie an der Preetzer Straße - Drs. 580 -
an die Vollkanalisation
Stadtrat Dr. Rüdell
11. Ausbau des Westringes zwischen Schauenburger Straße und - Drs. 581 -
Olshausenstraße
Stadtrat Dr. Rüdell
12. Aussprache über den Bericht des Sonderausschusses zur
Beseitigung des mehrschichtigen Unterrichts

13. Schulbauprogramm aus Vorgriffsmitteln 1957/1958 - 1
Frau Stadtschulrätin Jensen
14. Verlängerung des Vertrages mit der Kassenärztlichen -
Vereinigung über die Krankenversorgung der Fürsorgeunterstützten
und Unterhaltshilfeempfänger unter gleichzeitiger Erhöhung
des Fallpauschales auf 12,-- DM - 1
Stadtrat Engert
15. Darlehen an die Kieler Wohnungsbaugesellschaft mbH. zur -
Förderung des sozialen Wohnungsbaues - 1
Bürgermeister Dr. Fuchs
16. Aufnahme von Darlehen aus der wertschaffenden Arbeitslosen -
Bürgermeister Dr. Fuchs - 1
17. Plakatwettbewerb Kieler Woche 1956 - 1
Oberbürgermeister Dr. Müthling
18. Beschaffung einer Bühne für die Ostseehalle - 1
Stadtrat Hartmann
19. Antrag der Fraktion Kieler Block betr. Aussprache über die -
Lärmbekämpfung in Kiel - 1
20. Anfrage der Fraktion Kieler Block betr. Vergünstigungen für -
Besucher aus der sowjetischen Besatzungszone - 1
21. Verschiedenes

Nichtöffentliche Sitzung

1. Arbeitsplan für die Vorbereitung der Kieler Woche 1956
Oberbürgermeister Dr. Müthling
2. Vereinbarung über die Auflösung des Dienstvertrages mit
dem Generalintendanten Noller - Drs. 567 -
Frau Stadtschulrätin Jensen
3. Städtische Mietbeihilfen an leistungsschwache Familien - Drs. 574 -
Stadtrat Engert
4. Aufnahme eines Darlehens von der Landesversicherungsanstalt
Schleswig-Holstein - Drs. 582 -
Bürgermeister Dr. Fuchs
5. Ankauf Brunswiker Straße 32 - Drs. 526 -
Bürgermeister Dr. Fuchs
6. Ankauf Hindenburgufer 85/86 - Drs. 533 -
Bürgermeister Dr. Fuchs
7. Austausch Schuhmacherstraße 10/Pfaffenstraße 2 und 4a/
Torstraße 5 gegen Dänische Straße 2 - 6/Markt 12 - Drs. 554 -
Bürgermeister Dr. Fuchs
8. Verkauf Schuhmacherstraße 10/Pfaffenstraße 2 und 4a/
Torstraße 5 - Teilflächen - Drs. 555-
Bürgermeister Dr. Fuchs
9. Verkauf Hafenstraße 17 - Drs. 556 -
Bürgermeister Dr. Fuchs

- 2) An
a) Kieler Nachrichten
b) Schleswig-Holsteinische Volkszeitung

Ratsversammlung. Sitzung am Donnerstag, dem 15.9.1955, 15 im Ratssaal des Rathauses in Kiel. Tagesordnung: Öffentliche Sitzung: 1. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen der Ratsversammlung vom 18.8. und 24.8.1955. 2. Mitteilung über die Verhandlung über die Veräußerung des Grundstückes Nr. 137. 3. Aufstellung eines Berliner Meilensteines. 4. 2. Änderung des Durchführungsplanes Nr. 40 für das Baugebiet Beselerallee/Knooper Weg/Bremer Straße/Holtenauer Straße. 5. 2. Änderung des Durchführungsplanes Nr. 73 für das Baugebiet Küterstraße/Martensdamm/Haßstraße/Markt. 6. Änderung des Durchführungsplanes Nr. 74 für das Baugebiet Haßstraße/Martensdamm/Falckstraße. 7. Durchführungsplan Nr. 137 für das Baugebiet Ernestinenweg zwischen Pickertstraße und Ostring. 8. Änderung des Aufbauplanes Nr. 4 für das Grundstück Holtenauer Straße 230. 9. Straßenbeleuchtung in der Siedlung Mettenhof bei Kiel. 10. Anschluß der Krupp'schen Kolonie an der Preetzer Straße an die Vollkanalisation. 11. Ausbau des Westringes zwischen Schauenburger Straße und Olshausenstraße. 12. Aussprache über den Bericht des Sonderausschusses zur Beseitigung des mehrschichtigen Unterrichts. 13. Schulbauprogramm aus Vorgriffsmitteln 1957/1958. 14. Verlängerung des Vertrages mit der Kassenärztlichen Vereinigung über die Krankenversorgung der Fürsorgeunterstützungs- und Unterhilfsempfänger unter gleichzeitiger Erhöhung des Fallpauses auf 12,-- DM. 15. Darlehen an die KWG. zur Förderung des Wohnungsbaues. 16. Aufnahme von Darlehen aus der wertschöpfenden Arbeitslosenfürsorge. 17. Plakatwettbewerb Kieler Woche 1956. 18. Beschaffung einer Bühne für die Ostseehalle. 19. Antrag der Fraktion Kieler Block betr. Aussprache über die Lärmbekämpfung in Kiel. 20. Anfrage der Fraktion Kieler Block betr. Vergünstigungen für Besucher aus der sowjetischen Besatzungszone. 21. Verschiedenes. Nichtöffentliche Sitzung: 1. Kieler Woche 1956. 2. Personalangelegenheit. 3. Mietbeihilfen. 4. Darlehensangelegenheit. 5. - 9. Grundstücksangelegenheiten. - Der Präsident. -

- 3) Eine Tagesordnung ist im Rathaus auszuhängen. 3/90 K.
4) Z.d.A.

R. Sievers
(Dr. Sievers)

F. Sievers

Zu Punkt 3 der Tagesordnung

Der Magistrat
- Stadtplanungsamt -

Kiel, den 8. September 1955

Drucksache 583

Betrifft: Aufstellung eines "Berliner Meilenstein".

Berichterstatter: Stadtrat Dr. R ü d e l .

Antrag: Der Aufstellung eines "Berliner Meilenstein" auf dem Berliner Platz nahe der Ecke Andreas-Gayk-Straße gemäß Lageplan des Stadtplanungsamtes vom 31.8.1955, Punkt 4, wird zugestimmt.

Begründung

Die Landsmannschaft Berlin - Mark Brandenburg hat die Anregung gegeben, einen "Berliner Meilenstein" in der Landeshauptstadt Kiel aufzustellen. Sie schlägt als Standorte entweder den Berliner Platz oder einen Punkt an der Ausfallstraße nach Berlin, etwa bei "Toweddern", vor. Durch die Aufstellung des Steines an einem so entlegenen Ort am Stadtrande wird der ideelle Zweck, nämlich den Gedanken an Berlin wachzuhalten, jedoch nicht erreicht.

Das Stadtplanungsamt hat für den Berliner Platz 4 Aufstellungsmöglichkeiten vorzuschlagen, die in einem Lageplan eingezeichnet sind, der in der Sitzung ausgehängt wird. Skizzen für die Ausführung des Steines, jeweils den verschiedenen Standorten entsprechend, werden gleichfalls ausgehängt.

1) Anstelle des Gefangenenmahnmals.

Dies setzt voraus, daß das Gefangenenmahnmal, etwa durch die jetzt beginnenden Verhandlungen mit Sowjetrußland, bald entbehrlich wird. Weiterhin würde sich als Folge ergeben, daß der beabsichtigte Bau eines Pavillons mit Telefonzellen, Normaluhr, Aushangtafeln für die Theater und die Ostseehalle, der zugleich auch die Kabelverteilerkästen der Stadtwerke aufnehmen sollte, an dieser Stelle nicht mehr errichtet werden kann, so daß hierfür eine andere Lösung gesucht werden müßte. Ausführung "A".

2) An der südwestlichen Ecke des Bootshafens.

Der Standort ist städtebaulich günstig, obwohl vom Verkehrsstrom abgelegen. Der "Meilenstein" müßte hier eine stärkere und höhere Masse bekommen. Die Ausführung wird also hier teurer. Ausführung "B".

3) An der Fahrbahnkante der Ausfahrt in Richtung Lübeck-Berlin, gegenüber dem Hause Meislahn.

Auch hier könnte die Aufstellung erst erfolgen, wenn das Gefangenenmahnmal in Fortfall kommt. Der "Meilenstein" läge hier unmittelbar am Fußgängerstrom und an der Fahrtrichtung nach Berlin. Nachteil: eine Reihe von Verkehrszeichen und ein Straßenbahnoberleitungsmast in geringer Entfernung, von denen aber ein Verkehrsschild in Fortfall kommen dürfte. Der "Meilenstein" hat zwar vornehmlich einen ideellen Zweck, ist aber im Grunde genommen auch ein Verkehrszeichen. Der unter 1) erwähnte Pavillon wird durch die Aufstellung hier nicht beeinflusst. Ausführung "A".

- 4) Wie 3), jedoch weiter südlich, etwa Ecke Andreas-Gayk-Straße. Beziehung zum Platz und zur Fahrtrichtung Berlin. Der in der Nähe stehende, abgestorbene Baum muß neu gepflanzt werden. Das vielleicht bedenkliche gleichzeitige Vorhandensein des Gefangenenmahnmals kann für die absehbare Zeit als tragbar angesehen werden. Ausführung "A".

Die Kosten für die beiden Ausführungen "A" und "B" sind von Tiefbauamt überschläglich, wie folgt, ermittelt worden:

Ausführung A

Lieferung und Aufstellung einschl.
Gründungsarbeiten u. Befestigung 2500,-- DM

Ausführung B

Lieferung und Aufstellung einschl.
Gründungsarbeiten, Wiederherstellung
der Kaimauerkrone, des Geländers und
der Befestigung 4500,-- DM

(zu Grunde gelegt ist die Ausführung des Steines in einem Stück bei Vorschlag A und bei Vorschlag B in drei gleichen, vollen Teilen aus feinkörnigem hellgrauen Granit, grob gestockt).

Der Magistrat hat sich in seiner Sitzung am 7.9.1955 für den Standort 4 des Lageplanes vom 31.8.1955, Ausführung "A", ausgesprochen und eine entsprechende Vorlage an die Ratsversammlung beschlossen.

Dr. R ü d e l

Stadtrat

Zu Punkt 4 der Tagesordnung

Bauausschuß
- Stadtplanungsamt -

Kiel, den 7. September 1955

Drucksache 575

Betr.: 2. Änderung des Durchführungsplanes Nr. 40.

B.E.: Stadtrat Dr. Rüdel.

Antrag: Der 2. Änderung des Durchführungsplanes Nr. 40 für das Baugebiet Beselerallee/Knooper Weg/Bremerstraße/Holtenauer Straße wird zugestimmt.

Begründung

Für die Bebauung der Grundstücke Holtenauer Straße/Ecke Knooper Weg ist in Abweichung der festgelegten Baulinie eine Überschreitung vorgesehen. Zugleich ergeben sich aus dieser städtebaulichen Lösung geringe Abweichungen in der Baulinie für die Grundstücke Holtenauer Straße 103 b, 105, 107. Ferner wird für die Eckbebauung die im Durchführungsplan bisher ausgewiesene Geschößzahl vergrößert. Das Projekt sieht 6 Vollgeschosse und ein halbes zurückgesetztes Dachgeschöß vor. Die gleiche Änderung der Geschößzahl wird für das Grundstück Knooper Weg 188 beantragt.

Städtebauliche Bedenken gegen diese Überschreitungen bestehen nicht. Es wird im Gegenteil mit dieser Maßnahme eine günstige Abdeckung von Altbauten erreicht. Der Überbauung der Bauflucht des Baukörpers zwischen Holtenauer Straße und Knooper Weg durch Vordächer im 1. Geschöß kann aus gestalterischen Gründen zugestimmt werden.

Mit dieser Änderung soll zugleich die beschlossene Abweichung vom Durchführungsplan betr. Bebauung Bremerstraße/Knooper Weg im Durchführungsplan berichtigt werden.

Borchert
Stadtrat

Zu Punkt 5 der Tagesordnung

Bauausschuß
- Stadtplanungsamt -

Kiel, den 7. September 1955

Drucksache 576

Betr.: 2. Änderung des Durchführungsplanes Nr. 73.

B.E.: Stadtrat Dr. Rüdell

Antrag: Der 2. Änderung des Durchführungsplanes Nr. 73 für das Baugebiet Küterstraße/Martensdamm/Haßstraße/Markt wird zugestimmt.

Begründung

Für die Grundstücke Martensdamm 13-16, Küterstraße 26, 28 und 30 sowie Haßstraße 19a sollen die Bebauungsgrenzen sowie die bauliche Ausnutzbarkeit neu festgesetzt werden. Die bisher vorgesehene Ausweisung als Geschäftsgebiet bleibt bestehen. Das Gebäude an der Front des Martensdamms wird aus Gründen der städtebaulichen Gestaltung nach Westen verlängert. Dadurch rückt die Bauflucht der Küterstraße bei den Grundstücken Küterstraße 26, 28 vor. Das Grundstück Haßstraße 19a wird geteilt, so daß auch hier neue Bebauungsgrenzen festgelegt werden. Die Bebauung des Grundstücksteiles an der Haßstraße wird in 2-geschossiger Bauweise vorgesehen. Stadtplanerische Bedenken bestehen gegen diese Änderung nicht.

Für das von der Küterstraße/Markt/Haßstraße/Faulstraße umschlossene Gebiet ist im Durchführungsplan die Neuordnung des Grund und Bodens im Wege einer Umlegung vorgesehen. Bei der Vielzahl der Einzelgrundstücke dürften für ein gesamtes Umlegungsverfahren Schwierigkeiten auftreten, so daß auch die Inangriffnahme der Baumaßnahmen verzögert wird.

Es wird daher ein Zusammenlegungsgebiet nur für die Grundstücke Küterstraße 8, 10, 12, 14, 16, 18 und Faulstraße 40, 42, 44, 46, 48 und Haßstraße 17 vorgesehen.

Eine Änderung der Bebauung ist nicht vorgesehen, die Ausweisung des Durchführungsplanes bleibt wie bisher bestehen.

Borchert
Stadtrat

Der Magistrat

B a u a u s s c h u ß
- Stadtplanungsamt -

Kiel, den 11. August 1955

Drucksache 520

Betr.: Änderung des Durchführungsplanes Nr. 74.

B.E.: Stadtbaurat Jensen

Antrag: Der Änderung des Durchführungsplanes Nr. 74 für das Baugebiet Haßstraße/Martensdamm/Falckstraße wird zugestimmt.

Begründung

Bezüglich der Ordnung der Bebauung am Martensdamm zwischen Falckstraße und Klosterkirchhof tritt eine Änderung des bisher aufgestellten Durchführungsplanes ein. Die Bauflucht soll entsprechend dem noch bestehenden Gebäude auf dem Grundstück Martensdamm 27 auch für die Nachbarhäuser maßgebend sein. Die Geschossigkeit soll bei diesen beiderseits seitlich angrenzenden Gebäuden mit 5 Geschossen = ca. 15 m Gesimshöhe zugelassen werden, so daß der Altbau von 5 auf 4 Geschosse herabgezont wird und in der endgültigen Lösung alle 3 Bauten gleiche Gesims- und Firsthöhen erhalten. Der ursprüngliche Vorschlag bei der Aufstellung des Durchführungsplanes sah eine 4-geschossige Bebauung bei zurückverlegter Bauflucht vor. Die Beibehaltung der Baufluchtlinie wird damit begründet, daß mit Rücksicht auf den schlechten Baugrund die Fundamente der zerstörten Häuser wieder verwendet werden sollen und das bestehende Haus Martensdamm 27 in seiner Bausubstanz nach Ansicht des Architekten noch als einwandfrei bezeichnet wird. Die Frage der First- und Gesimshöhe ist im Hinblick auf die städtebauliche Gesamtsituation am Kleinen Kiel durch den Gutachterbeirat geprüft worden, der ebenfalls dieser vorgesehenen Änderung zugestimmt hat.

J e n s e n
Stadtbaurat

Drucksache 577

Betr.: Durchführungsplan Nr. 137.

B.E.: Stadtrat Dr. Rüdell

Antrag: Dem Durchführungsplan Nr. 137 - Baugebiet Ernestinenstraße zwischen Pickertstraße und Ostring - wird zugestimmt.

Begründung

Städtebauliche Maßnahmen

In Angleichung an den Aufbauplan Nr. 2 für das Stadtgebiet Kiel soll das vorliegende Baugebiet als reines Wohngebiet ausgewiesen werden. Für die Grundstücke Pickertstraße 43a und 45 ist im Anschluß an die bereits bestehende Bebauung eine mit gleicher Gesimshöhe und Dachausbildung mehrgeschossige Randbebauung vorgesehen, die sich einschließlich des Eckgrundstücks bis zum Grundstück Ernestinenstraße 3-5 (teilweise) herumzieht. Es ist lediglich bei der Eckbebauung die Ausklinkung des Gebäudes zu beachten. Die sich daran anschließenden Grundstücksflächen sollen unter Zurückverlegung der Bauflucht in 2-geschossiger geschlossener Bauweise bebaut werden. Hierbei ist der Bau von Einfamilienreihenhäusern vorgesehen. Es ist daher zur Durchführung dieser geplanten Maßnahme eine Zusammenlegung nach dem Aufbaugesetz vorgesehen, die sich auf die Grundstücke Ernestinenstraße 15, 17, 19, 21 und Teile des Grundstücks 5 - 13 erstreckt. Sollte im Wege einer freiwilligen Übereinkunft eine derartige Bebauung erreicht werden, die sich mindestens auf 4 - 6 Einheiten erstreckt, kann von der Bildung eines Zusammenlegungsgebietes abgesehen werden.

Für den hinteren Grundstücksteil des großen Grundstücks Ernestinenstraße 5-13 kann die derzeitige Nutzung als Kohlenplatz mit der Maßgabe beibehalten werden, daß eine ausreichende Abschirmung durch Grünanpflanzungen zu den Wohngebäuden erfolgt. Die an der Grenze zu den Grundstücken Pickertstraße 41, 43 und 43a sowie Ernestinenstraße 3 z.Zt. bestehenden eingeschossigen Gebäude sind zum Abbruch vorgesehen. Diese Grundstücksflächen sollen in Zukunft nicht mehr baulich genutzt werden.

Maßnahmen zur Ordnung des Grund und Bodens

Zur Durchführung der geplanten Maßnahmen sind vorgesehen:

1. Zusammenlegung nach §§ 40 ff Aufbaugesetz für die Grundstücke Ernestinenstraße 5-13, 15, 17, 19, 21.
2. Grenzausgleich nach § 16 Aufbaugesetz zwischen den Grundstücken Ernestinenstraße 3, Pickertstraße 43a und 45.

Außerdem ist für die Grundstücke Pickertstraße 43a, 45 und Ernestinenstraße 3 die Bildung einer Hofgemeinschaft vorgeseh.
Kosten entstehen für die Stadt nicht.

Borchert
Stadtrat

Zu Punkt 8 der Tagesordnung

Kiel, den 7. September 1955

Bauausschuß
- Stadtplanungsamt -

Drucksache 578

Betr.: Änderung des Aufbauplanes Nr. 4.

B.E.: Stadtrat Dr. Rüdell

Antrag: Der Änderung des Aufbauplanes Nr. 4 für das Grundstück Holtenauer Straße 230 wird zugestimmt.

Begründung

Für das o.a. Grundstück ist nach dem Aufbauplan 4 für das Stadtgebiet Kiel an der Flucht Holtenauer Straße eine geschlossene und entlang der Flucht Düvelsbeker Weg einschließlich rückwärtigem Grundstücksteil eine offene Bebauung vorgesehen. Das vorliegende Projekt für die Bebauung dieses Grundstücks sieht an der Holtenauer Straße im Anschluß an die bestehende Randbebauung eine 6-geschossige Bebauung vor. Auf dem rückwärtigen Gelände ist ein größerer 6-geschossiger Baukörper vorgesehen, der durch einen Zwischenbau mit der Randbebauung an der Holtenauer Straße verbunden ist. Ferner ist in der Verlängerung der Bebauung an der Holtenauer Straße an der Ecke des Grundstücks eine Tankstelle vorgesehen. Die Einfahrt erfolgt von der Holtenauer Straße und die Ausfahrt zum Düvelsbeker Weg. Im Hinblick auf die durch den Aufbauplan festgelegte Ausnutzbarkeit des rückwärtigen Geländes tritt mit dieser Bebauung eine Überschreitung ein, so daß der Aufbauplan hierfür in eine geschlossene Bauweise geändert werden muß.

Borchert
Stadtrat

Zu Punkt 9 der Tagesordnung

Bauausschuß
Tiefbauamt

Kiel, den 7. September 1955

Drucksache 579

Betr.: Straßenbeleuchtung in der Siedlung Mettenhof bei
Kiel, Gem. Melsdorf

Berichterstatter: Stadtrat Dr. R ü d e l

- Antrag: 1) Dem Ausbau der Straßenbeleuchtung in der in der
Gemeinde Melsdorf gelegenen Siedlung Mettenhof
durch die Stadt Kiel wird mit der Maßgabe zuge-
stimmt, daß die verauslagten Kosten von der Landes-
treuhandstelle wieder einzuziehen sind, soweit
das aufgrund der Rechtsverhältnisse möglich ist.
- 2) Bei der neu einzurichtenden Haushaltstelle
701/6.96 - Bau der Straßenbeleuchtung in der Sied-
lung Mettenhof - wird eine außerplanmäßige Aus-
gabe von 1 800,-- DM genehmigt. Die Deckung erfolgt
durch Sperrung eines gleichhohen Betrages bei der
Haushaltstelle 98/681 - Verstärkungsmittel -.

Begründung:

Zum Bau einer Siedlung am Stadtrand erwarb die Stadt Kiel im
Jahre 1937 von dem Hof Mettenhof eine Fläche, die anschließend
parzelliert wurde. Die Stadt Kiel schloß im gleichen Jahre mit
der damaligen Heimstätte Schleswig-Holstein GmbH. einen Erb-
bauvertrag, der unter anderem auch den Ausbau der projektier-
ten Siedlungsstraßen durch die Heimstätte nach dem Bauprogramm
der Stadt Kiel vorsah.

Diese Bauarbeiten sind auch bis auf den Ausbau des Brandsbeker
Weges und die Herstellung der Straßenbeleuchtung durchgeführt
worden. Sie wurden durch den Krieg unterbrochen und die jet-
zige Landestreuhandstelle für Wohnungs- und Kleinsiedlungswesen
in Schleswig-Holstein trat die Nachfolge der Heimstätte an.
Eine seinerzeit gegründete Wegeunterhaltungsgenossenschaft
hat sich inzwischen wieder aufgelöst.

Die Landestreuhandstelle lehnt es ab, den Brandsbeker Weg aus-
zubauen, weil nach ihrer Ansicht dieser Ausbau nicht zum Ver-
tragsinhalt gehört. Leider ist der Vertragsplan im Kriege ver-
lorengegangen. Auch die Herstellung der Straßenbeleuchtung,
die der Vertrag ausdrücklich vorsieht, wird von der Nachfolge-
rin der Heimstätte, der Landestreuhandstelle, abgelehnt. Die
Verhandlungen wegen Erfüllung der vertraglichen Verpflichtun-
gen schweben noch und werden sich voraussichtlich noch län-
gere Zeit hinziehen.

Die Gemeinde Melsdorf bittet im Interesse der Bevölkerung dieser Siedlung, die größtenteils in Kiel arbeitet, dringend, Beginn des Winters eine Straßenbeleuchtung herzustellen. Die Stadt selbst hält sich für den weiteren Ausbau der Straßen, die Hauptstraßen der Stadt Kiel sind, nicht verpflichtet, hat sich aber bereit erklärt, nach dem Ausbau der Beleuchtung die laufenden Unterhaltungskosten hierfür zu tragen. Der Wunsch der Bevölkerung nach Beleuchtung ist berechtigt, zumal in anderen Stadtrand-siedlungen im vorherigen Winter eine Beleuchtung hergestellt wurde. Die Bevölkerung hat stärkste Beziehungen zu Kiel. Hinsichtlich der Schulverhältnisse erfolgte mit der Gemeinde Melsdorf inzwischen eine Verständigung. Es besteht daher der Wunsch, daß die Stadt Kiel in der Beleuchtungsfrage ein gleiches Entgegenkommen zeigen möge.

Aus den Meinungsverschiedenheiten, die zwischen der Stadt und der Landestreuhandstelle in diesem Punkte bestehen, sollen der Bevölkerung keine Nachteile erwachsen. Die Stadt will sich vorbehalten, die verauslagten Kosten von der Landestreuhandstelle wieder einzuziehen. Zur Vermeidung einer gerichtlichen Klage ist gegenüber der Landestreuhandstelle angeregt worden, Vergleichsverhandlungen zu beginnen.

Es wird gebeten zu genehmigen, daß zunächst die Stadt Kiel durch die Stadtwerke Kiel die Straßenbeleuchtung in der Siedlung Mettenhof ausbauen läßt und daß die hierfür erforderlichen Mittel in Höhe von 1 800.-- DM bereitgestellt werden.

In Vertretung:

B o r c h e r t
Stadtrat

Zu Punkt ... der Tagesordnung

Bauausschuß
Tiefbauamt

Kiel, den 7. September 1955

Drucksache 580

Betr.: Anschluß der "Krupp'schen Kolonie" an der Preetzer Straße an die Vollkanalisation

Berichterstatter: Stadtrat Dr. R ü d e l

Antrag: Der Firma Fried. Krupp Germaniawerft AG. i.L. wird ein Zuschuß zum Anschluß der Hausabortanlagen und der Abwässer an die Vollkanalisation der Stadt Kiel in Höhe von DM 20 000,-- gewährt.

Zur Schaffung der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen wird eine außerplanmäßige Ausgabe bei der neu einzurichtenden Haushaltstelle 7021/523 - Zuschuß an die Firma Fried. Krupp Germaniawerft AG. i.L. für den Anschluß der Krupp'schen Kolonie an die Vollkanalisation - genehmigt.

Die Deckung erfolgt durch Sperrung eines gleich hohen Betrages bei der Haushaltstelle 98/681 - Verstärkungsmittel --.

Begründung:

Die Firma Fried. Krupp Germaniawerft AG. i.L. will ihre Wohnblocks am Ostring, an der Blitzstraße, an der Greifstraße und an der Preetzer Straße, die unter dem Namen "Krupp'sche Kolonie" bekannt sind, an die Vollkanalisation und damit an das Bülker System anschließen. Zur Zeit bestehen Fallrohraborte, die in Sammelgruben mit Fäkalabfuhr entwässert werden.

Die Straßen sind Privatstraßen der Firma Fried. Krupp Germaniawerft AG. i.L. und von der Stadt Kiel noch nicht übernommen. Die Stadt unterhält lediglich einen Kanal, der von der Preetzer Straße durch die Blitzstraße bis zur Hälfte der Greifstraße geht. An diesen städtischen Kanal sollen alle Häuser angeschlossen werden. Dadurch wird vermieden, daß die Stadt Kiel in dem Privatstraßenteil des Ostringes und in einem Teilstück der Greifstraße zur Schaffung der Vorflut einen besonderen Straßenkanal baut.

Entwässerungstechnisch bestehen hinsichtlich des Vorschlages der Firma Fried. Krupp Germaniawerft AG. i.L. keine Bedenken. Die Firma erbittet aber für die Herstellung der Anlage

einen Zuschuß in Höhe der Kosten, die die Stadt aus dem Verzicht zur Anlage eines besonderen Straßenkanals im Osterring und in der Greifstraße erspart. Das sind DM 20 000,-. Die weiteren Kosten muß die Firma Fried. Krupp Germaniawerft AG. i.L. allein tragen.

Seitens der Stadt ist es sehr erwünscht, daß dieses alte Wohngebiet entwässerungsmäßig saniert wird. Die Beteiligung der Stadt in Höhe von DM 20 000,- ist gerechtfertigt. Es werden 260 Sitze angeschlossen, die mit je DM 30,- ein jährliche Einnahme von DM 7800,- ergeben.

Mit der Firma Fried. Krupp Germaniawerft AG. i.L. wird nach Bereitstellung der Mittel eine verbindliche Vereinbarung mit allen Einzelheiten getroffen werden. Die neu geschaffenen Anschlüsse mit den Zuleitungen zu dem städtischen Sammelkanal verbleiben im Eigentum der Firma Fried. Krupp Germaniawerft AG. i.L., womit auch die dauernde Unterhaltung verbunden ist.

In Vertretung:

B o r c h e r t
Stadtrat

Zu Punkt 11 der Tagesordnung

Bauausschuß
Tiefbauamt

Kiel, den 7. September 1955

Drucksache 581

Betr.: Ausbau des Westringes zwischen Schauenburgerstraße
und Olshausenstraße

Berichterstatter: Stadtrat Dr. R ü d e l

Antrag: 1) Bei der Haushaltstelle V 651/1754 - Ausbau der westlichen Fahrbahn des Westringes zwischen Schauenburgerstraße und Olshausenstraße - wird eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 50 000,- DM mit der Maßgabe bewilligt, daß dieser Betrag in den außerordentlichen Nachtragshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1955 einzubeziehen ist.

2) Die überplanmäßige Ausgabe ist wie folgt zu decken:

a) 38 400,- DM aus der Haushaltstelle V 651/1756
- Ausbau des Streitkamp zwischen
Gärtnerstraße und Rendsburger
Landstraße -

b) 11 600,- DM aus der Haushaltstelle V 7021/1543
- Bau von Schmutz- und Regenwasser-
kanälen im Streitkamp von der
Gärtnerstraße bis Rendsburger
Landstraße -

Begründung:

Die Kosten für den Ausbau der Fahrbahn westlich des Westringes zwischen Schauenburgerstraße und Olshausenstraße waren bei Aufstellung des Zusatzbauprogramms für den Nachtragshaushalt 1954 im Spätsommer 1954 unter Zugrundelegung der damaligen Preise mit 200 000,- DM ermittelt worden. Da die benötigten Tagewerke erst im Haushaltsjahr 1955 zur Verfügung gestellt werden konnten, mußte der Beginn der Arbeiten um etwa 1 Jahr zurückgestellt werden. Bereits bei Vorlage des Kostenanschlages in der Bauausschußsitzung am 31.5.55 bzw. am 1.6.55 im Magistrat hatte das Tiefbauamt darauf hingewiesen, daß auf Grund einiger vorgenommener Planungsänderungen (Verbreiterung der Fahrbahn von 6 m auf 7 m), aber vor allem auf Grund der inzwischen eingetretenen erheblichen Preissteigerungen für die Ausführung dieser Arbeiten eine Summe von 232 300,- DM benötigt wird. In dieser Höhe war seinerzeit auch der Kostenanschlag vom Magistrat genehmigt worden. Die nachfolgende Ausschreibung hatte jedoch ein noch ungünstigeres Ergebnis gebracht als in dem Kostenanschlag veranschlagt war. Z.B. war der Preis für Packlagegestein, das im Sommer 1954 noch

mit 15,- DM/t geliefert wurde und vom Tiefbauamt bereits mit 20,- DM/t veranschlagt war, von dem billigsten Bieter mit 26,- DM bzw. 26,80 DM/t angeboten worden.

Nach dem jetzigen Stand der Bauarbeiten ist zu übersehen, daß insgesamt 250 000,-- DM benötigt werden, um das Bauvorhaben, wie vorgesehen, fertigzustellen.

Im Einvernehmen mit dem Kämmereramt wird vorgeschlagen, die fehlenden 50 000,-- DM durch Zurückstellung des ebenfalls im Nachtragshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1954 vorgesehenen Ausbaus des Streitkampfs zu decken. Die für dieses Bauvorhaben zur Verfügung stehenden Eigenmittel in Höhe von 51 000,-- DM stehen der Stadt Kiel bereits seit längerer Zeit zur Verfügung (zusätzliches 1,5 Mio Straßenbauprogramm 1954). Der sofortige Ausbau des Streitkampfs ist d.E. nicht zwingend, da bestimmte Bauabsichten am Streitkamp noch nicht vorliegen. Dieses Bauvorhaben kann daher d.E. ohne weiteres bis zum Frühjahr 1956 zurückgestellt werden.

In Vertretung:

B o r c h e r t
Stadtrat

Zu Punkt 4 der Tagesordnung.

Mitteilung des Stadtpräsidenten in der Sitzung der Ratsversammlung am 18.8.1955.

In der letzten Sitzung der Ratsversammlung vom 30.6.1955 -also vor den Parlamentsferien - wurde ein Sonderausschuß eingesetzt unter Vorsitz des Stadtpräsidenten, der Mittel und Wege erarbeiten sollte, um den Kieler Schulen möglichst schnell zu einem durchgehenden Vormittagsunterricht zu verhelfen. Es handelt sich hierbei um Vorschläge.
Der Beschluß lautete:

Zur schnelleren Beseitigung des mehrschichtigen Unterrichts wird ein Sonderausschuß eingesetzt, der aus 5 Ratsherren einschließlich des Vorsitzenden besteht. Den Vorsitz führt der Stadtpräsident. Der Sonderausschuß, der seine Arbeit sofort aufnimmt und bis spätestens Ende des Jahres abschließen will, erarbeitet Vorschläge, die geeignet sind, den mehrschichtigen Unterricht beschleunigt zu beseitigen. Die Beratung der Vorschläge des Sonderausschusses und die Beschlußfassung über sie erfolgen auf üblichem Wege.

Der Sonderausschuß hat in zahlreichen Sitzungen und durch verschiedene Ortsbesichtigungen die Verhältnisse an den einzelnen Volks- und Mittelschulen überprüft und die notwendige Grundlage zur Lösung des Problems erarbeitet.

Neben organisatorischen Änderungen in einzelnen Schulbetrieben und -bezirken, neben dem Aufzeigen von Behelfslösungen, neben der Forcierung des Schulbauprogramms von 1954/55 erweist sich als wesentliche Hilfe der Vorgriff auf Landesmittel für 1957.

Der Sonderausschuß wird daher der nächsten Ratsversammlung den Vorschlag unterbreiten, die gesamte städt. Haushaltswirtschaft mit dem Ziele zu überprüfen, weitere zusätzliche Mittel für die so vordringlichen Maßnahmen zur Erreichung des Vormittagsunterrichts an allen Kieler Schulen zu gewinnen. Nach den bisherigen Arbeitsergebnissen des Sonderausschusses besteht begründete Aussicht, den Vormittagsunterricht für alle Schulen bis Ostern 1957 durchzuführen.

Einzelheiten über die Verwirklichung seines Programms wird der Ausschuß auf dem üblichen Wege zur gegebenen Zeit über den Schulausschuß an den Magistrat und die Ratsversammlung weiterleiten.

Schon jetzt läßt sich erkennen, daß ab Ostern 1956 in den Schulen auf dem Ostufer wesentliche Erleichterungen im Hinblick auf den Vormittagsunterricht eintreten werden.

V e r m e r k:

Diese Mitteilung wird nachträglich überreicht. Die Zustellung war unterblieben, weil die Auffassung bestand, daß die von Herrn Stadtrat Schatz beantragte Verteilung an alle Mitglieder der Ratsversammlung durch den von Herrn Stadtrat Dr. Meier angekündigten vollständigen Bericht überholt sei.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung.

Bericht des Sonderausschusses "Schule"
an die Ratsversammlung am 15. 9. 1955

I.

Der Sonderausschuß hat in Verfolg des von der Ratsversammlung am 30.7.1955 erhaltenen Auftrages während der Parlamentsferien über das Problem der schnellstmöglichen Beseitigung des Nachmittagsunterrichts in den Kieler Schulen wiederholt beraten. Vertreter des Schulamtes, Kämmereriamtes, Bauamtes und Statistischen Amtes sowie der Lehrerschaft wurden zu den einzelnen Sitzungen hinzugezogen. Das bisherige Ergebnis der Arbeit des Sonderausschusses wird hiermit zusammen mit seinen Empfehlungen vorgelegt.

II.

Die Wiederherstellung normaler Schulverhältnisse an allen Kieler Schulen wird trotz zurückgehender Schülerzahl noch Jahre des Wiederaufbaues beanspruchen. Es werden viele Schulen in Kiel erbaut werden müssen, ehe es auf dem Wege des Schulneubaus gelingt, jeder Schülerklasse ihre Stammklasse und die ferner notwendigen Fachklassen zur Verfügung stellen zu können. Dies gilt unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß alle nur verfügbar zu machenden Etatmittel in sparsamer und rationeller Weise für den Schulneubau der nächsten Jahre eingesetzt werden, und damit die Baukapazität ausgenutzt wird. Dieser "klassische" Weg der Beseitigung der Schulraumnot kann, wenn nur er gewählt wird, die Herstellung erträglicher Schulverhältnisse in angemessener Zeit nicht erbringen. Es kann aber weder den Eltern und Kindern noch der Lehrerschaft zugemutet werden, auf normale Unterrichtsverhältnisse zu warten, ohne daß eine vorherige Entlastung versucht wird.

Der Sonderausschuß hat deshalb nach Mitteln und Wegen gesucht, durch deren Anwendung zu einem kürzer gesteckten Termin der ausschließliche Vormittagsunterricht an allen Kieler Schulen eingeführt werden kann. Dabei wurde keinen Augenblick die außerdem notwendig bleibende Forcierung des Schulneubaus außer acht gelassen. Sie ist für die Herstellung normaler Schulverhältnisse von ausschlaggebender Bedeutung.

III.

Der Sonderausschuß ist in eingehenden Untersuchungen und auf Grund statistischer Unterlagen zu folgendem Ergebnis gekommen: Man kann nicht mit Einzelaktionen den Notstand im Kieler Schulwesen grundsätzlich beheben. Die Organisation der Kieler Schulen muß als Ganzes gesehen und behandelt werden. Jede Maßnahme zu Gunsten einer Schule muß vom Blickpunkt des Gesamtplanes aus beurteilt werden.

Unter diesem Gesichtspunkt sind vorgesehen:

- A.) Sofortmaßnahmen unter Zugrundelegung des heute bereits vorhandenen Raumes (wirksam ab 15.10.1955),
- B.) Maßnahmen, die sich aus den zur Zeit bereits laufenden Programmen und sofort aufgreifbaren Möglichkeiten ergeben und ab Ostern 1956 wirksam werden,
- C.) Planungen (Neubauten) und Berechnungen, die bis Ostern 1957 zu erfüllen sind.

Im einzelnen ist zur Durchführung dieses Programmes erforderlich:

- 1) Rationelle Stundenplangestaltung zur ununterbrochenen Ausnutzung aller zur Verfügung stehenden Stamm- und Fachklassen sowie sonstiger etwa noch verfügbar zu machender Nebenräume. Anlage 1 und 2 weisen nach, daß auf diesem Gebiete noch wesentliche Verbesserungen durchgeführt werden können.
- 2) Beseitigung des Unterschiedes in der Raumausnutzung der einzelnen Schulen und damit Herbeiführung einer gleichmäßigen Entlastung. In den Kieler Volksschulen z.B. schwankt die tägliche Raumausnutzung zwischen 4,08 bis 8,58 Schulstunden. (s.Anlage 1)
- 3) Soweit die Maßnahmen zu 1 und 2 nicht ausreichen, auch Gewinnung zusätzlicher Unterrichtsräume in vorhandenen Schulen, vorübergehend auch in anderen Gebäuden und Weiterbenutzung z.Zt. herangeholter Behelfsräume.
- 4) Forcierung des gegenwärtigen Schulbauprogramms.
- 5) Sofortige Planung der Schulneubauten, die aus den zusätzlichen - zur Verfügung gestellten - 2,5 Mill. möglich sind. Klarheit darüber, wo diese Schulen am dringendsten erforderlich sind, erwächst aus den in Anlage 1 und 2 beigefügten Berechnungen, sowie aus der spezialisierten Behandlung der Fragen, die auf Grund der Empfehlungen des Sonderausschusses dem Schulamt und dem Schulausschuß obliegt.

Diesen Empfehlungen liegen folgende Überlegungen zugrunde:

Die Maßnahmen unter III,2 (Rationelle Stundenplangestaltung und gleichmäßige Entlastung) basieren auf dem statistisch festgestellten Verhältnis der Wochenpflichtstunden und der vorhandenen Unterrichtsräume in den Volks- und Mittelschulen. (Die höheren Schulen können außer Betracht bleiben, weil nach Fertigstellung der Hebbelschule hier bereits der reine Vormittagsunterricht durchführbar ist.) Sowohl bei den Wochenpflichtstunden wie auch bei den Unterrichtsräumen (Stammklassen und Fachklassen) ist der Unterricht in Hauswirtschaft und Schulsport außer Betracht geblieben, weil er im Schulunterricht einen eigenen Bereich mit eigenen Raumbedürfnissen darstellt.

Aus der Zahl der Wochenpflichtstunden der Schule und der zur Verfügung stehenden Unterrichtsräume läßt sich die Zahl der Schulstunden je Tag und Raum errechnen. Bei einer Unterrichtszeit von 8 - 13 Uhr werden 6 Unterrichtsstunden absolviert. Ist die errechnete Zahl der Unterrichtsstunden je Tag und Raum 6, besteht demnach theoretisch die Möglichkeit, den gesamten Unterricht dieser Schulen auf die Vormittagsstunden zu beschränken, liegt die Zahl unter 6, sind theoretisch Raumreserven vorhanden, liegt sie über 6, besteht zusätzlicher Raumbedarf. Diese theoretische Feststellung kann praktisch werden, wenn eine geschickte Stundenplangestaltung dazu führt, daß jeder Unterrichtsraum ununterbrochen während der 6 Vormittagsunterrichtsstunden ausgenutzt wird. Das ist unter rationaler Stundenplangestaltung zu verstehen.

Liegt die Meßzahl dagegen unter 6, besteht die Möglichkeit, Klassenräume dieser Schule zur Entlastung einer anderen Schule heranzuziehen, liegt sie über 6, muß die Schule entlastet werden. Unter Umständen wird die gleichmäßige Belastung der Schulen durch Versetzung von Schülern in geschlossenen Schülerklassen mit ihren Lehrern in andere Schulen erreicht werden müssen.

Weitere Erleichterungen für die Schulen können zum Ostertermin in Einzelfällen erreicht werden, wenn die Nachbarschulen untereinander bei wesentlichen Unterbelegungen der gleichen Jahrgänge so ausgleichen, daß dabei eine Klasse eingespart wird.

Wenn diese Möglichkeiten ausgeschöpft sind, müssen zur neuen Berechnung des wirklichen Raumbedarfs nicht die Pflichtstunden der Schülerklassen, sondern nun die Lehrerpflichtstunden zugrundegelegt werden. Damit wird die erhebliche Benachteiligung der Mittelschule durch die Nichtberücksichtigung des freiwilligen Unterrichts (2. Fremdsprache, Stenografie ...) ausgeglichen.

Die hier empfohlenen Maßnahmen zu III, 1 und 2 sind vorübergehender Natur. Sie können mit der Annäherung an das Endziel, nämlich: Normale Schulverhältnisse durch Schaffung von neuem Schulraum, entsprechend abgebaut werden.

Bei dem augenblicklichen Stand vorhandener Unterrichtsräume ist theoretisch mit diesen beiden Maßnahmen schon jetzt zu erreichen, daß 14 Mittel- und Volksschulen den 6-stündigen Vormittagsunterricht durchführen können. Der Umfang der praktischen Durchführung wird wesentlich davon bestimmt werden, mit welcher Energie und Zielstrebigkeit Schulverwaltung und Rektoren sich dieser Probleme annehmen.

Darüber hinaus könnte unter den gleichen Voraussetzungen für 8 weitere Mittel- und Volksschulen jetzt schon reiner Vormittagsunterricht von 8 - 14 Uhr durchgeführt werden.

Um Mißverständnisse auszuschließen, wird hier betont, daß der Fachunterricht unbeeinträchtigt bleibt.

Nach Durchführung des z.Zt. laufenden Neubauprogramms 1954/55 werden 10 weitere Schulen zum Vormittagsunterricht übergehen können.

Unter den Maßnahmen zu III, 3 (Gewinnung zusätzlicher Unterrichtsräume) wären zu nennen:

- a) Ausbau des obersten Geschosses der Iltisschule,
- b) Wiederbenutzung der alten Schule Kaiserstraße,
- c) beschleunigte Fertigstellung der Max-Planck-Schule und Verwendung des alten Schulgebäudes als Volksschule,
- d) Benutzung der alten Hauptfeuerwache als Schule, usw.

Die Frage der Hilfsschulen, die auch volles Anrecht auf Beseitigung ihrer Schwierigkeiten haben, bedarf einer besonderen Behandlung.

V.

Es wird jetzt Sache der zuständigen Ämter und Ausschüsse, besonders der Schulverwaltung mit den Rektoren und des Schulausschusses sein, die vorgelegten Empfehlungen zu prüfen und mit aller Energie an ihre Verwirklichung zu gehen. Es dürfte durchaus möglich sein, den ersten Schritt in der Rationalisierung der Stundenpläne unter Beseitigung der unterschiedlichen Schulbelastung schon bis Beginn des Winterhalbjahres zu tun. Nach den Unterlagen des Sonderausschusses ist es möglich, bereits nach den Herbstferien in allen Kieler Schulen einen Vormittagsunterricht zwischen 8 - 13,40 Uhr durchzuführen.

Jeder, der an der Lösung dieses wichtigen Problems der Beseitigung des Nachmittagsunterrichts verantwortlich mitzuwirken hat, sollte sich seiner besonderen Verantwortung vor der Bürgerschaft und der Gesundheit unserer Kinder bewußt sein. Mit dem bequemen Wort "unmöglich" darf man nicht zu schnell bei der Hand sein.

Nr.	Schule	stunden insg.	Sport	Mu- sik	Zeich- nen Werken	Nadel- ar- beit	Haus- wirt- schaft	Natur- lehre Chemie Physik	Bio- lo- gie	Stu- insg. ohne Sp. 4 + 8	Räume insg.	Meß- ziffer je Raum
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1.	Schulgruppe Kiel-Pries	394	28	20	20(+2)	14	8	6	10	358	9	6,63
2.	Heinr.v.Stephan-Schule	715	57	40	40(+7)	40	28	15	24	630	20	5,25
3.	Schule Kiel-Schusterkrug	187	14	10	10	10	-	4	6	173	4	7,21
4.	Volkssch.Kiel-Holtenau	426	31	22	22(+3)	22	12	6	10	383	13	4,91
5.	Schulgruppe Wik I	639	50	36	40	-	-	12	16	589	17,5	5,61
6.	Schulgruppe Wik II	580	42	30	30	30	16	10	16	522	14	6,21
7.	Schulgruppe Hardenberg I	590	43	32	35	-	-	7	10	547	13	7,1
8.	Mädchen-Volkssch."Hardenberg"847	847	58	42	42	42	16	11	18	773	17	7,58
9.	Schulgruppe Gerhardstraße	488	37	26	30	-	-	11	14	451	16	4,7
10.	Schule Muhliusstraße	423	30	22	24	12	-	6	8	393	9	7,28
11.	Elsa-Brandström-Schule	528	39	28	28	28	12	9	14	477	11,5	6,91
12.	Goethe-Schule	676	50	36	36(+5)	36	20	10	16	606	20	5,05
13.	Schulgruppe Stern I	458	34	24	28	-	-	9	12	424		
14.	Ludwig-Richter-Schule	509	36	26	26	26	12	7	12	461		
	Nr.13 u.14 zus.	967	70	50	54	26	12	16	24	885	20	7,38
15.	Friedr.Junge-Schule	894	67	48	48(+6)	48	24	15	24	803	21,5	6,22
16.	Gorch-Fock-Schule	413	31	22	22(+3)	22	12	7	12	370	13	4,74
17.	Jahn-Schule	497	42	30	34	-	-	11	14	455		
18.	Fichte-Schule	554	42	30	30	30	16	10	16	496		
	Nr.17 u.18 zus.	1.051	84	60	64	30	16	21	30	951	22	7,2
19.	Schulgruppe Hassee I	466	37	26	30	-	-	11	14	429	11	6,5
20.	Albert-Schweitzer-Schule	532	40	28	28	28	16	10	16	476	10	7,93
21.	Uwe-Jens-Lornsen-Schule	470	37	26	26(+3)	26	12	10	16	421	13	5,4
22.	Herder-Schule	418	34	24	28	-	-	9	12	384	14,5	4,41
23.	Fröbel-Schule	480	37	26	26	26	12	10	16	431	14,5	4,95
24.	Schule Kiel-Kronsburg	162	12	8	8(+1)	8	4	4	6	146	5	4,87
25.	Fritjof-Nansen-Schule	697	54	38	43	-	-	17	22	643	13	8,24
26.	H.C.Andersen-Schule	771	60	42	42	42	24	15	24	687	15	7,63
27.	Schulgr.Große Ziegelstr.I	530	39	28	31	-	-	12	16	491		
28.	Schulgr.Große Ziegelstr.II	586	43	30	30	30	16	11	18	527		
	Nr.27 u. 28 zus.	1.116	82	58	61	30	16	23	34	1018	20	8,48
29.	Schulgruppe Neumühlen I	696	53	38	42	-	-	16	22	643	14	7,65
30.	Schulgruppe Neumühlen II	670	50	36	36	36	16	13	20	604	12	8,39
31.	Mathias-Claudius-Schule	657	51	36	36(+4)	36	16	13	20	590	15	6,56
32.	Hermann-Löns-Schule	756	56	40	40(+5)	40	20	14	22	680	16	7,08
33.	Theodor-Möller-Schule	634	48	34	34(+5)	34	20	10	20	566	11	8,58
	Insgesamt	18.343	1.382	984	1025(+44)	666	332	330	514	16629	424,5	6,53

Klammerzahlen bedeuten Mehrstunden für Knaben.

- 1) Nach den Stundentafeln der Volksschulen für das 1. bis 9. Schulleistungsjahr. Für die 1. und 2. Klasse ist kein Schulsport angesetzt worden. Wird für diese Klassen ebenfalls Schulsport berücksichtigt, so müssen für die 1. und 2. Klasse je 192 Stunden berücksichtigt werden. Von der Gesamtsumme Spalte 11 sind dann noch 2 mal 192 = 384 Stunden abzusetzen. Der gleiche Betrag ist bei Spalte 4 hinzuzusetzen. Das Raumdefizit und die Meßziffer je Raum verringern sich dadurch.
- 2) Klassen- und Sonderräume ohne Turnhallen und Küchen. Räume, die von 2 oder mehr als 2 Schulen gemeinsam benutzt werden, wurden jeder Schule zur Hälfte bzw. anteilmäßig zugerechnet.
- 3) Diese Meßziffer besagt, wieviel Unterrichtsstunden je Tag durchschnittlich in jedem zur Verfügung stehenden Raum abgehalten werden müssen, um das Unterrichtssoll zu erfüllen.

Nr.	Schule	d a v o n											2) 3)	
		Wochen- stunden insg.	Sport	Mu- sik	Zeich- nen Werken Nadel- arbeit	Haus- wirt- schaft	Physik Chemie	Bio- logie Garten- bau	Std. insg. ohne Sp. 4 + 7	Fran- zö- sisch Latein	Steno- Ma- schi- ne	Arbeits- gemein- schaf- ten	Räu- me insg.	Meß- ziff. je Raum
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1.	Mittelschule Kiel-Pries	492	45	27	56	20	30(+8)	25 (5)	427	39	20	49	17	4,18
2.	Timm-Kröger-Sch.	521	48	29	60	-	42	32	473	42	24	54	10,5	7,5
3.	Enking-Schule	695	63	42	79	36	56	33	596	55	36	73	12	8,28
4.	Carl-Löwe-Sch.	597	54	36	68	32	39	28	511	48	32	64	14,5	5,87
5.	1.Kn.Mittelsch.	657	60	37	76	-	58	40	597	54	40	74	12	8,29
6.	Goethe-Schule	719	66	44	81	28	41(+11)	37 (7)	625	53	28	67	20	5,21
7.	Friedr. Junge-Sch.	590	54	36	66	28	33(+9)	29 (7)	508	41	28	55	13,5	6,27
8.	3.Kn.Mittelsch.	551	51	34	63	-	42	34	500	42	24	54		
9.	Klaus-Groth-Sch.	495	45	30	56	24	31	24	426	38	24	50		
	8 u.9 zus.	1.046	96	64	119	24	73	58	926	80	48	104	19	8,12
10.	G.Fr.Meyer-Sch.	489	45	30	56	-	40	30	444	38	24	50	10	7,4
11.	Annette-v. Droste- Hülshoff-Schule	464	42	28	53	24	30	22	398	39	24	50	10	6,63
12.	Th. Storm-Schule	623	57	38	70	28	36(+10)	31 (7)	538	45	28	59	22	4,08
13.	Herm.-Löns-Schule	588	54	36	66	24	33(+9)	30 (6)	510	42	24	54	11	7,73
	Insgesamt	7.481	684	447	850	244	511(+47)	395(32)	6553	576	356	753	171,5	6,37

=====
Klammerzahlen bedeuten Mehrstunden für Knaben.
=====

- 1) Nach den Stundentafeln der Mittelschulen für M 5 bis M 10.
- 2) Zur alleinigen Benutzung zur Verfügung stehende Klassen- und Sonderräume ohne Turnhallen u. Küchen. Räume, die von 2 oder mehr als 2 Schulen gemeinsam benutzt werden, wurden jeder Schule zur Hälfte bzw. anteilmäßig zugerechnet.
- 3) Diese Meßziffer besagt, wieviel Unterrichtsstunden je Tag durchschnittlich in jedem zur Verfügung stehenden Raum abgehalten werden müssen, um das Unterrichtssoll zu erfüllen.

S t u n d e n t a f e l
für die Grundschule

	Kl. 1	Kl. 2	Kl. 3	Kl. 4
Gesamtunterricht	16	20	-	-
Religion	2	2	2	2
Deutsch	-	-	8	8
Heimatkunde	-	-	4	4
Rechnen	-	-	4	4
Zeichnen und Werken	-	-	2	2
Musik	-	-	2	2
Schulsport	-	-	2	3
Nadelarbeit	-	-	(2)	(2)
	18	22	24 (26)	25 (27)

S t u d e n t a f e l

	5	6	7	8		9	8		9
				Sommer Knaben	Winter		Sommer	Winter Mädchen	
ganzt. Unterricht (Bildungseinheiten)					7	12		7	11
Religion	2	2	2	2	2	1	2	2	1
Deutsch	6	6	5	5	4	4	5	4	4
Englisch	4	4	2	2	2	2	2	2	2
Geschichte	2	2	3	3	1		3	1	
Erdkunde	2	2	2	2	1		2	1	
Biologie	2	2	2	2	1		2	1	
Naturlehre, Physik und Chemie	1	1	2	2	1		1		
Rechnen und Raumlehre	4	4	5	4	3	3	4	3	3
Zeichnen u. Werken	2	2	2 ^{*)}	3 ^{*)}	3 ^{*)}	3 ^{*)}	2	2	2
Nadellarbeit	(2)	(2)	(2)				2	2	2
Hauswirtschaft							4	4	4
Musikerziehung	2	2	2	2	2	2	2	2	2
Leibeserziehung	3	3	3	3	3	3	3	3	3
	30	30	30	30	30	30	34	34	34
	(32)	(32)	(32)						

*) Wo es die örtlichen Verhältnisse zulassen, können zusätzliche Stunden für freiwilliges Werken hinzugefügt werden.

Die in der Stundentafel festgelegte Höchststundenzahl der einzelnen Klassen darf nicht überschritten und soll nicht wesentlich unterschritten werden.

S t u n d e n t a f e l
für die Mittelschulen

Nr.	Fach	Klasse:	Zahl der Stunden im Schuljahr						Bemerkungen
			M 5	M 6	M 7	M 8	M 9	M 10	
1.	Religion		2	2	2	2	2	2	
2.	Deutsch		5	5	5	5	5	5	
3.	Geschichte		1	2	2	2	2	2	
4.	Erdkunde		2	2	2	2	2	2	
5.	Französisch Latein		-	-	(4)	(4)	(3)	(3)	wahlfrei
6.	Englisch		6	5	4	4	4	4	
7.	Mathematik		4	5	5	5	K 5 M 4	K 5 M 4	
8.	Physik, Chemie		-	-	2	K3-4 M2-3	K3-4 M2-3	K3-4 M2-3	vgl. Anm. 2
9.	Biologie, Gartenbau		2	2	2	2	K 2 M 1	K 2 M 1	vgl. Anm. 3
10.	Zeichnen, Werken, Nadellarbeit		3	3	3-4	K3-4 M 4	K3-4 M3-4	K3-4 M3-4	
11.	Musik		2	2	1-2	K 1 M1-2	1-2	1-2	
12.	Leibesübungen		3	3	3	3	M3 K3	M3 K3	vgl. Anm. 4
13.	Kurzschrift		-	-	-	-	(2)	(2)	wahlfrei
14.	Maschinenschreiben		-	-	-	-	(2)	(2)	wahlfrei
15.	Hauswirtschaft		-	-	-	-	4	4	
Knaben			30	31	32	33	34	34	
Mädchen			30	31	32	33	35	35	
Zuzügl. wahlfr. Unterricht oder Arbeitsgemeinschaften					4	4	5	5	vgl. Anm. 6

Anmerkungen

1. Um eine Überbelastung der Schüler zu vermeiden, ist in den Stundentafeln eine wöchentliche Höchststundenzahl festgesetzt. Die Unterrichtsstunde dauert in der Regel 45 Minuten.
2. Durch Festsetzung eines Mindest- und Höchstmaßes der Unterrichtsstunden für einige Fächer ist jeder einzelnen Schule ein Spielraum gegeben, um den Stundenplan den örtlichen Verhältnissen anzupassen. Die Höchststundenzahl soll nicht zu einer Ausdehnung des Stoffes verleiten. Die gründliche Durcharbeitung hat im Vordergrund zu stehen. Bei jeder Verminderung der Stundenzahl sind die Stoffe so weit zu kürzen, daß die Durcharbeitung nicht gefährdet wird.
3. Da im hauswirtschaftlichen Unterricht der Mädchen des 9. und 10. Schuljahres gleiche oder verwandte Stoffgebiete behandelt werden, ist in diesen Klassen für Mädchen nur eine Stunde Biologie anzusetzen.
4. Je nach den örtlichen Verhältnissen ist ein Nachmittag für Sport, Spiel oder Schwimmen einzurichten.
5. Wo die örtlichen Verhältnisse die Einrichtung von Arbeitsgemeinschaften ermöglichen, sind die Schüler(innen) der Abschlußklasse (M 10) verpflichtet, an einer der im Abschnitt "Lehrfächer" genannten Arbeitsgemeinschaften teilzunehmen.
6. Schüler, die am wahlfreien Unterricht oder an einer Arbeitsgemeinschaft teilnehmen, müssen in solchen Fächern vom Unterricht befreit werden, in denen das sichere Fortschreiten der Schüler nicht gefährdet ist, und zwar in Höhe der Stundenzahl, die über das Höchstmaß von 36 Wochenstunden hinausgeht.

t a d t K i e l
r Stadtpräsident

Kiel, den 12. September 1955

An
die Damen und Herren Mitglieder der
Ratsversammlung

Betr.: Sitzung der Ratsversammlung am 15.9.1955

Zu Punkt 12 der Tagesordnung für die Sitzung der Ratsversammlung
am 15.9.1955 gestatte ich mir, anliegende Zusammenstellung des
Schul- und Kulturamtes über den Schichtunterricht 1955 zu über-
senden.

Dr. S i e v e r s

S c h i c h t u n t e r r i c h t 1 9 5 5

S c h u l e	Zahl der			Zahl der Klassen mit			
	Klassen-Sonder- räume	Unterr. räume	klassen	nur Vormit- tagsunterr.	Nachmittags- unterricht 1x	2x	3x
<u>A. Volksschulen</u>							
Ritz-Reuter-Schule	9	-	15	-	12	3	-
Einrich-von- Stephan-Schule	14	7	25	20	5	-	-
Schule Schusterkrug	4	-	7	2	5	-	-
Schulgr. Holtenau	12	2	16	12	4	-	-
Schulgr. Wik I	16	3	24	16	-	4	4
Schulgr. Wik II	13	2	21	8	7	6	-
Schulgr. Hardenberg I	12	-	24	7	4	9	4
Schulgr. Hardenberg II	16	1	32	6	6	10	10
Schulgr. Gerhardstr.	14	-	19	11	8	-	-
Goetheschule (Volksschulzweig)	15	6,5	25	9	8	8	-
Muhliusschule	9	1,5	17	9	4	4	-
Elsa-Brandström-Sch.	11	1	19	10	2	2	5
Schulgr. Stern I	8,5	2	18	1	1	5	11
Ludwig-Richter-Schule	8,5	1	19	-	6	13	-
Friedrich-Junge-Schule (Volksschulzweig)	19	3,5	33	10	14	9	-
Gorch-Fock-Schule	14	-	15	15	ganz einschichtig		
Jahnschule	10	1,25	19	-	voll zweischichtig		
Fichteschule	10	1,75	20	-	voll zweischichtig		
Schulgr. Hassee I	10	1,5	18	4	-	-	14
Albert-Schweitzer- Schule	10	1,5	19	4	-	-	15
Uwe-Jens-Lornsen-Sch.	12	1	18	9	9	-	-
Herderschule	13	4	16	16	ganz einschichtig		
Fröbelschule	12	3	17	17	ganz einschichtig		
Fritjof-Nansen-Schule	12	1,25	27	-	voll zweischichtig		
Hans-Christian- Andersen-Schule	14	1,75	27	2	1	3	21

Lfd. Nr.	Schule	Zahl der			Zahl der Klassen	
		Klassen-räume	Sonder-räume	Unterr. klassen	nur Vormit-tagsunterr.	Nach-unterr. lx
26	Schulgr. Große Ziegelstr. I	9,5	3,5	19	5	4
27	Schulgr. Große Ziegelstr. II	9,5	3,5	19	5	4
28	Wellingdorf	3	-	6	6	ganz eins
29	Schulgr. Neumühlen I	13	1	27	-	voll zwei
30	Schulgr. Neumühlen II	11	1	24	-	voll zwei
31	Matthias-Claudius-Schule	13	3	24	2	5
32	Hermann-Löns-Sch.	14	2,5	28	-	4
33	Theodor-Möller-Sch.	11	-	23	-	voll zwei
34	Schule Kronsburg	5	-	6	4	-
35	Pestalozzischule Ost	6	-	14	-	zweischic
36	Pestalozzi West	12	-	23	7	-
37	Pestalozzi Süd	4	-	10	10	einschic
38	Pestalozzischule Elmschenhagen	3	-	8	2	-

B. Mittelschulen

1	1. Knaben- Mittelsch.	10	1,5	20	3	-
2	Timm- Kröger-Schule	9	2	17	-	voll zwei
3	3. Knaben-Mittelsch.	8,5	1,25	17	-	voll zwei
4	Gustav-Fr.-Meyer-Sch.	9	1	17 (10 Kl.)	8	-
5	Klaus-Groth-Schule	8,5	1,75	15	-	voll zwei
6	Enkingschule	11	3	21	-	-
7	Annette-von-Droste-Hülshoff-Schule	9	1	14	8	-
8	Carl-Loewe-Schule	12	3	18	5	7
9	Goetheschule (Mittelschulzweig)	15	6,5	22	8	3
10	Theodor-Storm-Schule	13	9	19	19	ganz eins
11	Hermann-Löns-Schule (Mittelschulzweig)	9	2,5	18	-	2
12	Mittelschule Pries	15	3	15	15	ganz eins
13	Friedrich-Junge-Sch. (Mittelschulzweig)	11	4,5	18	5	12

Kiel, den 24. August 1955

Drucksache547.

Betr.: Schulbauprogramm aus Vorgriffsmitteln 1957/1958.

Berichterstatterin: Frau Stadtschulrätin J e n s e n .

Antrag: Folgende aus Vorgriffsmitteln der Rechnungsjahre 1957/1958 zu finanzierende Schulbauvorhaben werden genehmigt:

1. Wiederaufbau Staatl. Ingenieurschule 1.300.000,-- DM
2. Max- Planck- Schule - 4. Bauabschnitt
18 Klassen und 5 Arbeitsgemeinschafts-
räume - 700.000,-- DM

somit 2.000.000,-- DM
=====

B e g r ü n d u n g

Die Landesregierung hat sich bereiterklärt, der Stadt Kiel neben dem für das Schulbauprogramm 1955 zur Verfügung gestellten Betrag von 1,25 Mill. DM weitere rechtsverbindliche Zusagen auf Landeszuschüsse zu erteilen, und zwar

Rechnungsjahr 1957	1.000.000,-- DM
Rechnungsjahr 1958	500.000,-- DM
	<u>1.500.000,-- DM</u>

Das entspricht bei einer 40 %igen Beteiligung des Landes einem Schulbauvolumen von 3.750.000,-- DM. Hieraus sollen vorerst die beiden o.g. Schulbauvorhaben finanziert werden. Der als Vorgriff auf das Rechnungsjahr 1958 in Aussicht gestellte Zuschuß in Höhe von 500.000,-- DM ist für den Wiederaufbau der Staatlichen Ingenieurschule - Gesamtbaukosten 1,3 Mill. DM - zu verwenden. Nach dem Vertrag zwischen der Königl. Staatsregierung und der Stadt Kiel vom 27.6.1902/15.11.1901 ist die Stadt Kiel verpflichtet, das Gebäude der Landesingenieurschule aus eigenen Mitteln wieder instandzusetzen. Die Landesregierung hat sich jedoch bereiterklärt, 40 % als Zuschuß zu den Gesamtbaukosten zu bewilligen.

Im 4. Bauabschnitt der Max- Planck- Schule sollen 2 Klassenzeilen mit insgesamt 18 Klassenräumen und 5 Räumen für Arbeitsgemeinschaften erstellt werden. Die Verwaltung schlägt vor, der Max- Planck- Schule vorläufig 6 Klassenräume zur Verfügung zu stellen und die restlichen 12 Räume zur Entlastung der Schule Winterbeker Weg für die Jahnschule zu verwenden.

Der Schulausschuß hat in seiner Sitzung am 19. August 1955 der Vorlage einstimmig zugestimmt.

Jensen

Kiel, den 29. August 1955

Drucksache 568

Betr.: Verlängerung des Vertrages mit der Kassenärztlichen Vereinigung über die Krankenversorgung der Fürsorgeunterstützungs- und Unterhaltshilfeempfänger unter gleichzeitiger Erhöhung des Fallpauschales auf 12,- DM

Berichterstatter: Frau Stadtschulrätin J e n s e n

Antrag: Der Verlängerung der Geltungsdauer des zwischen der Stadt Kiel - Bezirksfürsorgeverband - (BFV) und der Kassenärztlichen Vereinigung, Landesstelle Schleswig-Holstein, Körperschaft des öffentlichen Rechts in Bad Segeberg (KV) abgeschlossenen Vertrages vom 10.11.53/4.1.54 über die Krankenversorgung der Fürsorgeunterstützungs- und Unterhaltshilfeempfänger und des dazugehörigen Schiedsvertrages für die Zeit vom 1.4.55 bis 31.3.56 unter gleichzeitiger Erhöhung des im § 7 des Vertrages festgelegten Fallpauschales von 10,50 DM auf 12,- DM wird zugestimmt.

Eine Aufrechnung von Forderungen der KV aus diesem Vertrag mit Forderungen der Stadt Kiel an die KV gem. § 387 BGB ist ausgeschlossen.

Begründung:

Zwischen der Stadt Kiel - Bezirksfürsorgeverband - und der Kassenärztlichen Vereinigung - Landesstelle Schleswig-Holstein - ist am 10.11.53/4.1.54 ein Vertrag über die Krankenversorgung der Fürsorgeunterstützungs- und Unterhaltshilfeempfänger abgeschlossen worden. Er sah vor, daß die Leistungen der Vertragsärzte durch ein Pauschales von 10,50 DM je Behandlungsfall und Vierteljahr abgegolten werden.

Der Vertrag hatte zunächst eine Geltungsdauer bis zum 31.3.54. Auf Grund des Beschlusses der Ratsversammlung vom 22.4.54 wurde er für die Zeit vom 1.4.54 bis 31.3.55 verlängert. Die Kassenärztliche Vereinigung hat jetzt mitgeteilt, daß im Grundsatz gegen eine weitere Verlängerung bis zum 31.3.56 keine Bedenken bestehen, jedoch die Bedingung gestellt, daß ein vierteljährliches Fallpauschale von 12,- DM mit Wirkung ab 1.4.55 zugebilligt wird. Ohne eine besondere Vereinbarung stünde den Ärzten eine Vergütung nach den Teilen I bis III der Preugo zu.

Die Vereinbarung eines Fallpauschales von 10,50 DM entsprach 1953 etwa dem echten Leistungswert, der von der Ärzteschaft hierfür erbracht wurde. Dies geht aus den Berechnungen des Fürsorgeamtes hervor, das eine Probeabrechnung nach der Preugo durchgeführt hatte und teilweise zu höheren Werten gekommen war. Eine jetzt für den Zeitraum Oktober bis Dezember 1954 durchgeführte Probeabrechnung nach den Sätzen der Preugo hat einen

Fallwert ergeben, der die Zahlung eines Fallpauschales von 12,- DM zuläßt. Der Leistungswert ist also seit 1953 gestiegen.

Die Beibehaltung eines Fallpauschales entspricht nicht nur den finanziellen Interessen der Stadt, sondern erleichtert auch die Verwaltungsarbeit, da die Einzelabrechnung für jeden Kranken entfällt.

Der Ausschluß einer Aufrechnung gemäß § 387 BGB wird von der Kassenärztlichen Vereinigung gefordert. Hiergegen bestehen keine Bedenken, da rechtlich einwandfreie Forderungen gegen die KV sich bei der Finanz- und Vermögenslage dieses Schuldners auch auf andere Weise durchsetzen lassen.

Das Rechnungsprüfungsamt ist mit der beabsichtigten Regelung einverstanden.

Der Fürsorgeausschuß hat der Vorlage in seiner Sitzung am 26.8.55 zugestimmt.

Jensen
Stadtschulrätin

Kiel, den 23. August 1955

Drucksache 559

Betrifft: Darlehen an die Kieler Wohnungsbaugesellschaft m.b.H. zur Förderung des sozialen Wohnungsbaues

Berichterstatter: Bürgermeister Dr. Fuchs

Antrag: Für das Darlehen von nom. 1.400.000,-- DM, welches der Kieler Wohnungsbaugesellschaft m.b.H. zum Bau von Wohnungen für leistungsschwache Familien nach dem Beschluß der Ratsversammlung vom 30.6.1955 gegeben werden soll, werden folgende Bedingungen festgesetzt:

Auszahlungskurs: 97,5 %

Zinssatz: 0,5 % p.a.

Tilgung: 1 % p.a. zuzüglich der durch die fortschreitende Tilgung ersparten Zinsen.

Besondere Auflagen:

Das Darlehen ist ausschließlich zum Bau von Wohnungen für leistungsschwache Familien bestimmt. 60 % der zur Errichtung kommenden Wohnungen müssen an AV-Versicherte (freiwillig Versicherte oder Pflichtversicherte) oder an AV-Rentner vermietet werden. Dabei genügt es, wenn ein mit dem Mieter in Hausgemeinschaft lebender Familienangehöriger AV-Versicherter oder AV-Rentner ist.

Die vorgenannte Verwendung ist bis zum 30.11.1956 nachzuweisen.

Begründung:

Die Ratsversammlung hat in ihrer Sitzung am 30.6.1955 beschlossen, von der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin-Wilmersdorf, ein Kommunaldarlehen zur Förderung des sozialen Wohnungsbaues in Höhe von 2 Millionen DM aufzunehmen.

Dieses Darlehen soll mit einem Teilbetrag von 1.400.000,-- DM an die Kieler Wohnungsbaugesellschaft m.b.H. zum Bau von Wohnungen für leistungsschwache Familien weitergeleitet werden. Die Ratsversammlung hat in der vorbezeichneten Sitzung weiter beschlossen, die Darlehensbedingungen durch einen besonderen Beschluß festzusetzen.

Nach den Berechnungen der Kieler Wohnungsbaugesellschaft m.b.H. können, falls die Miete 1,10 DM/qm monatlich nicht überschreiten soll, für das Darlehen Zins- und Tilgungsbeträge nur in gleicher Höhe wie üblicherweise bei den Landesdarlehen gezahlt werden, und zwar 1/2 % Zinsen und 1 % Tilgung.

Vorgeschlagen wird, das Darlehen zum Kurs von 97,5 % herauszulegen. Es ist dies der Auszahlungskurs, den die Ratsversammlung in ihrer Sitzung am 30. Juni 1955 für die Auszahlung der restlichen 600.000,-- DM zur Förderung des sozialen Wohnungsbaues an sonstige Bautenträger festgesetzt hat. Die Kieler Wohnungsbaugesellschaft m.b.H. hat sich mit diesen Bedingungen einverstanden erklärt.

Dr. F u c h s
Bürgermeister

Kiel, den 26. August 1955

Drucksache 558Betrifft: Aufnahme von Darlehen aus der wertschaffenden ArbeitslosenfürsorgeBerichterstatter: Bürgermeister Dr. FuchsAntrag: 1. Aus Mitteln der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge - verstärkte Förderung - werden folgende Darlehen aufgenommen:

- a) für die Einführung der Bundesstraße 4 - Straße Segeberg - Kiel in das Stadtgebiet, II. Bauabschnitt = 230.640,-- DM
- b) für die Fortsetzung der Vollkanalisation in Holtenau-Pries und Friedrichsort = 91.440,-- DM
- c) für den Bau von Entwässerungskanälen in den Randgebieten Schönberger Straße, Gerstenkamp, Wüstenfelde und Felsenstraße = 79.920,-- DM

2. Für die je zur Hälfte aus Mitteln der Bundesanstalt für AV und aus Mitteln des Landes bewilligten Beträge der verstärkten Förderung werden folgende Darlehensbedingungen genehmigt:

Zinssatz: 2,5 v.H. jährlich,Tilgung: innerhalb von 20 Jahren, unter Vorschaltung von 2 tilgungsfreien Jahren,Verwaltungskostenbeitrag: 1/4 v.H. jährlich des ungetilgten DarlehensanteilsFälligkeit des Schuldendienstes: halbjährlich nachträglich, am 1.6. und 1.12. eines jeden Jahres.Begründung

Der Stadt Kiel sind aus Mitteln der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge für die unter Ziffer 1 des Antrages genannten Bauvorhaben insgesamt 16.750 Arbeitslosentagewerke anerkannt worden. Bei einem Tagewerksatz von 30,-- DM fließen der Stadt somit Finanzierungsmittel in Höhe von 502.500,-- DM zu, davon 100.500,-- DM als Zuschuß (Grundförderung).

Die Gesamtfinanzierung der geförderten Bauvorhaben gestaltet sich wie folgt:

- a) Einführung der Bundesstraße 4 - Straße Segeberg-Kiel in das Stadtgebiet, II. Bauabschnitt

Grundförderung als Zuschuß	57.660,-- DM
verstärkte Förderung als Darlehen	230.640,-- DM
Kommunaldarlehen	1.137.300,-- DM
Eigenmittel der Stadtwerke	<u>69.400,-- DM</u>

Gesamtkosten mithin 1.495.000,-- DM

b) Fortsetzung der Vollkanalisation in Holtenau-Pries, Friedrichsort	
Grundförderung als Zuschuß	22.860,-- DM
verstärkte Förderung als Darlehen	91.440,-- DM
Sonderdarlehen	<u>97.200,-- DM</u>
Gesamtkosten mithin	211.500,-- DM
c) Bau von Entwässerungskanälen in den Randgebieten Schönberger Straße, Gerstenkamp, Wüstenfelde und Felsenstraße	
Grundförderung als Zuschuß	19.980,-- DM
verstärkte Förderung als Darlehen	79.920,-- DM
Kommunaldarlehen	<u>40.100,-- DM</u>
Gesamtkosten mithin	140.000,-- DM

Die zur Durchführung vorstehender Maßnahmen erforderlichen Haushaltsmittel sind sämtlich von der Ratsversammlung im außerordentlichen Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1955 bzw. im Finanzplan der Stadtwerke bereitgestellt worden.

Dr. F u c h s
Bürgermeister

Drucksache 564

Betrifft: Plakatwettbewerb Kieler Woche 1956

Berichterstatter: Oberbürgermeister

Antrag: Der Leistung einer außerplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 9.000 DM bei der neu einzurichtenden Haushaltsstelle 021/7181 - Vorbereitungen zur Kieler Woche 1956 - wird zugestimmt.

Die Deckung dieser Ausgabe erfolgt durch

- a) Einsparung eines Betrages von 4000 DM bei der Haushaltsstelle 021/718 - Kieler Woche -
- b) Sperrung eines Betrages von 5000 DM bei der Haushaltsstelle 98/681 - Verstärkungsmittel -

Begründung:

Wie in den Vorjahren soll auch zur Kieler Woche 1956 ein Wettbewerb durchgeführt werden, um ein Plakat für die Werbung zu erhalten.

Die Kosten dieses Wettbewerbs setzen sich wie folgt zusammen:

Preise einschl. Ankauf	5300,-- DM
Preisrichterhonorare, Druck- u. Transportkosten u. sonstiges	<u>3700,-- DM</u>
insgesamt	9000,-- DM =====

Für die Durchführung eines Plakatwettbewerbs zur Kieler Woche ist in den Vorjahren ein Vorschußkonto als Vorgriff auf die Mittel des kommenden Haushalts eingerichtet worden. Nach Mitteilung des Rechnungsprüfungsamtes steht die Bereitstellung von Mitteln für die Vorbereitung zur Kieler Woche auf dem Wege des Vorschusses (tatsächlich handelt es sich nicht um einen Vorschuß, sondern um einen unzulässigen Vorgriff auf die Mittel des Haushaltes 1956) nicht im Einklang mit den haushaltsrechtlichen Bestimmungen (§ 35 Abs. 1 bzw. § 40 1 GemHVO) und ist daher unzulässig.

Die

Die Mittel für die Vorbereitungen zur Kieler Woche 1956 sind mehr außerplanmäßig bei der neu einzurichtenden Haushaltsstelle 021/7181 bereitzustellen.

Die Deckung dieser außerplanmäßigen Ausgabe erfolgt durch

- a) Einsparung eines Betrages von 4.000 DM aus den Mitteln der Kieler Woche 1955
- b) Sperrung eines Betrages von 5.000 DM bei der Haushaltsstelle 98/681 - Verstärkungsmittel -.

Dr. Mütling
Oberbürgermeister

Zu Punkt 18 der Tagesordnung

Der Magistrat
Fremdenverkehrsausschuß
Fremdenverkehrs- u.
Ausstellungsamt

Kiel, den 30. August 1955

Drucksache 560

Betrifft: Beschaffung einer 10 x 20 m großen Bühne für die Ostseehalle.

Berichterstatter: Stadtrat Hartmann

Antrag: Der Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe von 1.700 DM im Finanzplan 1955 der Hafen- und Verkehrsbetriebe bei der Finanzplanstelle 8267/122 zu der bereits genehmigten planmäßigen Ausgabe von 13.500 DM bei gleicher Finanzplanstelle wird zugestimmt.

Die Mehrausgabe ist aus Rücklagen der Ostseehalle zu decken.

Begründung:

Im Finanzplan 1955 der Hafen- und Verkehrsbetriebe sind bei der Finanzplanstelle 8267/122 für die Beschaffung einer 10 x 20 m großen Bühne für die Ostseehalle 13.500 DM bereitgestellt.

Nach den dem Tiefbauamt vorliegenden Angeboten reicht diese Summe nicht aus, um die von einer Hamburger Spezial-Firma angebotene Bühne, die den Anforderungen der Ostseehalle in vollem Umfange entspricht, zu beschaffen. Es ist ein Mehrbetrag von 1.700 DM erforderlich.

Hartmann
Stadtrat

19
Zu Punkt der Tagesordnung

Ratsherren-Fraktion

Kiel, den 1. September 1955

K i e l e r - B l o c k

Drucksache 572

An den
Herrn Stadtpräsidenten

K i e l
Rathaus

A n t r a g

für die Ratsversammlung am 15.9.1955.

Die Fraktion Kieler Block beantragt eine Aussprache über
das Thema Lärmbekämpfung in Kiel.

Der Antrag wird mündlich durch Herrn Stadtrat Hartmann
begründet.

S c h u b e r t
Fraktionsvorsitzender

Zu Punkt **20** der Tagesordnung

Ratsherren-Fraktion
K i e l e r B l o c k

Kiel, den 1. September 1955

Drucksache 573

A n f r a g e

der Fraktion Kieler Block für die nächste Ratsversammlung
am 15.9.1955.

Die Fraktion Kieler Block bittet, in der öffentlichen Rats-
versammlung folgende Anfrage zu beantworten:

Was tut die Stadt Kiel für die aus der SBZ nach
Kiel kommenden Besucher und welche Vergünstigungen
und Annehmlichkeiten verschafft sie ihnen?

Die Anfrage wird durch Herrn Ratsherr Sichelschmidt begrü-
det.

Es wird gebeten, die Beantwortung der Frage zur allgemeinen
Aussprache zu stellen.

S c h u b e r t
Fraktionsvorsitzender

DER OBERBÜRGERMEISTER

Kiel, den 8. September 1955.

An die Damen und Herren Mitglieder
der Ratsversammlung.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung der nichtöffentlichen Sitzung überreichte ich in den Anlagen 1 und 2 die Vorlagen, wie sie zur Vorbereitung der Beratungen im Kieler-Woche-Ausschuß und im Magistrat gedient haben. Die Vorlage 2 ergibt sich aus einer Revision der Anlage 1. Diese überprüfte Vorlage 2 ist im Magistrat in allen wesentlichen Teilen gebilligt worden.

Anmerkung: Die Übersetzung entspricht dem ersten Beratungsergebnis. Die Niederschrift in der Form der Notizen ist beibehalten worden, um den Unterlagen zu entsprechen. Einige Teile sind als vertraulich erkennbar.

Dr. M ü t h l i n g .

N o t i z e n

des Oberbürgermeisters zum Referat über die "Kieler Woche"
vor dem Magistrat in der Sitzung vom 10.8.1955

Anmerkung: Die Übersendung entspricht dem ersten Beratungsergebnis. Die Niederschrift in der Form der Notizen ist beibehalten worden, um den Adressaten zugleich als eigene Notizen-Unterlage zu dienen. Einige Teile sind als vertraulich erkennbar.

Rezension und Planungsüberlegungen
zur "Kieler Woche"

I.

Zum Generalthema als Grundidee einer Festwoche

Eigentliches Problem der Kieler Woche: Der fehlende Zusammenhang der einzelnen Teile.

Das verbindende Band fehlt, der Gleichklang des Ganzen!

Im Zusammenhang mit diesem Mangel steht der Ausgangspunkt der Kritik: Die KW wird immer mehr lokales Ereignis, auch im kulturellen Teil.

Aus dieser Erstarrung müssen

- a) die Veranstaltungsfolge
- b) die Höhepunkte der Veranstaltungen
- c) der innere Gehalt

herausgehoben werden.

Man macht es sich etwas zu leicht, wenn man als allgemeines Ziel herausstellt: Internationale Gespräche, Wegbereiter zu echter Völkerverständigung usw.

Kein konkreter Inhalt mehr. Zudem: Veränderte Zeiten. Damals die Aufgabe, die erste Hand zu reichen, damals, wo Deutsche im Ausland noch als Aussätzige angesehen wurden.

Damals war der Staat nicht konsolidiert, geschweige zu Auslandsbeziehungen befähigt. Die Gemeinden bedeuteten den Staat. Kiel hatte in dieser Rolle eine bedeutende Funktion.

Aus den Akten: das jährliche Dilemma, Gesamtthema zu finden. Aus Verlegenheit immer Anknüpfung an lokale Ereignisse, z.B. Theatergespräch an die Wiedereröffnung des Stadttheaters; "Landschaft in Gefahr" in der Anknüpfung an die Kulturpreisverleihung.

Konkreter Vorschlag zum Generalthema

Kiel als Vermittler skandinavischen Geistes-, Kultur- und Volkslebens in der Bundesrepublik zu einer wichtigen Brücke nach Skandinavien zu machen.

Nordgrenze des Reiches; deshalb Gesicht nach Norden.

Voraussetzung: nicht nur während der Kieler Woche, sondern auch außerhalb dauernd viele Einrichtungen und Vereinigungen in Kiel dafür interessieren.

Die skandinavischen Länder müssen wissen, daß Kiel ein echter Mittelpunkt und Ausstrahlungsort für sie sein will;

z.B. im Theater regelmäßig skandinavische Autoren und Komponisten,

städtisches Orchester nordische Musik pflegen,

Stadtbücherei: nordische Literatur,

Universität: Gastvorlesungen nordischer Gelehrter,

Skandinavische Abteilung in der Kunsthalle,

Muthesius-Werkschule: enge Verbindung mit skandinavischen Werkschulen,

Aktivität der deutsch-skandinavischen Gesellschaft-
finanzielle Förderung,

Institut für Weltwirtschaft: Veranstaltungen gleicher Richtung.

Nicht direkt ein Standort, aber ständige Pflege.

Das ständig Verbindende. Dadurch erst eigentlich legitimiert!

Die Legitimation ist eigentlich von Natur aus da. Aber sie

muß erkennbar, ja attraktiv herausgestellt werden.

Im einzelnen etwa: Ein nordisches Land zu Kiel sprechen zu lassen:

Spitzenfilm der nationalen Produktion,

Kunstaussstellung,

Lichtbildausstellung,

Theater, z.B. Kopenhagener Ballett,

Politischer Vortrag eines Regierungsrepräsentanten,

Verstärkte Entsendung von Segel- und Rudermannschaften,

ein großes Fußballspiel,

Wettsingen in der Ostseehalle,

aus jedem skandinavischen Land ein Schülerchor.

Nicht nur so, daß Kiel den Skandinaviern etwas zeigen will. Nehmen und geben. Aber: Skandinavien den Vorrang, aus seinem Lebensbereich zu berichten und über seine Probleme mit uns zu diskutieren. Von Skandinavien lernen: So wie unsere Landes- und Bundespolitik sozialpolitisch etwas lernen kann, können wir moderne Pädagogik und Wohnungsbau lernen, auch Volkshochschule (Erwachsenenbildung), auch kommunalpolitisch, da die Skandinavier ein starkes gemeindliches Eigenleben haben.

Im Beispielsfall der Erwachsenenbildung könnten z.B. zahlreiche internationale Volkshochschuldozenten nach Kiel gezogen werden. Überhaupt interessierte Menschen aus der Bundesrepublik ziehen, auch ohne daß sie als Ehrengäste eingeladen werden! Die Themen müssen so weit gefaßt werden, daß sie auch auswärtige und ausländische Gäste brennend interessieren.

Erfahrungen ?

Es erscheint auf den ersten Blick vermessen, ein solches Generalthema zu wählen, wenn man an die schlechte Beteiligung der Skandinavier in der letzten und vorletzten KW denkt (für 1955: abgesehen von den Gästen der Universität und zwei Stadtvertretern aus Kopenhagen). Frage, ob die Einladungsfahrt gefehlt hat. Man führt den Mißerfolg auf die persönlichen Bindungen zurück. Tod Gayks. Viele seiner Freunde wären nicht gekommen oder hätten sich nur wenige Tage im festlichen Kiel aufgehalten. Aber es war doch schon 1954 auch so. Zum schlechten Ergebnis auch nicht Versöhnung, daß 40 Mitglieder eines schwedischen Schulchors, 15 dänische Gewerkschaftler und Rudermannschaften der skandinavischen Universitäten erschienen waren.

Kommunalpolitische Gespräche zwischen Kiel und Vertretern
der skandinavischen Hauptstädte.

Es ist vielfach bedauert worden, daß kein KW-Gespräch stattgefunden hat. Es wäre "eine schmerzliche Lücke" (Leitartikel im Juli-Heft "Schleswig-Holstein").

Kommt man im aufgezeigten Sinne zu solchem Generalthema, müßte Kommunalgespräch zwischen Kiel und Vertretern der skandinavischen Hauptstädte stattfinden.

Thema etwa: Kritik des Wiederaufbaus.

Hinweis auf ähnliche Veranstaltungen in der Evangelischen Akademie in Loccum.

Wer hat die Chance verpaßt? Sicherlich Köln, Braunschweig, Mainz. Sicherlich nicht: Kiel, Hannover.

Die Rolle der bildenden Kunst in der Einordnung in das
Generalthema.

In der Literatur ist Schleswig-Holsteins Bedeutung unbe-
stritten. Beitrag zur Weltliteratur z.B. durch Hebbel.
Nicht dagegen so bekannt in der bildenden Kunst, obgleich
es nach der Ansicht maßgebender-Fachleute sein müßte.

Erster Überblick z.B.:

Bern Notke	großer Bildhauer im gesamten Ostseeraum
Brüggemann	Bordesholmer Altar
erste große Maler:	Johann Ziß, Oldenburg, von europäischer Bedeutung Jürgen Owens, Rembrandt-Schüler Jacob Asmus Carstens aus Schleswig:Klassizismus

Erste Hälfte 19.Jahrhundert: Tischbei (Eutin)
Overbeck, Lübeck
Gurlitt, Spätromantik
Charles Roß (Kiel, Gründer der
Kunsthalle)
Asmus Karsten

Nordfriesland besonders:

Ludwig Jessen
Magnussen
Feddersen (Impressionismus)
Emil Nolde (genialster Mann am
Ende dieser Rolle)

Barlach, Rohlf's an höchster Stelle der nordischen Malerei,
dabei Dettmann, Engel, Käthe Lassen, übergangen.

Einordnung in das Generalthema: Schleswig-Holsteins
Anteil an der schwedischen und dänischen Kunst.

Umgekehrt: Dänemark Baukunst-Kultur der Herrenhäuser.

Befruchtung, die von den dänischen Kommunen auf die bildende Kunst ausgeht. Gerade in Skandinavien tun die Kommunen auch auf diesem Gebiete viel !

Anknüpfung: Schwedenausstellung. Gut gelungen (Presse).

Auf welche Weise ?

- a) Vorträge
- b) Ausstellung. Eine gute Ausstellung ist immer eine große Sache.

Weitere Ansatzpunkte für das Generalthema sind da:

Verkündung der Stipendien für die Studenten
aus skandinavischen Ländern,
deutsch-nordischer Studentenachter,
Einladung Studenten aus nordischen Ländern.

Wirtschaftsfragen unter dem Generalthema.

Starke Attraktion, gleichwohl bisher unbeachtet geblieben. Anschluß an Harms Leistungen (Verein für staatswissenschaftliche Fortbildung, heute ein Standardwerk über die Tagungen in Reichenhall, Eilsen, Pyrmont, Rügen, Berlin, Frankfurt, aber nicht in Kiel).

Generalthema: Die Skandinavier in ihrer bedeutenden Rolle in der theoretischen Nationalökonomie.

Geradezu nicht erklärlich, daß das Institut für Weltwirtschaft nicht in diese Rolle, in diese Funktion der KW exponierend eingeschaltet war.

Es ist also die Frage, ob nicht auch Fragen der Wirtschaft geistiger Mittelpunkt der KW sein könnten. Hier stände das Institut für Weltwirtschaft als einzigartige Hilfskraft zur Verfügung. Die Zahl der Themen, die zur Erörterung gestellt werden könnten, ist groß. Erwähnt werden sollen nur Probleme der Aufrüstung im Wirtschaftsaspekt, der Vollbeschäftigung, der Konjunktursteuerung, der Neugestaltung der Sozialpolitik, der Standortverschiebungen durch Atomkräfte, der internationalen Verkehrs- und Tarifpolitik, der Kaufkraft (monetäre Fragen) und der kommunalen Wirtschaft.

Zu den vorerwähnten wirtschaftlichen Problemen müßte man auch die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen einladen.

Es sollte versucht werden, nordische Wirtschaftswissenschaftler, die seit Jahrzehnten führend sind, nach Kiel einzuladen.

Besondere Bedeutung unter ihnen hat Prof. M y r d a l , Stockholmer Ordinarius für Konjunkturlehre und Leiter der Wirtschaftsabteilung der UNO in Genf.

Noch zur Rezension 1955: Im Zusammenhang mit Wirtschaft: Erfreulich die Anteilnahme der Kieler Wirtschaft, die meist ohne Kenntnis der Stadt eine große Anzahl von auswärtigen Kunden und Direktionsmitgliedern nach Kiel eingeladen hatte.

Zur Trägerschaft beim Generalthema.

Es liegt etwas Wahres in der Witowschen Kritik, ob städtische Ausschüsse oder städtische Organe überhaupt zur Trägerschaft (einschl. Vorbereitung) geeignet sind. Müssen unter der oberen Ebene der Stadt als Repräsentanz nicht stärkere Attraktionen gefunden werden? Lebendiger? Es gibt viele Institutionen, die bis zur Trägerschaft helfen könnten, Beispiele:

Universität
Gewerkschaften
Kirche
Kunsthalle
Institut für Weltwirtschaft
Volkshochschule
Muthesiusschule
Die Wirtschaft

Motto etwa von Reifenberg (Deutscher Städtetag 1953):

"Geistige Verantwortung auf Persönlichkeiten zu delegieren. Damit erweist die Stadt ihre eigene Kultur. Sie schafft nicht selbst, sie läßt schaffen!"

Auswirkungen auf die Einzelteile der KW.

So ist Sache der Universität: eine ganze KW mit einem in Skandinavien und Deutschland gleichsam bedeutungsvollen Thema auszufüllen.

Kirche: Kirchenvertreter aus allen skandinavischen Ländern zu einem Gespräch nach Kiel.

Die Studentenzeitung der Universität Kiel: "Wie wäre es, wenn die Christiana Albertina, ganz nach dem guten Beispiel Paris/München, eine ausländische Universität zu einem Wochenbesuch einlúde?"

Variante

Naturgemäß keine Erstarrung im Prinzip. Aus dem Generalthema ließe sich für ein Folgejahr ein Einzelthema zum Gesamtthema ableiten. Es würde also z.B. im Jahre 1956 ein Generalthema gestellt werden, dem sich sämtliche tragenden Institutionen unterordnen. Für das Jahr 1957 würde eine dieser Institutionen allein die KW arrangieren.

Für 1957 käme z.B. die Muthesius-Werkschule in Frage, die 1957 ihr 50jähriges Jubiläum feiert. Dieses Jubiläum fällt zusammen mit dem 50jährigen Bestehen des Werkbundes, dessen Gründer der Namensgeber für die Muthesius-Werkschule geworden ist.

Der Werkbund könnte eingeladen werden, seine Jubiläums-Veranstaltung in Kiel zu veranstalten. Gleichzeitig könnte damit eine Tagung des Rates für Formgebung verbunden werden.

Voraussetzung für beide Wege einer Gestaltung der KW ist m.E. aber immer, daß die tragenden kulturellen Ereignisse sich auf dieser Linie finden. Es erscheint mir daher unerlässlich, daß

- a) die Verleihung des Kulturpreises,
- b) die Ausstellung in der Kunsthalle oder in der Ostseehalle und
- c) das Kieler-Woche-Gespräch,

eine Einheit bilden.

Das gesamte Kulturelle muß eine Einheit bilden.

Nicht mißverstanden: Daß neben diesen Dingen überhaupt nichts Kulturelles sein dürfte.

Spricht man grundsätzlich über alle diese Erwägungen,

m.E. die Frage: Gibt es noch eine Alternative ?

Was zu bedenken ist:

Nicht, daß Stuttgart eine dänische Woche veranstaltet und Heilbronn einen Tag der Schweden, auch nicht Flensburger Tage.

Wohl aber: daß Lübeck durch den Fährverkehr Großenbrode/Gjedser eine bedeutende Stellung im internationalen Reiseverkehr erhalten konnte.

Tor nach Norden geworden: Rekordzahlen für den "Freundesverkehr" mit Skandinavien. Heute verkehren über Lübeck 10 internationale Expreszugpaare nach Großenbrode und zum größten Teil weiter nach Kopenhagen, Stockholm und Oslo. Drei Fährschiffe - Deutschland, Kong Frederick IX, Danmark - sorgen mit zusammen 7 Doppelfahrten für die Trajektierung der Züge.

Lübeck als Drehscheibe im internationalen Reisestrom.

Von uns abgezogen: Saßnitz-Expres: in diesem Jahr zum ersten Mal die Reise von Stockholm-Trelleborg durch die Ostzone nach München.

Handel und Verkehr folgen diesem Strom.

Hat Lübeck was davon ?

- a) Lübecker Etat 100 000 DM für die Gestaltung der Beziehungen zwischen Lübeck und Skandinavien
- b) Gazu weitere Verstärkung im Etat für den gleichen Zweck: 50 000 DM

Dies alles ganz neue Zahlen: Diese aus der Statistik der "Züricher Zeitung" v. 5.8.55.

Gleichwohl aus früheren Erkenntnissen: Der Vorsprung Lübecks beruhe auf seiner vorteilhaften geographischen Lage. Für den internationalen Durchgangsverkehr sei die Vogelfluglinie zweifelsohne die Linie der Zukunft. Dänemark und Deutschland hätten in ihren Ausbau viele Millionen investiert und dächten das auch in Zukunft zu tun. Die Ungunst der geographischen Lage Kiels ließe sich nicht durch Werbung wettmachen. Wohl

aber ließe sich überlegen, ob ein Teil der Besucher aus den nordischen Ländern nicht auch andere Wünsche habe, als einen zügigen Durchgangsverkehr und ob nicht auch die Landeshauptstadt Schleswig-Holsteins und ihr Hinterland (ebenso wie Travemünde) zu einem beliebten Reiseziel für die Reiselustigen aus den nordischen Ländern werden könnten. Bekannt, daß ein großer Teil des Touristenverkehrs der nordischen Länder in den Händen großer Reisebüros liegt. Die Beziehungen zu diesen Organisationen müßten durch persönliche Besuche vertieft, und die Frage einer schleswig-holsteinischen Gegenbewegung, das heißt die Lenkung des Reiseverkehrs auch nach den nordischen Ländern vom Fremdenverkehrsamt und seinem Ausschuß, müßte ernsthaft fortgeführt werden.

Entmutigen lassen bei der Einstellung des Korsör -Kiel-Verkehrs?
Zugverkehr. Landverkehr über Flensburg.

Inneren Verkehr über Dänemark intensivieren !

Hemmung: Schlechte Straße. Bundesstraße 76 (Flensburg, Schleswig, Eck., Kiel). Nordstraße in Kappeln zu Ende.

Beim Halten des Vorsprungs ? Geistige Rolle Kiels kommt uns zugute: Universität, Landeshauptstadt. Ferner: Einzigartige landschaftliche Schönheit.

Zeitpunkt:

Permanentes Bemühen. Schritt für Schritt.

Die nächsten Kieler Wochen gleichfalls Schritt für Schritt. Aufgabe der Stadt, schon jetzt mit den einzelnen Institutionen und Vereinigungen Verbindung aufzunehmen. Blickpunkt: immer Skandinavien !

Organisatorisch:

Standort in der Verwaltung ?

Spezialist ? Leben im skandinavischen Raum beobachten!

Presse? Kultur? Fremdenverkehr? Lübeck?

Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr! .

Team-work. Kulturdezernat! Die Rolle der Lübecker Experten !

Zum Abschluß von I: Motive ?

Bloß nicht so idealistisch dabei denken !

Aktenstudium bringt zum Schmunzeln !

Natürlich sind es jetzt, in diesen Jahren, unter veränderten Umständen, fremdenverkehrspolitische und kommunalwirtschaftliche Gründe.

Das ist ja auch eine Aufgabe der Stadt !

Für Kiel eine Angelegenheit von allergrößter Bedeutung.

Ansehen und wirtschaftliche Autorität aufs engste mit dem Gelingen der KW verknüpft. Was für Hannover die Messe ist, ist für Kiel die Kieler Woche.

Das hat auch die Presse vermerkt. So z.B. in der "Süddeutschen Zeitung" vom 28.6.1955: "daß wir angesichts der landschaftlichen Vorzüge der Kieler Förde unsere Sorgen geschickt anzubringen wissen, wenn wir uns mit der Bonner Prominenz auf dem Deck einer Segelyacht oder beim Umtrunk unverbindlich über Kiel und seine Probleme unterhalten".

Zur wirtschaftlichen Seite auch noch: Man kann nicht auf die vielen Nebenveranstaltungen verzichten ! Aber nachher ist eben alles tot ! Alles hineingepackt, alles muß während der KW sein. So Substanz. Die KW ist eben ein starker Sog. Herr Daume kommt ^{eben} nur dann, weil er dann hier einen Bundesminister trifft. Wären sie auch sonst gekommen ? Wir müssen uns anstrengen, daß wir nach der KW auch noch etwas haben !

II

Zur Frage der Rationalisierung oder des
Reduzierens der Großveranstaltungen

Empfang des Bundespräsidenten
und Eröffnung der KW auf dem Rathausplatz

Kombination beider Veranstaltungen müßte durch frühzeitige Verhandlungen mit BP erreicht werden.

Echte Rationalisierung.

Teilnahme des BP als stabiles Element.

Stetiger Faktor.

Anwesenheit von unschätzbbarer Bedeutung !

Eröffnungsveranstaltung:

Anwesenheit des BP hat sehr gefehlt

15 000, größter Teil Jugendliche

Teilnahme der Alten: Fehlen einer Tribüne

Der Empfang des BP wurde von dem Protokollchef des Auswärtigen Amtes als eine der gelungensten Veranstaltungen bezeichnet, die der BP seit einem Jahr besucht hat.

Beanstandung: überall waren Tische frei. Organisation !
Eine Stunde vorher bei den Gästen anfragen, deren Teilnahme zweifelhaft ist.

Fest auf grünem Rasen

Presse: bestens gelungen.

20 000 Besucher.

Aus der KW nicht mehr wegzudenken !

Volksfest auf der Krusekoppel

60 000 Besucher. Lenkung und Steuerung der Schulen ?

Rummel-Rummel ? Nein!

Programm auf dem Freilicht-Theater: Massenwirkung nicht erreicht.

Echtes Bedürfnis nachgewiesen.

Frage der Beteiligung der Bevölkerung an der KW.

Das ist offensichtlich der Grund:

Das Bedürfnis: Im August Laternen usw. ?

Reit- und Fahrtunier

scheint in Kiel volkstümlich zu werden.

Großer Erfolg der Winterveranstaltungen.

Fremdenverkehrsbedeutung ?

Generalthema ! Mir noch nicht klar. Ist Skandinavien ein Reiterland oder nicht ?

Im Winter: haben wir das Monopol.

Im Sommer: Frage der Preise (Stiftungen)

Festsitzung der Ratsversammlung

Vortrag Weischedel: abstrakt, zu philosophisch, wenig rednerische Erfahrung. Wir haben da einen Mann verpflichtet gehabt, der "über den Wissensdurst" getrunken hatte und nun alles von sich gab.

Journalisten-Urteil: das gleiche Sieburg wäre doch wohl besser gewesen, wäre stärkere Attraktion nach außen gewesen.

Musikstücke zu lang.

Nächstes Mal: Kombination mit Vortrag. Generalthema.

Fortfall ? Forum Kulturpreis †

Wiederaufnahme der Prämierung der Bauten.

Lokalkolorit ist auch nötig.

Gar keine Möglichkeit, einen verdienten Bürger auszuzeichnen.

Abend der Stadt Kiel ?

Entwicklung ? Kann er neben Empfang der Diplomaten und Gäste noch bestehen ? Bedauerlich: Abend der Stadt Kiel könnte wertvoller sein. Sozusagen Verlagerung des Interesses.

Was mich stört ? Großer Kreis, größter Teil vorwiegend Dauerbesucher, die man überall wieder sieht.

Die meisten Unzufriedenheiten, weil der Kreis der Gäste niemals alle Wünsche erfüllen kann.

Presse: Verunglückt ! Kein Höhepunkt !

Vorschlag von außen: a) Cocktail-Empfang für 400 Personen oder b) Blumen- und Gartenschau während der ganzen Festwoche, in die entsprechende Veranstaltungen eingeplant werden könnten (Gespräch mit der Presse). Vorschlag der Presse dazu: Im Rahmen der Ostseehalle. Gesellschaftlicher Höhepunkt statt Abend der Stadt Kiel. Mit Damen. Repräsentative Veranstaltung in den Mittelpunkt stellen.

Problematisch: wo wir doch das sehr geeignete Rathaus haben.

Verleihung des Kulturpreises

auf der Festsitzung der Ratsversammlung "einer der Höhepunkte der Veranstaltung" (so Leitartikel im Juli-Heft des "Schleswig-Holstein")

Auch verbinden mit dem Generalthema.

Skandinavien für den Kulturpreis.

Etwas: Wenn es gelingt, HC Hansen für die KW zu gewinnen.

Kieler-Woche-Gespräch immer im Zusammenhang mit Kulturpreis.

Segeln

Haupttenor der Kritik: "Der Segelsport hat keine Galerie"

Großer Teil der Kritik: Die KW darf nicht in die Sphäre einer reinen Segelveranstaltung zurückfallen, an der nur ein bestimmter Kreis Interessierter teilnahm.

Gefahr doch wohl nicht.

Internationale Sportkameradschaft. Der internationale Charakter dieser Veranstaltung versteht sich von selbst.

Segelsport soziologische Wandlung, weitere Volksschichten erfaßt. Wie beim Tennis und Hockey.

Echtes stabils Element.

Kiel Monopolstellung. Naturhafen. Wegen der einmaligen Bedeutung Kiels als Austragungsort immer am ersten Platz im Programm der KW.

Presse ("Sozialdemokraten", Kopenhagen), daß der Königl. Dänische Yacht-Klub der KW ferngeblieben war, daß aber jütische Segelsport-Vereine teilgenommen hätten. Mit Blick auf das Generalthema doch erneut versuchen !

Auf jedem einzelnen Gebiet: echte Qualität. Auf dem Gebiete des Segelns echtes Niveau. Konkurrenzlos in Deutschland. Das kann man auf den anderen Gebieten nicht ! (Verwöhnt durch Radio!)

Presse: will lieber Wettfahrt bis zu den Küsten. Richtige Segelrolle, die in Kiel wieder endet. Statt Fehmarn.

Der große politische Vortrag

Nutting. Pressemäßig schlechter Zeitpunkt.

Besucher 2700, hingeschickt, echte Besucher sehr viel weniger.

Amerika und England waren da.

Wer nun ? Ein skandinavisches Land ! Unter dem Generalthema:
Schwedischer Ministerpräsident.

- a) Schweden deutschfreundlicher,
- b) ganz große Sache wäre, Norwegen käme,
- c) wir in Dänemark immer noch belaset. Deutsche Sache:
Entlasten. Könnte man, indem man HC Hansen
sprechen läßt.

Wer real denkt: c) wohl am ehesten zu erreichen.

Noch zur allgemeinen Kritik: Veranstaltungen in die Abend-
stunden zu legen, um der von der Arbeit schwer abkömmlichen
Bevölkerung die Teilnahme zu ermöglichen.

Abschlußfeuerwerk

Beispiel Eckernförde, großer Erfolg.

Polizeiliche Schätzung: KW 1955: 70 - 80 000.

Englische und amerikanische Kriegsschiffe

Der Sonntag. Bevölkerung spontan reagiert.
Sehr viel auswärtige Autos.

Wirtschaftliche Frage !

Kieler Woche als Massenveranstaltung.
Aktivum, das noch zu steigern gewesen wäre.
Starkes Interesse der beiden Navies.
Am Rande: November englische Geschwader.

III

Wichtige Einzelfragen

Plakatwettbewerb

Plakat 1955 gut gelöst.

Jury weiter stattfinden. Standard-Plakat .

Zeichen entwickeln.

Werbewirkung nicht zu unterschätzen.

Veranstaltungen der Universität

Vortrag Raiser: einer der Höhepunkte der Veranstaltungen.
Mensa voll besetzt.

Universität erlangt mit ihren Vorträgen beachtliche Höhepunkte. Geistig-kultureller Inhalt der KW verschiebt sich mehr und mehr zur Universität, was erstrebt war. Richtig !

Theateraufführung

Premiere von Egks "Zaubergeige", Gesellschaftlicher Höhepunkt.

BP: Weber hätte es besser gemacht.

Presse hat spezielle Kritik an sich zurückgewiesen.

Was das Theater zustandebringen müßte: Gastspiel !!

Kritik wieder allgemein wie im Vorjahre. Zuspitzung Witow.

Wieder verleitet, mit den künstlerischen Festspielwochen anderer Städte in Wettbewerb. Wir wollten doch nur zeigen, welcher Leistung eine kriegszerstörte Stadt heute schon fähig ist.

Programm 1955: Prüfung Generalthema, auch hier weitgehend aus dem skandinavischen Kulturwesen herleiten !

Kultursenat Vorbereitung: An dieser Stelle nochmals das Zitat Reifenbergs: "Geistige Verantwortung auf Persönlichkeiten delegieren. Damit beweist die Stadt ihre eigene Kultur. Sie schafft nicht selbst, sie läßt schaffen!"

Impulse ! Auch vom Theater-Intendanten müßten sie ausgehen ! Bei der Auswahl des neuen Mannes müßte von Bedeutung sein, ob er sich auch für solche Aufgaben eignet !

Einbeziehung der Fördeorte

Beschwerden ! Sinn der Arbeitsgemeinschaft: mit uns zu ziehen. Auf dem Abend der Stadt Kiel kein Vertreter der Fördeorte.

Einbeziehung der Fördeorte in das Programm: beim Geschwaderbesuch Kranzniederlegung am Marine-Ehrenmal vermißt (Beschwerde der Laboer)

Kein Verhältnis zum "kleinen Bruder".

Auch unter dem Gesichtspunkt der Gebietsreform wichtig !

Motto "Zehn Jahre Wiederaufbau Kiel"

- a) Nur Ausstellung im Kieler Rathaus. Bestens gelungen !
- b) Die für diesen Zweck vorgesehene Festschrift verzögert.
- c) Raiser, gut gelungen.

Alles andere geplatzt. Vorstellung, wie man so was geschlossen machen kann, hat sich nicht durchgesetzt.

Mangel auch, daß das Kieler-Woche-Gespräch nicht zustande gebracht war, s.oben.

Schaufensterwettbewerb

Kritik, die Einwohnerschaft Kiels stärker zu beteiligen.

Einer der Wege: ein mit guten Preisen ausgestatteter

Schaufensterwettbewerb. Dotierung der Preise.

In diesem Jahr: ein Torso.

Presse: Absolut negativ. Träger !

Einzelhandelsverband.

Beleben, daß die anderen es
machen. .

Auswärtige und ausländische Pressevertreter

8 Vertreter. Darunter Kopenhagen, Apenrade, Helsinki.

Echo ist gut;

kann intensiver werden.

Geld bereitstellen.

Nicht Meldungen.

Sie machen die Artikel.

Empfang der Diplomaten

Landesregierung als Verantwortliche.

Aufgabe der Landesregierung: Besuch der Diplomaten in direkten Kontakt zum Generalthema zu bringen.

Wenn die Linie klar ist, werden die skandinavischen Diplomaten von besonderer Bedeutung sein.

Hier Hinweis auf die ausgezeichnete Beurteilung der KW im "Diplomatischen Kurier" (August-Heft 1955).

Gewerkschaften

"Welt der Arbeit", Arbeitnehmerschaft fühlt sich benachteiligt.

"Im Kieler-Woche-Programm mit keinem Wort mehr von Veranstaltungen der Stadt, die von den Gewerkschaften getragen waren".

Kritik nicht berechtigt, da Anregungen und Vorschläge nicht beachtet.

Ehrengäste

Auswahl der Gäste: das Bild eines zufällig zusammengewürfelten Kreises. Eingeladene Organisationen werden aufgefordert, Ehrengäste zu benennen. Untereinander haben sie kaum etwas Gemeinsames. Ausgesprochener Krampf.

Wie lange ? Im Schnitt 2 Tage.

1955: Geladen 320

Erschienen 75 (ohne BP mit Begleitung, Nutting und BMin, ohne Diplom.Corps)

Von den Gästen, die die Universität vorschlug, sind nur diejenigen gekommen, bei denen die Reisekosten von der Universität übernommen wurden. Eine bedauerliche Feststellung, gerade bei diesem Gästekreis.

Betreuung der Gäste ! Bahnhof und Hotel gut. Aber sonst nach der Begrüßung durch StPr und OBm zu Ende.

Thema muß attraktiv sein !

Haben wir richtiges Generalthema, dann kommen die wichtigsten Gäste von selbst.

Unterbringung

Segler zum zweiten Mal in Schilksee und Strände nahe den Regattafeldern.

Schilksee und Strände waren ausverkauft.

Hotels und Gaststätten

Gastronomen sehr zufrieden.

Hotels waren während einiger Tage der KW nicht voll besetzt.

Organisationsfehler.

Verantwortlichkeit in der KW

Einheitliche Verantwortlichkeit ? Großer Apparat.

Kritik: 1955 bestand keine echte Koordinierung.

Künftig anders !

Organisation

Geringe Zahl an Kräften zur KW

Großes Arbeitsmaß

Aufopfernde Tätigkeit der ehrenamtlichen Kräfte und der
auf dem Rathaus herangezogenen Mitarbeiter !

Kleine Pannen

Dürfen im Ablauf der rund 120 Veranstaltungen nicht ins Gewicht fallen.

Musik bei Rede des BP: BP war persönlich ungehalten.

Eröffnungsabend, kein Kontakt mit unten. Uhr ging falsch. Wein! Gäste im Saal an den Reden völlig unbeteiligt.

Erster Rang im Theater nicht ausgenutzt. Karten waren zum Teil an Bedienstete weitergegeben.

Stadtrundfahrten organisatorisch verbessern.

Fackelzug für den BP: Einzelbeanstandungen, auf die Jugend bezogen.

Anlage 2

E n t w u r f

eines Arbeitsplans für die Vorbereitung der Kieler Woche 1956

Grundgedanke: Das im wesentlichen übereinstimmende Ergebnis der Beratung im Magistrat, im Kieler-Woche-Ausschuß und in der allgemeinen Kritik an der Kieler Woche 1955 läßt sich dahin zusammenfassen, daß es auch in der diesjährigen Veranstaltung nicht gelungen sei, die beiden Pole, Segeln und Kultur, zu einer Einheit zu verschmelzen. Das sei vor allem darauf zurückzuführen, daß dem kulturellen Teil der Kieler Woche die tragende Grundlinie gefehlt habe. Aus diesem Grunde seien die an sich wertvollen kulturellen Veranstaltungen nebeneinander hergelaufen. Eindringlich wurde besonders von der Presse darauf hingewiesen, daß die Kieler Woche in ein lokales Ereignis oder wie früher in die Sphäre einer reinen Segel-Veranstaltung mit einigen repräsentativen "Verschönerungen" nicht zurückfallen dürfe. Diese Beurteilungen lassen sich im wesentlichen dahin zusammenfassen, daß für 1956 neben den traditionellen Segel-Veranstaltungen auch der kulturelle, der geistige Teil der Kieler Woche eine geschlossene Einheit wird und erst dadurch in seinem Gehalt neben dem hohen sportlichen Niveau der Segelregatten bestehen kann.

Voraussetzung dafür ist, daß sich mit Ausnahme des politischen und repräsentativen Programms die kulturellen Veranstaltungen der verschiedenen Träger unter einem General-Thema zusammenfinden. Dieses General-Thema muß, wenn der kulturelle Teil genau wie das Segeln über die Landesgrenzen Bedeutung erlangen soll, in erster Linie und sicherlich auch wegen Fehlens einer anderen Alternative für den skandinavischen Raum interessant genug sein, um von dort Persönlichkeiten des öffentlichen und des kommerziellen Lebens anzuziehen. Daß für Kiel immer nur die Ausstrahlung auf den skandinavischen Raum in Frage kommen kann, ergibt sich aus der geographischen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Situation. Es erscheint, wie auch erwogen, nicht glücklich, den Akzent des kulturellen Teils

der Kieler Woche etwa auf Frankreich oder Italien legen zu wollen. Wir sind am nördlichen Wasser! Das bestimmt unseren geistigen Standort.

Es kommt für 1956 darauf an, ein Thema zu finden, das von den verschiedenen Kieler Institutionen behandelt werden kann und für die skandinavischen Länder interessant erscheint. Als Träger der kulturellen Veranstaltungen kommen dafür in Frage:

1. die Universität
2. das Institut für Weltwirtschaft
3. die Pädagogische Hochschule
4. die Volkshochschule
5. die Kunsthalle
6. die Muthesiusschule
7. die Kirchen
8. Repräsentationen und Organisationen der Kieler Wirtschaft
9. die Gewerkschaften

Die Stadt Kiel selbst sollte sich darauf beschränken, diesen Trägern Anregung und Unterstützung bei der Vorbereitung und der Gestaltung (Verhandlungsführung, Reisen, Einladungen) zu geben. Der Eigenanteil am kulturellen Gesicht der Kieler Woche kann z.B. in der Verleihung des Kulturpreises und in dem Referat auf der Festsitzung der Ratsversammlung bestehen.

Für die Ermittlung des jeweiligen Grundgedankens des kulturellen Teils der Kieler Woche wird es in Zukunft erforderlich sein, das Geistesleben im skandinavischen Raum in enger Verbindung mit Vertretern der skandinavischen Länder zu beobachten, um gemeinsam interessierende Probleme zu finden. Da mit dieser Arbeit bis jetzt noch nicht begonnen ist, wird vorgeschlagen, für die nächstjährige Kieler Woche das Problem der Erwachsenen-Bildung zu erörtern. Dieses Thema, das nicht nur für die oben erwähnten Kieler Organisationen interessant sein

dürfte, wird zweifellos auch im skandinavischen Raum eine bedeutende Resonanz finden. Die Voraussetzungen für eine Erörterung dieses Themas gerade in Kiel sind aus folgenden Gründen als günstig anzusehen:

1. An der Universität besteht eines der wenigen Seminare für Erwachsenen-Bildung in Deutschland. Der Senat der Universität hat eine Senatskommission für Erwachsenen-Bildung berufen.
2. Der geschäftsführende Vorstand des deutschen Volkshochschul-Verbandes hat seinen Sitz in Schleswig-Holstein.
3. Der Vorsitz des Pädagogischen Ausschusses des deutschen Volkshochschul-Verbandes ist in Kiel.

Es müßte danach gelingen, Universität und Volkshochschule für die Gestaltung des kulturellen Teils der nächsten Kieler Woche unter jenem General-Thema zu gewinnen. Auch bei den übrigen genannten Trägern, so den Kirchen, den Gewerkschaften und der Wirtschaft, dürfte durchaus Interesse für die grundsätzliche Erörterung von Fragen der Erwachsenen-Bildung bestehen. (Ein späteres General-Thema, besonders auf Dänemark bezogen, könnte etwa in der volkswirtschaftlichen, betriebswirtschaftlichen und soziologischen Bedeutung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens liegen).

Für die einzelnen Veranstaltungen der Kieler Woche ergibt sich danach folgendes:

a) Politische Veranstaltungen

1. Großkundgebung. Auch während der Kieler Woche 1956 sollte eine Groß-Kundgebung mit einem prominenten Politiker in der Ostseehalle veranstaltet werden. Nachdem in den letzten beiden Jahren ein amerikanischer und ein englischer Staatsmann gesprochen haben, sollte im nächsten Jahr als Redner

dafür wieder eine bedeutende Persönlichkeit Skandinaviens gewonnen werden. Nach den bisherigen Erörterungen in den zuständigen Körperschaften ist dabei an den dänischen Ministerpräsident HC Hansen oder an den schwedischen Ministerpräsident Erlander gedacht. Die Verhandlungen mit den beiden Politikern müßten sofort aufgenommen werden. Die Wahl des Themas des Vortrages sollte dem Vortragenden überlassen bleiben.

2. Festsitzung der Ratsversammlung. Für die Tagesordnung der Festsitzung käme wiederum die Verkündung des Kulturpreisträgers in Frage. Daneben sollte die seit zwei Jahren unterbliebene Auszeichnung besonders guter Bauten wieder aufgenommen werden. Hiermit würde u.a. dem berechtigten Verlangen entsprochen, die Bevölkerung mehr als bisher in das festliche Geschehen einzugliedern.

Die Person des Kulturpreisträgers sollte in engem Zusammenhang mit dem General-Thema des kulturellen Teils stehen. Der Kultursenat sollte im Sinne des Delegationsgedankens jetzt schon zur Beratung aufgefordert werden. Die Festsitzung der Ratsversammlung sollte wiederum durch einen Festvortrag abgeschlossen werden. Dabei müßte das General-Thema des kulturellen Teils aufgegriffen werden. So könnte z.B. die kommunalpolitische Bedeutung der Erwachsenen-Bildung behandelt werden.

b) Kulturelle Veranstaltungen

1. Kieler-Woche-Gespräch. Das Kieler-Woche-Gespräch, dessen Fehlen in den letzten Jahren außerordentlich bedauert wurde, sollte auf jeden Fall wieder aufgenommen werden. Dabei ist es nicht erforderlich, daß die Stadt Kiel als Veranstalter dieses Gesprächs auftritt. Es könnte vielmehr daran gedacht werden, dieses Gespräch entweder von der Universität oder von der Volkshochschule führen zu lassen. Immerhin muß sich das Gespräch in seiner Thematik dem Leitgedanken, eben dem General-Thema, unterordnen.

2. Vorträge. Da ein öffentliches Gespräch immer nur einen begrenzten und sachverständigen Zuhörerkreis findet, sollte der Öffentlichkeit das Thema durch einzelne Vorträge in größerem Rahmen nahe gebracht werden. Diese öffentlichen Vorträge sollten von den oben genannten Institutionen veranstaltet werden. Dabei sollte auch die Kundgebung der Kirchen sich dem General-Thema unterordnen.

3. Ausstellung in der Kunsthalle. Die Ausstellung in der Kunsthalle könnte "Laien-Schaffen unserer Zeit" zum Thema haben. Auch hier würden sich viele Anknüpfungspunkte zum General-Thema ergeben. Die Volkshochschule hebt in ihrem Arbeitsplan ja gerade die bildende Kunst besonders hervor.

4. Theater. Nach den Beratungsergebnissen sollte es 1956 "endlich einmal" gelingen, auch das Theater insofern mehr in die Bestrebungen der Kieler Woche einzubeziehen, als skandinavische Autoren aufgeführt oder Gastspiele skandinavischer Ensembles veranstaltet werden. Es kann auch daran gedacht werden, einen namhaften skandinavischen Dirigenten zu gewinnen, der die eine oder andere Aufführung übernimmt.

5. Deutsch-Skandinavische Vereinigung. Um das Gesicht der Kieler Woche noch mehr nach Skandinavien zu richten, sollte die deutsch-skandinavische Vereinigung gebeten werden, neben dem schon traditionellen Empfang während der Kieler Woche mit einer größeren Veranstaltung hervortreten. Erinnerung wird hierbei an das (leider schlecht besuchte) Konzert des vorzüglichen isländischen Männerchors.

- c) Sonstiges. Im Magistrat und im Kieler Woche-Ausschuß, wie in den Diskussionen mit der Presse ist über den "Abend der Stadt Kiel" keine Einigung erzielt worden. Der Gesamteindruck ist wohl, daß diese Veranstaltung in der bisherigen Form nicht beibehalten werden kann. Unter Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Umstände bleibt eigentlich als Verbesse-

ungsvorschlag nur übrig, der Veranstaltung in den drei umstrittenen Räumen des Rathauses die Form der abendlichen Party zu geben. Unter diesen Erwägungen und sicherlich auch mit einigen Bedenken gegen die immer noch etwas fremdländische Geselligkeitsart wären damit drei andere Ersatzmöglichkeiten abzulehnen, nämlich:

- a) die Veranstaltung in der Ostseehalle als Blumenschau: Risiko des Experiments, Problematik der Atmosphäre, selbst bei Vergrößerung des Teilnehmerkreises und bei Verkleinerung der Halle bleibt die Ostseehalle noch zu groß, Kosten.
- b) Mensa der Universität: abgelegen, kein Hausherr, öffentliche Wirtschaft.
- c) Vereinigung aller Gäste auf einem größeren Dampfer (Dania, Wappen von Hamburg) oder mehreren kleineren Schiffen: Kosten, fehlende Konzentration, Schwierigkeiten in der Beschaffung der Schiffe.

Der Gedanke des richtig organisierten und bemerkenswert geförderten Schaufensterwettbewerbs sollte schon aus Werbungsgründen verwirklicht werden.

Nach den Beratungsergebnissen sollen auch 1956 folgende Veranstaltungen durchgeführt werden:

1. Fest auf grünem Rasen
2. Volksfest auf der Krusekoppel
3. Abschluß-Feuerwerk

Diese volkstümlichen Veranstaltungen lassen sich, wie übereinstimmend geurteilt wurde, aus der Kieler Woche nicht mehr wegdenken. Es sollte allerdings das Volksfest lebendiger gestaltet werden.

Den Abschluß der Kieler Woche sollte, wie bisher, das Feuerwerk bilden, das durch eine große Lampion-Fahrt der Kieler Segler-, Ruder- und Kanuvereine vom Bahnhof bis zur Bellevue-Brücke ergänzt werden könnte. Dabei sollte am Abschluß-Abend auch das Hindenburgufer festlich mit Lichtern illuminiert werden. Zu überlegen wäre auch, ob man nicht das Feuerwerk auf Pontons im Hafen abbrennen kann. Ein solcher Abschluß würde sicherlich für den Fremdenverkehr eine große Attraktion sein.

Zu dem festen Bestandteil der Kieler Woche sollte auch im Jahre 1956 der deutsch-nordische Studentenachter gehören. Unbestrittene Bemühungen (z.B. Vereinigung von **Eröffnung** und Empfang des Bundespräsidenten, Diplomatenbesuch) sollen im Sinne der "Notizen" über die Magistratsberatung am 10.8.1955 verfolgt werden.

Anwesenheitsliste

Sitzung der Ratsversammlung am ..15.9.1955..

Lfd. Nr.	Name	Unterschrift
1.	Bade, Erich	Bade
2.	Beth, Dietrich	Beth
3.	Bock, Fritz	Bock
4.	Brodersen, Anne	Brodersen
5.	Drews, Hermann	Drews
6.	Fischer, Claus	Fischer
7.	Franke, Dorothea	Franke
8.	Hartmann, Hermann	Hartmann
9.	Herbst, Hans-Joachim	Herbst
10.	Hildebrand, Paul	Hildebrand
11.	Hinz, Ida	Hinz
12.	Dr. Kasch, Wilh.	Kasch
13.	Köster, Hermann	Köster
14.	⊕ Kowalewsky, Walter	Kowalewsky
15.	⊕ Dr. Krieger, Adolf	Krieger
16.	Langbehn, Karl	Langbehn
17.	⊕ Lüdemann, Heinz	Lüdemann
18.	Lühr, Hans	Lühr
19.	Lütgens, Günter	Lütgens
20.	Marth, Hermann	Marth
21.	Dr. Meier, Wilh.	Meier
22.	Neumann, Kurt	Neumann
23.	Nolte, Georg	Nolte

Lfd. Nr.	Name	Unterschrift
24.	Pfaff, Kurt	<i>K. Pfaff</i>
25.	Ratz, Karl	<i>K. Ratz</i>
26.	Renger, Rudolf	<i>R. Renger</i>
27.	Ritter, Franz <i>Ritter</i>	<i>F. Ritter</i>
28.	Dr. Rüdell, Hans-Carl	<i>H. Rüdell</i>
29.	Dr. Salomon, Richard	<i>R. Salomon</i>
30.	Schatz, Gustav	<i>G. Schatz</i>
31.	Schröder, Hans	<i>H. Schröder</i>
32.	Schröder, Lena	<i>Lena Schröder</i>
33.	Schubert, Günter	<i>G. Schubert</i>
34.	Sichelschmidt, Fr.	<i>F. Sichelschmidt</i>
35.	Dr. Sievers, Wilh.	<i>W. Sievers</i>
36.	Stams, Walter	<i>W. Stams</i>
37.	Steinert, Hans	<i>H. Steinert</i>
38.	Thaddey, Hans	<i>H. Thaddey</i>
39.	Vormeyer, Elisabeth	<i>E. Vormeyer</i>
40.	Wallbaum, Rosa	<i>R. Wallbaum</i>
41.	Dr. Wersin, Fridtjof	<i>F. Wersin</i>
42.	Westphal, Karl-H.	<i>K. Westphal</i>
43.	Willumeit, Emil	<i>E. Willumeit</i>
44.	Winkelmann, Otto	<i>O. Winkelmann</i>
45.	Wollschlaeger, Herbert	<i>H. Wollschlaeger</i>

Kurznotiz

über die Sitzung der Ratsversammlung
am 15. September 1955

Beginn: 15.00 Uhr

Ende: 18.35 Uhr

Vorsitzender: Stadtpräsident Dr. Sievers

Schriftführer: Ratsherr Pfaff

Anwesend: Stadträte: Bade, Hartmann, Frau Hinz, Köster, Kowalewsky, Langbehn, Dr. Meier, Ritter, Dr. Rüdell, Schatz, Schubert

Ratsherren: Beth, Book, ~~Frau Brodersen~~, Drews, Fischer, Frau Franke, Hildebrand, Herbst, Dr. Kasch, ~~Dr. Krieger~~, ~~Lüdemann~~, Lühr, Lütgens, Marth, Neumann, Nolte, Pfaff, Ratz, Renger, Dr. Salomon, Schröder, Frau Schröder, Sichel-schmidt, Stams, Steinert, Thaddey, Frau Vormeyer, Wallbaum, Dr. Wersin, Westphal, ~~Willumeit~~, Winkelmann, Wollschlaeger

Es fehlen
entschuldigt:

Ratsherrin Brodersen, Stadtrat Kowalewsky,
Ratsherr Dr. Krieger, Ratsherr Willumeit

Es fehlen
unentschuldigt:

Ratsherr Drews, Ratsherr Lüdemann

Ausschluß von Ratsherren
wegen Befangenheit:

--

Anwesende
des Magistrats:

Oberbürgermeister Dr. Müthling, Bürger-meister Dr. Fuchs, ~~Stadtbaurat Jensen~~, Stadtschulrätin Jensen, Stadträte ~~Bor-ehert und Engert~~.

Anwesende
der Verwaltung:

Magistratsdirektor Koeppen, Magistrats-syndikus v. Germar, Magistratsoberräte: ~~Dr. Dabelstein~~, ~~Gabriel~~, Dr. Kopp, Materne, Puls, ~~Dr. Schröter~~, Mag. Räte: ~~Dröpper~~, ~~Schlüter~~, Dr. Willing, Stadtmedizinalrat Dr. Papenberg, Mag. Schulrat Dr. Schütze, Mag. Baudirektoren: ~~Schroeder~~, ~~Sauer~~, Willing, Mag. Ob. Bauräte: ~~Dorow~~, ~~Schnoor~~, Schulze, Referent Witte

Ö f f e n t l i c h e S i t z u n g

Die gestellten Anträge:

3. Der Aufstellung eines "Berliner Meilenstein" auf dem Berliner Platz nahe der Ecke Andreas-Gayk-Straße gemäß Lageplan des Stadtplanungsamtes vom 31.8.1955, Punkt 4, wird zugestimmt.

Beschluß:

Nach Antrag

4. Der 2. Änderung des Durchführungsplanes Nr. 40 für das Baugebiet Beselerallee/Knooper Weg/Bremerstraße/Holtenauer Straße wird zugestimmt.

Beschluß:

Nach Antrag

5. Der 2. Änderung des Durchführungsplanes Nr. 73 für das Baugebiet Küterstraße/Martensdamm/Haßstraße/Markt wird zugestimmt.

Beschluß:

Nach Antrag

6. Der Änderung des Durchführungsplanes Nr. 74 für das Baugebiet Haßstraße/Martensdamm/Falckstraße wird zugestimmt.

Beschluß:

Nach Antrag

7. Dem Durchführungsplan Nr. 137 - Baugebiet Ernestinenstraße zwischen Pickertstraße und Ostring - wird zugestimmt.

Beschluß:

Nach Antrag

8. Der Änderung des Aufbauplanes Nr. 4 für das Grundstück Holtener Straße 230 wird zugestimmt.

Beschluß:

Nach Antrag

9. 1) Dem Ausbau der Straßenbeleuchtung in der in der Gemeinde Melsdorf gelegenen Siedlung Mettenhof durch die Stadt Kiel wird mit der Maßgabe zugestimmt, daß die verauslagten Kosten von der Landestreuhandstelle wieder einzuziehen sind, soweit das aufgrund der Rechtsverhältnisse möglich ist.
- 2) Bei der neu einzurichtenden Haushaltsstelle 701/6.96 - Bau der Straßenbeleuchtung in der Siedlung Mettenhof - wird eine außerplanmäßige Ausgabe von 1.800,-DM genehmigt. Die Deckung erfolgt durch Sperrung eines gleich hohen Betrages bei der Haushaltsstelle 98/681 - Verstärkungsmittel -.

Beschluß:

Nach Antrag

10. Der Firma Fried. Krupp Germaniawerft AG. i.L. wird ein Zuschuß zum Anschluß der Hausabortanlagen und der Abwässer an die Vollkanalisation der Stadt Kiel in Höhe von DM 20.000,- gewährt. Die Haushaltsmittel sind im ordentlichen Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1956 bereitzustellen.

Beschluß:

Nach Antrag mit Stimmen gegen Stimmen
bei Stimmenthaltungen

- 11. 1) Bei der Haushaltsstelle V 651/1754 - Ausbau der westlichen Fahrbahn des Westringes zwischen Schauenburgerstraße und Olshausenstraße - wird eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 50.000,-DM mit der Maßgabe bewilligt, daß dieser Betrag in den außerordentlichen Nachtragshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1955 einzubeziehen ist.
- 2) Die überplanmäßige Ausgabe ist wie folgt zu decken:
 - a) 38.400,-- DM aus der Haushaltsstelle V 651/1756 - Ausbau des Streitkampfs zwischen Gärtnerstraße und Rendsburger Landstraße -
 - b) 11.600,-- DM aus der Haushaltsstelle V 7021/1543 - Bau von Schmutz- und Regenwasserkanälen im Streitkamp von der Gärtnerstraße bis Rendsburger Landstraße -.

Beschluß:

Nach Antrag

- Beschluß:
Nach Antrag
- 12. Aussprache über den Bericht des Sonderausschusses zur Beseitigung des mehrschichtigen Unterrichts.
 - 1. Ein von Stadtrat Dr. Rüdell gestellter Antrag auf Schluß der Debatte wird mit 24 gegen 14 Stimmen angenommen.
 - 2. Das vom Sonderausschuß vorgelegte Material wird einstimmig an den Schulausschuß zur weiteren Bearbeitung verwiesen.
 - 3. Stadtrat Langbehn stellt folgenden Antrag:
"Das Statistische und Wahlamt der Stadt Kiel wird beauftragt, in der Frage des mehrschichtigen Unterrichts an den Volksschulen Kiels eine eingehende Erhebung vorzunehmen, die der wirklichen Situation an den Volksschulen Kiels entspricht. Die Arbeit ist in den Statistischen Monatsberichten zu veröffentlichen."
Der Antrag wird mit 15 Stimmen der SPD bei 23 Enthaltungen des Kieler Blocks genehmigt.

13. Folgende aus Vorgriffsmitteln der Rechnungsjahre 1957/1958 zu finanzierende Schulbauvorhaben werden genehmigt:

1. Wiederaufbau Staatl. Ingenieurschule	1.300.000,-- DM
2. Max-Planck-Schule - 4. Bauabschnitt 18 Klassen und 5 Arbeitsgemeinschaftsräume -	700.000,-- DM
somit	2.000.000,-- DM
	=====

Beschluß:

Nach Antrag

14. Der Verlängerung der Geltungsdauer des zwischen der Stadt Kiel - Bezirksfürsorgeverband - (BFV) und der Kassenärztlichen Vereinigung, Landesstelle Schleswig-Holstein, Körperschaft des öffentlichen Rechts in Bad Segeberg (KV) abgeschlossenen Vertrages vom 10.11.53/4.1.54 über die Krankenversorgung der Fürsorgeunterstützungs- und Unterhaltshilfeempfänger und des dazugehörigen Schiedsvertrages für die Zeit vom 1.4.55 bis 31.3.56 unter gleichzeitiger Erhöhung des im § 7 des Vertrages festgelegten Fallpauschales von 10,50 DM auf 12,-DM wird zugestimmt.

Eine Aufrechnung von Forderungen der KV aus diesem Vertrag mit Forderungen der Stadt Kiel an die KV gem. § 387 BGB ist abgeschlossen.

Beschluß:

Nach Antrag

15. Für das Darlehen von nom. 1.400.000,-- DM, welches der Kieler Wohnungsbaugesellschaft mbH. zum Bau von Wohnungen für leistungsschwache Familien nach dem Beschluß der Ratsversammlung vom 30.6.1955 gegeben werden soll, werden folgende Bedingungen festgesetzt:

Auszahlungskurs: 97,5 %

Zinssatz: 0,5 % p.a.

Tilgung: 1 % p.a. zuzüglich der durch die fortschreitende Tilgung ersparten Zinsen.

Besondere Auflagen:

Das Darlehen ist ausschließlich zum Bau von Wohnungen für leistungsschwache Familien bestimmt. 60 % der zur Errichtung kommenden Wohnungen müssen an AV-Versicherte (freiwillig Versicherte oder Pflichtversicherte) oder an AV-Rentner vermietet werden. Dabei genügt es, wenn ein mit dem Mieter in Hausgemeinschaft lebender Familienangehöriger AV-Versicherter oder AV-Rentner ist. Die vorgenannte Verwendung ist bis zum 30.11.1956 nachzuweisen.

Beschluß:

Nach Antrag

Stadtrat Schatz hat während der Beratung und Beschlußfassung den Saal verlassen.

16. 1. Aus Mitteln der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge - verstärkte Förderung - werden folgende Darlehen aufgenommen:
- a) für die Einführung der Bundesstraße 4 - Straße Segeberg-Kiel in das Stadtgebiet, II. Bauabschnitt / 230.640 DM
 - b) für die Fortsetzung der Vollkanalisation in Holtenau-Pries und Friedrichsort = 91.440,-- DM
 - c) für den Bau von Entwässerungskanälen in den Randgebieten Schönberger Straße, Gerstenkamp, Wüstenfelde und Felsenstraße = 79.920,-DM.
2. Für die je zur Hälfte aus Mitteln der Bundesanstalt für AV und aus Mitteln des Landes bewilligten Beträge der verstärkten Förderung werden folgende Darlehensbedingungen genehmigt:
- Zinssatz: 2,5 v.H. jährlich,
- Tilgung: innerhalb von 20 Jahren, unter Vorschaltung von 2 tilgungsfreien Jahren,
- Verwaltungskostenbeitrag: 1/4 v.H. jährlich des ungetilgten Darlehensanteils
- Fälligkeit des Schuldendienstes: halbjährlich nachträglich, am 1.6. und 1.12. eines jeden Jahres.

Beschluß:

Nach Antrag

17. Der Leistung einer außerplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 9.000 DM bei der neu einzurichtenden Haushaltsstelle 021/7181 - Vorbereitungen zur Kieler Woche 1956 - wird zugestimmt.
- Die Deckung dieser Ausgabe erfolgt durch
- a) Einsparung eines Betrages von 4000 DM bei der Haushaltsstelle 021/718 - Kieler Woche -
 - b) Sperrung eines Betrages von 5000 DM bei der Haushaltsstelle 98/681 - Verstärkungsmittel -

Beschluß:

Nach Antrag

18. Der Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe von 1.700 DM im Finanzplan 1955 der Hafen- und Verkehrsbetriebe bei der Finanzplanstelle 8267/122 zu der bereits genehmigten planmäßigen Ausgabe von 13.500 DM bei gleicher Finanzplanstelle wird zugestimmt.

Die Mehrausgabe ist aus Rücklagen der Ostseehalle zu decken.

Beschluß:

Nach Antrag

19. Die Fraktion Kieler Block beantragt eine Aussprache über das Thema Lärmbekämpfung in Kiel.

Der Antrag wird mündlich durch Herrn Stadtrat Hartmann begründet.

Beschluß:

Nach Antrag

Die Angelegenheit wird dem Ordnungsausschuß zur Beratung überwiesen unter Hinzuziehung der an der Lärmbekämpfung interessierten Organisationen.

20. Anfrage der Fraktion Kieler Block betr. Vergünstigungen für Besucher aus der sowjetischen Besatzungszone.

Zurückgestellt

21. Verschiedenes.

Eine Anregung von Stadtrat Schatz, die Geruchsbelästigung durch die Fischmehlfabrik Gaarden-Süd noch weiter einzudämmen und weitere Hinweise der Ratsherren Fischer und Thaddey, betr. Gerüche vom Schlachthof und der Müllabfuhr der Howaldtswerke, werden dem Ordnungsausschuß zur Prüfung überwiesen. Stadtrat Borchert soll nach der Rückkehr aus dem Urlaub der Ratsversammlung darüber berichten.

H. Simons

Stadtpräsident

Hallmann

Ratsherrin

P. Hoff
Schriftführer

Stadt Kiel
Der Oberbürgermeister Kiel, den 20.9.55
- Hauptamt -
1) Widerspruch
2) U.
Herrn Stadtrat *Hauptpräsidenten*
zurückgesandt. *de. Heeren*

H. Heeren

Kurznotiz

über die Sitzung der Ratsversammlung
am 15. September 1955

Beginn: 18.45 Uhr

Ende: 19.00 Uhr

Vorsitzender: Stadtpräsident Dr. Sievers

Schriftführer: Ratsherr Pfaff

Anwesend: Stadträte: Bade, Hartmann, Frau Hinz, Köster, ~~Ko-~~
~~walewsky~~, Langbehn, Dr. Meier, Ritter,
Dr. ~~Rüdel~~, Schatz, Schubert

Ratsherren: Beth, ~~Book~~, ~~Frau Brodersen~~, ~~Drews~~, Fischer,
Frau Franke, Hildebrand, Herbst, Dr. Kasch,
Dr. ~~Krieger~~, ~~Lüdemann~~, Lühr, Lütgens,
Marth, Neumann, Nolte, Pfaff, Ratz, Renger,
Dr. Salomon, Schröder, Frau Schröder, Si-
chelschmidt, Stams, Steinert, Thaddey, Frau
Vormeyer, Frau Wallbaum, Dr. Wersin, West-
phal, ~~Willumeit~~, Winkelmann, Wollschlaeger.

Es fehlen
entschuldigt:

Ratsherrin Brodersen, Stadtrat Kowalewsky,
Ratsherr Dr. Krieger, Ratsherr Willumeit
Ratsherr Book, Stadtrat Dr. Rüdel

Es fehlen
unentschuldigt:

Ratsherr Drews, Ratsherr Lüdemann

Ausschluß von Ratsherren
wegen Befangenheit:

Anwesende
des Magistrats:

Oberbürgermeister Dr. Muthling, Bürger-
meister Dr. Fuchs, Stadtbaurat Jensen,
Stadtschulrätin Jensen, ~~Stadträte Ber-~~
~~ehert und Engert.~~

Anwesende
der Verwaltung:

~~Magistratsdirektor Koepfen, Magistrats-~~
~~syndikus v. Germar, Magistratsoberräte:~~
~~Dr. Dabelstein, Gabriel, Dr. Kopp, Materno,~~
~~Puls, Dr. Schröter, Mag. Räte: Dröpper,~~
~~Sehlüter, Dr. Willing, Stadtmedizinalrat~~
~~Dr. Papenberg, Mag. Schulrat Dr. Schütze,~~
~~Mag. Baudirektoren: Schroeder, Sauer,~~
~~Willing, Mag. Ob. Bauräte: Dorow, Schnoor,~~
~~Schulze, Referent Witte~~

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung der Ratsversammlung am 15. September 1955,
Rathaus, Ratssaal

Beginn: 15.00 Uhr

Ende: 18.35 Uhr

Anwesend: Stadtpräsident Dr. Sievers

Stadträte: Bade, Hartmann, Frau Hinz, Köster,
Langbehn, Dr. Meier, Ritter, Dr. Rüdell,
Schatz, Schubert.

Ratsherren: Beth, Book, Fischer, Frau Franke, Herbst,
Hildebrand, Dr. Kasch, Lühr, Lütgens,
Marth, Neumann, Nolte, Pfaff, Ratz, Renger,
Dr. Salomon, Schröder, Frau Schröder,
Sichelschmidt, Stams, Steinert, Thaddey,
Frau Vormeyer, Frau Wallbaum, Dr. Wersin,
Westphal, Winkelmann, Wollschlaeger.

Es fehlen entschuldigt: Stadtrat Kowalewsky,
Ratsherren: Frau Brodersen, Dr. Krieger,
Willumeit.

Es fehlen unentschuldigt: Ratsherren Drews und
Lüdemann.

Als hauptamtliche Mitglieder des Magistrats:

Oberbürgermeister Dr. Müthling, Bürger-
meister Dr. Fuchs, Frau Stadtschulrätin
Jensen.

Außerdem: Magistratssyndikus v. Germar, Magistrats-
direktor Koeppen, Magistratsbaudirektor
Willing, Magistratsoberbaurat Schulze,
Magistratsobermedizinalrat Dr. Papenberg,
Magistratsoberräte: Dr. Kopp, Materne,
Puls, Magistratsschulrat Dr. Schütze,
Magistratsrat Dr. Willing, Referent Witte.

Vorsitzender: Stadtpräsident Dr. Sievers

Schriftführer: Ratsherr Pfaff

Schriftführergehilfe: Stadtoberinspektor Knuth

- 1) Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen der Ratsver-
sammlung vom 18.8. und 24.8.1955
Gegen die Niederschriften über die Sitzungen der Ratsversammlung
vom 18.8. und 24.8.1955 werden Bedenken nicht erhoben.

2a) Mitteilungen des Stadtpräsidenten

a) Schreiben des Ministerpräsidenten zum Ableben des Innenministers Dr. Dr. Pagel

Stadtpräsident verliest ein Schreiben des Ministerpräsidenten v. Hassel an ihn zum Ableben des schleswig-holsteinischen Innenministers Dr. Dr. Pagel.

- Kenntnis genommen -

b) Bericht über die Vollkanalisation auf dem Ostufer

Stadtpräsident weist darauf hin, daß die Ratsversammlung in ihrer Sitzung am 18.8.1955 den Stadtbaurat beauftragt hat, in der heutigen Sitzung über den Stand der Vollkanalisation auf dem Ostufer zu berichten. Stadtrat Borchert als Vertreter des Stadtbaurats hat gebeten, den Bericht nicht auf die heutige Tagesordnung zu setzen, da der Stadtbaurat in Urlaub ist. Es ist so verfahren worden.

- Keine Einwendungen -

2b) Mitteilungen des Magistrats

Es liegen keine Mitteilungen vor.

3) Betrifft: Aufstellung eines "Berliner Meilenstein". - Drs. 583-

Berichterstatter: Stadtrat Dr. Rüdell

Antrag: Der Aufstellung eines "Berliner Meilenstein" auf dem Berliner Platz nahe der Ecke Andreas-Gayk-Straße gemäß Lageplan des Stadtplanungsamtes vom 31.8.1955, Punkt 4, wird zugestimmt.

Stadtrat Dr. Rüdell erläutert die schriftliche Vorlage anhand von Plänen.

Beschluß: Nach Antrag.

4) Betrifft: 2. Änderung des Durchführungsplanes Nr. 40 - Drs. 575-

Berichterstatter: Stadtrat Dr. Rüdell

Antrag: Der 2. Änderung des Durchführungsplanes Nr. 40 für das Baugebiet Beselerallee/Knooper Weg/Bremerstraße Holtenuer Straße wird zugestimmt.

Stadtrat Dr. Rüdell erläutert die schriftliche Vorlage anhand von Plänen.

Beschluß: Nach Antrag.

- 5) Betrifft: 2. Änderung des Durchführungsplanes Nr. 73 - Drs. 576-
Berichterstatter: Stadtrat Dr. Rüdell
Antrag: Der 2. Änderung des Durchführungsplanes Nr. 73 für das Baugebiet Küterstraße/Martensdamm/Haßstraße/Markt wird zugestimmt.
Stadtrat Dr. R ü d e l erläutert die schriftliche Vorlage anhand von Plänen.
Beschluß: Nach Antrag.
- 6) Betrifft: Änderung des Durchführungsplanes Nr. 74 - Drs. 520-
Berichterstatter: Stadtrat Dr. Rüdell
Antrag: Der Änderung des Durchführungsplanes Nr. 74 für das Baugebiet Haßstraße/Martensdamm/Falckstraße wird zugestimmt.
Stadtrat Dr. R ü d e l erläutert die schriftliche Vorlage anhand von Plänen.
Beschluß: Nach Antrag.
- 7) Betrifft: Durchführungsplan Nr. 137 - Drs. 577-
Berichterstatter: Stadtrat Dr. Rüdell
Antrag: Dem Durchführungsplan Nr. 137 - Baugebiet Ernestinenstraße zwischen Pickertstraße und Ostring - wird zugestimmt.
Stadtrat Dr. R ü d e l erläutert die schriftliche Vorlage anhand von Plänen.
Beschluß: Nach Antrag.
- 8) Betrifft: Änderung des Aufbauplanes Nr. 4 - Drs. 578-
Berichterstatter: Stadtrat Dr. Rüdell
Antrag: Der Änderung des Aufbauplanes Nr. 4 für das Grundstück Holtenauer Straße 230 wird zugestimmt.
Stadtrat Dr. R ü d e l erläutert die schriftliche Vorlage anhand von Plänen.
Beschluß: Nach Antrag.
- 9) Betrifft: Straßenbeleuchtung in der Siedlung Mettenhof bei Kiel, Gem. Melsdorf - Drs. 579-
Berichterstatter: Stadtrat Dr. Rüdell
Antrag: 1) Dem Ausbau der Straßenbeleuchtung in der in der Gemeinde Melsdorf gelegenen Siedlung Mettenhof durch die Stadt Kiel wird mit der Maßgabe zugestimmt, daß die verauslagten Kosten von der Landestreuhandstelle wieder einzuziehen sind, soweit das aufgrund der Rechtsverhältnisse möglich ist.

- 2) Bei der neu einzurichtenden Haushaltsstelle 701/6.96 - Bau der Straßenbeleuchtung in der Siedlung Mettenhof - wird eine außerplanmäßige Ausgabe von 1.800,-- DM genehmigt. Die Deckung erfolgt durch Sperrung eines gleichhohen Betrages bei der Haushaltsstelle 98/681 - Verstärkungsmittel -.

Beschluß: Nach Antrag.

- 10) Betrifft: Anschluß der "Krupp'schen Kolonie" an der Preetzer Straße an die Vollkanalisation - Drs. 580 -

Berichterstatter: Stadtrat Dr. R ü d e l

Antrag: Der Firma Friedr. Krupp Germaniawerft AG. i.L. wird ein Zuschuß zum Anschluß der Hausabortanlagen und der Abwässer an die Vollkanalisation der Stadt Kiel in Höhe von DM 20.000,-- DM gewährt.

Zur Schaffung der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen wird eine außerplanmäßige Ausgabe bei der neu einzurichtenden Haushaltsstelle 7021/523 - Zuschuß an die Firma Friedrich Krupp Germaniawerft AG. i.L. für den Anschluß der Krupp'schen Kolonie an die Vollkanalisation - genehmigt.

Die Deckung erfolgt durch Sperrung eines gleich hohen Betrages bei der Haushaltsstelle 98/681 - Verstärkungsmittel -.

B ü r g e r m e i s t e r weist darauf hin, daß die Mittel in diesem Haushaltsjahr noch nicht benötigt werden. Der Magistrat hat deshalb beschlossen, die Absätze 2 und 3 des Antrages zu streichen und dafür zu setzen: "Die Haushaltsmittel sind im ordentlichen Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1956 bereitzustellen."

Beschluß: Nach Antrag mit der Änderung, daß die Absätze 2 und 3 gestrichen werden und dafür gesetzt wird: "Die Haushaltsmittel sind im ordentlichen Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1956 bereitzustellen."

Der Beschluß ergeht gegen 1 Stimme.

- 11) Betrifft: Ausbau des Westringes zwischen Schauenburgerstraße und Olshausenstraße - Drs. 581 -

Berichterstatter: Stadtrat Dr. Rüdél

Antrag: 1) Bei der Haushaltsstelle V 651/1754 - Ausbau der westlichen Fahrbahn des Westringes zwischen Schauenburgerstraße und Olshausenstraße - wird eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 50.000,--DM mit der Maßgabe bewilligt, daß dieser Betrag in den außerordentlichen Nachtragshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1955 einzubeziehen ist.

2) Die überplanmäßige Ausgabe ist wie folgt zu decken:

- a) 38.400,-- DM aus der Haushaltsstelle V 651/1756
- Ausbau des Streitkampfs zwischen Gärtnerstraße und Rendsburger Landstraße -
- b) 11.600,-- DM aus der Haushaltsstelle V 7021/1543
- Bau von Schmutz- und Regenwasserkanälen im Streitkamp von der Gärtnerstraße bis Rendsburger Landstraße -

Beschluß: Nach Antrag.

12) Aussprache über den Bericht des Sonderausschusses zur Beseitigung des mehrschichtigen Unterrichts.

Während der Beratung und Beschlußfassung zu diesem Punkt hat Frau Ratsherrin Schröder als 2. stellvertretender Stadtpräsident den Vorsitz übernommen.

Stadtpräsident verliest als Vorsitzender des Sonderausschusses zur Beseitigung des mehrschichtigen Unterrichts den allen Ratsmitgliedern schriftlich vorliegenden Bericht des Sonderausschusses.

Stadtrat Dr. Meier führt aus, daß sich der Sonderausschuß über die zu bewältigenden Schwierigkeiten im klaren ist. Es handelt sich hier nicht einfach um ein politisches Postulat, vielmehr ist in klarer Erkenntnis eines unerträglichen Notzustandes die unabweisliche Pflicht erkannt worden, mit allen Mitteln diesen Zustand zu beseitigen. 10 Jahre nach Kriegsende ist es immer noch nicht gelungen, den einschichtigen Unterricht durchzuführen. Es wird anerkannt, daß in den ersten Nachkriegsjahren die Dinge in Kiel nur provisorisch geregelt werden konnten. Aber dann hat man, statt auf breiter Basis die vorhandenen Mittel anzusetzen, einige bis aufs Letzte ausgestattete Schulen eingerichtet und darüber andere Schulen vergessen. Viele Schulen sind sich noch bis heute mehr oder weniger selbst überlassen geblieben. Im Interesse der Eltern, Lehrer und Kinder hat sich daher der Sonderausschuß an die schwierige Aufgabe der Planung von Sofortmaßnahmen herangemacht. Mit den vorhandenen Mitteln und Möglichkeiten soll versucht werden, in kürzester Zeit zum einschichtigen Unterricht zu kommen. Zur rationellen Stundenplangestaltung schlägt der Sonderausschuß neue Wege vor. Er ist sich klar darüber, daß einige Unruhe in den Schulen entstehen wird, doch wird man das, um das Endziel zu erreichen, zunächst hinnehmen müssen. U.a. ist beabsichtigt, geschlossene Klassen mit ihrem Lehrer und den gesamten Lehrmitteln von einer Schule auf eine andere zu übernehmen. Sie werden vollständig in die neue Schuleinheit eingebaut, so daß ein Wandern von Schule zu Schule nicht eintritt. Auch der neue Stundenplan wird die Wanderklassen vermeiden. Als Arbeitsunterlage hat der Sonderausschuß das Material des Statistischen Amtes verwertet, das auf Meldungen der einzelnen Schulen aufbaut. Grundsätzlich ist vom

Sonderausschuß der den Vorschlägen zugrunde liegende theoretische Kern auf die Möglichkeit seiner praktischen Durchführung geprüft worden. Die Vorschläge sind in Lehrerkreisen besprochen worden, und es bestand allgemein die Ansicht, daß sie verwirklicht werden können. Zu der Wiederbenutzung der alten Schule Kaiserstraße als Schule ist darauf hinzuweisen, daß in einer Elternversammlung die Wiederbenutzung dieser Schule gefordert worden ist, um endlich die Schulverhältnisse zu verbessern. Selbstverständlich ist es auch den Mitgliedern des Sonderausschusses klar, daß die Benutzung von Ausweichräumen stets ein Provisorium bleibt und der Notstand an den Schulen nur durch Schaffung neuer Klassenräume beseitigt werden kann. Dem Kämmereramt ist es gelungen, 2,5 Mio. DM als Vorgriff auf das Schulbauprogramm 1957/58 zu beschaffen. Diese Mittel werden so verwandt, daß in den Schwerpunkten der Not zuerst Normalklassen gebaut werden. Geplant werden die Schulen aber von vornherein vollständig mit sämtlichen Fachklassen. Abschließend appelliert Stadtrat Dr. Meier an die Mitarbeit der SPD und fordert Schulverwaltung, Schulausschuß und Rektorenschaft auf, die Vorschläge des Sonderausschusses zu prüfen.

Ratsherr L ü t g e n s bezeichnet es als unverständlich und nicht parlamentarischen Gepflogenheiten entsprechend, daß der Sonderausschuß seine Vorschläge direkt und ohne Beteiligung des zuständigen Ausschusses an die Ratsversammlung bringt. Dieser Weg erschwere die sachliche Arbeit. In der letzten Sitzung der Ratsversammlung hatte der Stadtpräsident als Vorsitzender des Sonderausschusses erklärt, daß der Ausschuß sein Programm auf dem üblichen Weg über den Schulausschuß an den Magistrat und die Ratsversammlung weiterleiten wird. Bevor der Sonderausschuß mit seinem Programm an die Öffentlichkeit trat, hätte er prüfen müssen, was sich verwirklichen läßt und was nicht. Die SPD kann Beweise dafür bringen, daß die in dem Bericht des Sonderausschusses angegebenen statistischen Zahlen zum Teil nicht stimmen. Es ist bemerkenswert, daß auf Landesebene z.Zt. 440 Mio DM für Kasernenbauten verplant werden. Mit diesem Geld können 220 moderne Schulen gebaut werden. Für Kiel würden zunächst 20 Mio DM reichen, um das Schulproblem zu lösen. Sprecher schlägt vor, ein Programm aufzustellen und noch heute eine einmütige Entschliebung der gesamten Ratsversammlung an die Landesregierung zu richten, Schulbaumittel zur Verfügung zu stellen.

Die SPD war auch ohne den Sonderausschuß ständig bemüht, die Schulverhältnisse in Kiel zu verbessern. Sie will, wie auch der Kieler Block, den mehrschichtigen Unterricht beseitigen, aber keine Behelfsheime oder Provisorien errichten. Darin sieht sie eine Verschleuderung der Steuergelder. Auf Seite 4 des Berichtes hat der Sonderausschuß 4 Möglichkeiten zur Gewinnung zusätzlicher Unterrichtsräume aufgezeigt. Sprecher hofft, daß nicht daran gedacht ist, die städtischen Jugendheime mit Schulklassen zu belegen, denn dadurch würde die Kieler Jugendgruppenarbeit stark gefährdet. Zu dem vorgesehenen Ausbau des obersten Geschosses der Iltisschule ist darauf hinzuweisen, daß sich die Kosten auf 85.000 DM belaufen werden. Damit würden lediglich 4 Behelfsräume geschaffen. Andererseits könnten damit aber 3 neue Schulräume im Pavillonstil errichtet werden. Gegen den Ausbau des Obergeschosses werden sich voraussichtlich einmal die Baupolizei wegen des Treppenhauses, zum anderen aber auch die Gesundheitsbehörde

wenden. Die ebenfalls erwähnte Schule Kaiserstraße wird seit langem nicht mehr als Schulgebäude benutzt. Als die Schulnot in Kiel noch größer war als sie heute ist, hat kein Mitglied der damaligen Kieler Gemeinschaft daran gedacht, das alte Gebäude Kaiserstraße als Schule wieder herzurichten, eben weil der bauliche Zustand so schlecht war. Als es seinerzeit darum ging, ein neues Kindertagesheim in Gaarden zu schaffen, haben Sprecher beider Fraktionen dies Gebäude als ungeeignet bezeichnet. Es ist auch zu berücksichtigen, daß in dem Gebäude noch 18 Familien mit insgesamt 46 Personen wohnen, für die ggfs. anderer Wohnraum beschafft werden muß. Voraussichtlich werden diesen Familien Baukostenzuschüsse gegeben werden müssen. Wenn man dann die Umbaukosten hinzurechnet, ergibt sich ein sehr teures und schlechtes Provisorium. Zu der von Stadtrat Dr. Meier erwähnten Entschließung der Elternschaft ist zu sagen, daß es ohne weiteres möglich ist, eine Gegenentschließung herbeizuführen. Die in dem Bericht erwähnte beschleunigte Fertigstellung der Max-Planck-Schule und die Verwendung des alten Schulgebäudes als Volksschule ist ohnehin schon beabsichtigt und bereits von der Ratsversammlung beschlossen worden. Um diesen Vorschlag zu machen, hätte es keines Sonderausschusses bedurft. Die weiter als Schulraum angesprochene alte Hauptfeuerwache am Martensdamm ist in einem sehr schlechten baulichen Zustand. Sie ist von Schwamm befallen und müßte eigentlich abgebrochen werden. Für das Vordergebäude soll schon eine baupolizeiliche Auflage vorliegen, es abzubrechen. Wenn man in dem Hintergebäude Räume schaffen will, muß man erhebliche Mittel aufwenden und hat trotzdem nur eine schlechte Behelfslösung. Abschließend weist Sprecher nochmals darauf hin, daß die SPD es ablehnt, die Schulkinder in Behelfsheimen und Provisorien unterzubringen. Für solche Notlösungen sind der SPD die Steuergelder zu schade. Es sollte gemeinsam überlegt werden, wie man schnellstens zu guten neuen Schulen kommt.

Frau Ratsherrin Frank e ist der Meinung, daß sich der vom Sonderausschuß aufgezeigte Vorschlag einer rationellen Stundenplangestaltung in der Form nicht durchführen läßt. Sie kritisiert insbesondere die statistischen Unterlagen und die daraus gezogenen Folgerungen. Bei einer durchschnittlichen Belegung jedes Volksschulraumes von 6,53 Stunden pro Tag ist zugrunde gelegt, daß das Turnen im Freien stattfindet. Das ist aber nicht bei jedem Wetter möglich. Sprecherin fragt, wo dann die Kinder hin sollen, wenn ihre Klasse inzwischen von anderen Schülern belegt ist. Nach einem Erlaß der Landesregierung hat eine Unterrichtsstunde an der Volksschule 50 Minuten zu dauern. Es fragt sich, wie man dann den Vormittagsunterricht mit ausreichenden Pausen gestalten will. Nicht nur die Kinder, sondern auch die Lehrerschaft würde überfordert werden. Nur durch einen weiteren intensiven Schulneubau wird man zur einschichtigen Unterricht kommen.

Ratsherr S t a m s meint, daß sicher alle Mitglieder der Ratsversammlung recht bald den einschichtigen Unterricht wollen. Der Vorschlag des Sonderausschusses nach einer rationellen Stundenplangestaltung baut auf statistische Unterlagen auf. Man dürfe die Statistiken nicht überschätzen, sondern müsse sie, bevor man die Vorschläge verwirklicht, genau überprüfen. Sprecher wendet sich gegen jegliche

Experimente, die letztlich zu Lasten der Schulkinder gehen, insbesondere auch dagegen, daß man Schulkinder wegen der Raumausnutzung aus einem geschlossenen Schulkörper herausnimmt und sie in andere Schulen bringt. In einer Zeit, in der das Land Schleswig-Holstein 440 Mio DM für Kasernen ausgibt, ist es unmöglich, Schulkinder in Provisorien einzuweisen. Das Amt Blank würde solche Behelfsräume sicher nicht als Kasernen übernehmen. Beide Fraktionen sollten sich gemeinsam bei der Landesregierung bemühen, mehr Geld für dauerhafte Lösungen zugewiesen zu bekommen.

Frau Ratsherrin **W a l l b a u m** erinnert an die vorbildlichen Schulneubauten, die auf Initiative der SPD-Fraktion nach dem Krieg in Kiel entstanden sind. Die SPD habe seit 1945 bewiesen, daß auch sie recht bald normale Schulverhältnisse will und hat den Schulbau in der Dringlichkeitsstufe dem sozialen Wohnungsbau gleichgestellt. Frau Wallbaum wendet sich vor allem gegen die Wanderklassen, mit denen man die Kinder zu "Nomaden" mache. Für Experimente sind die Kinder zu schade. Man muß einmal gehört haben, mit welchem Stolz die Kinder von "ihrem Klassenraum" sprechen. Den einzig gangbaren Weg zum einschichtigen Unterricht sieht Sprecherin darin, daß mit Nachdruck neue Schulen gebaut werden.

Ratsherr **W o l l s c h l a e g e r** hebt hervor, daß man sich über das Ziel zwar klar ist, nicht aber über den Weg zu diesem Ziel. Die Vorschläge des Sonderausschusses sind nicht nur theoretische. Die statistischen Unterlagen stimmen, wie einwandfrei festgestellt worden ist. Der Sonderausschuß hat für die rationelle Stundenplangestaltung auch schon Stundenpläne ausgearbeitet. Sprecher wirft die Frage auf, warum man nicht die Gesamtlasten der Schulen gleichmäßig auf alle Schulen verlagern sollte, um dadurch einen gerechten Ausgleich zu schaffen. Er schlägt vor, den Bericht des Sonderausschusses an den Schulausschuß zu verweisen, der sich dann im einzelnen damit zu befassen haben wird.

Frau Stadträtin **H i n z** ist wie Ratsherr Lütgens der Meinung, daß sich zunächst der Schulausschuß mit dem vorliegenden Bericht hätte befassen müssen. Sie weist darauf hin, daß beide Fraktionen seit 1945 bemüht waren, die Schulverhältnisse in Kiel zu verbessern. Es ist in dieser Zeit viel erreicht worden, doch fehlt leider noch manches. Wenn Primitivlösungen das Ziel des Kieler Blocks sind, könne man das nur als bedauerlich bezeichnen. Die SPD hat bisher durch ihre Initiative erfreulicherweise gute Schulengebaut. Sprecherin kritisiert, daß der Sonderausschuß keinen Vertreter des Gesundheitsamtes zu seinen Beratungen hinzugezogen hat, denn dann wäre sicher mancher Vorschlag unterblieben. Es gibt viele haltungsgefährdete Kinder, die gutes Gestühl brauchen. Im Zuge der rationellen Stundenplangestaltung kann es vorkommen, daß kleine Kinder in Klassen mit großem Gestühl kommen. Richtiges Sitzen auf richtigem Gestühl ist aber Voraussetzung für die Gesundheit und die Konzentration der Kinder. Zu der beabsichtigten Wiederbenutzung der alten Schule Kaiserstraße erklärt Frau Hinz, daß ihr von vielen Eltern wiederholt gesagt worden ist, sie würden ihre Kinder lieber in eine andere Schule ummelden, als sie in diese Schule zu schicken. Als seinerzeit im Zusammenhang mit dem Bau eines Kindertagesheimes in Gaarden die alte Schule Kaiserstraße von Mitgliedern beider Fraktionen besichtigt wurde, bestand die einstimmige Auffassung, daß sich dies Gebäude wohl in den Abendstunden für die Jugendarbeit,

wegen seines baulich schlechten Zustandes aber nicht ständig als Kindertagesheim eigne. Es ist verständlich, daß der Kieler Block jetzt in dies Gebäude Schulkinder einweisen will. Das Bauamt hat seinerzeit berechnet, daß für den Umbau der Schule zum Kindertagesheim etwa 500.000 DM erforderlich sind. Bei den inzwischen gestiegenen Baukosten kann man sich leicht ausrechnen, welche Mittel heute gebraucht werden. Da das Gebäude noch von B Familien mit 46 Personen bewohnt wird, muß für diese Familien zunächst auch anderer Wohnraum da sein. Zu der Benutzung der alten Hauptfeuerwache als Schule ist darauf hinzuweisen, daß eine baupolizeiliche Auflage zum Abbruch vorliegt. Sprecherin wirft in diesem Zusammenhang die Frage auf, ob man dies Gebäude nicht zunächst zur Unterbringung der Stadtgartenbauabteilung verwenden kann, deren Verwaltungsangehörige die meiste Zeit doch nicht im Gebäude, sondern unterwegs sind. Zu dem Schlußsatz in dem Bericht des Sonderausschusses, das man mit dem bequemen Wort "unmöglich" nicht zu schnell bei der Hand sein darf, weist Frau Hinz darauf hin, daß die Mitglieder der Ratsversammlung und die Lehrerschaft es sich seit 1945 in der Schulfrage wahrlich nicht leicht gemacht haben.

Stadtrat S c h u b e r t bemerkt zu der Beanstandung von Rats-herrn Lütgens, daß es allgemeiner Brauch ist, daß ein von der Ratsversammlung eingesetzter Sonderausschuß der Ratsversammlung direkt berichtet. Die Ratsversammlung hat sich mit der bisher an der Arbeit des Sonderausschusses geübten Kritik keinen guten Dienst erwiesen. Sprecher hat von vornherein damit gerechnet, daß die SPD versuchen würde, den Bericht des Sonderausschusses lächerlich zu machen. Die SPD Vertreter haben in ihrer bisherigen Kritik nur die Hindernisse aufgezeigt, die der Arbeit des Sonderaus-schusses entgegenstehen, aber keinen positiven Vorschlag gemacht. Es ist unverständlich, daß sich die SPD, wenn sie den einschich-tigen Unterricht will, so sehr gegen die Vorschläge des Sonder-ausschusses wendet. Man sollte nicht nach dem Prinzip verfahren: "Ich kenne Ihre Ansicht nicht, aber ich mißbillige sie". Frau Stadtschulrätin Jensen hat seinerzeit vor Pressevertretern er-klärt, daß, wenn die Schulbaumittel im gleichen Umfang weiter-fließen, in Kiel in 4⁵ Jahren Einschichtunterricht durchgeführt werden kann. Der Kieler Block will aber diesen Einschichtunter-richt schon früher erreichen, und wenn es auch nur ein halbes Jahr ist. Der Kieler Block will keine Behelfslösungen auf die Dauer. Sie sollen höchstens für 1 - 2 Jahre gelten.

Stadtrat Dr. R ü d e l beantragt "Schluß der Debatte" und Überweisung des Berichtes an den Schulausschuß.

Stadtrat L a n g b e h n spricht gegen den Antrag auf "Schluß der Debatte" und ist der Meinung, daß das Problem zu dringend ist, um darüber nicht ausreichend zu diskutieren. Er bittet, ihm zumindest die Möglichkeit zu geben, für seine Fraktion einen Antrag zu stellen.

Stadtrat Dr. R ü d e l hält seinen Antrag auf "Schluß der Debatte" aufrecht, ist aber einverstanden, daß Stadtrat Langbehn seinen Antrag noch stellt.

Danach wird über den Antrag von Stadtrat Dr. Rüdell abgestimmt.

Beschluß: Es wird "Schluß der Debatte" beschlossen.
Der Beschluß ergeht mit 24 gegen 14 Stimmen.

Stadtrat L a n g b e h n bezeichnet es als einmalig, daß ein Fraktionsführer in einer Debatte nicht zu Wort kommt. Er stellt namens seiner Fraktion folgenden Antrag:

Das Statistische und Wahlamt der Stadt Kiel wird beauftragt, in der Frage des mehrschichtigen Unterrichts an den Volksschulen Kiels eine eingehende Erhebung vorzunehmen, die der wirklichen Situation an den Volksschulen Kiels entspricht. Die Arbeit ist in den Statistischen Monatsberichten zu veröffentlichen.

Zur Begründung des Antrages weist er darauf hin, daß im Juni-Heft der Statistischen Monatsberichte eine Arbeit "Die Kieler Volks- und Hilfsschulen am 1.5.1955" veröffentlicht wird. In der Frage des mehrschichtigen Unterrichts wird darin der Schluß gezogen, daß auf einen Klassenraum 1,8 Schülerklassen entfallen. Diese Angabe wird, weil sie der wirklichen Situation nicht entsprechen soll, vom Schulamt bestritten. In der Arbeit des Statistischen und Wahlamtes sind nicht berücksichtigt worden die Benutzung von Sonderräumen als Schulräume und das Stundensoll an den Kieler Volksschulen. Bei einer Aussprache über die Frage des mehrschichtigen Unterrichts an den Volksschulen sollte aber völlige Klarheit über die wirkliche Situation an den Volksschulen vorhanden sein.

Stadtrat S c h u b e r t erklärt, daß der Kieler Block dem Antrag in der vorliegenden Form nicht zustimmen kann, weil durch die Worte "wirkliche Situation" gesagt wird, daß die bisherigen Statistiken unrichtig sind. Man sollte diese Worte streichen. Anderenfalls wird sich der Kieler Block bei einer Abstimmung der Stimme enthalten.

Ein Antrag von Stadtrat Dr. M e i e r auf Unterbrechung der Sitzung wird fallengelassen.

Beschluß: 1. Der Bericht des Sonderausschusses wird zur weiteren Veranlassung an den Schulausschuß verwiesen.
2. Das Statistische und Wahlamt der Stadt Kiel wird beauftragt, in der Frage des mehrschichtigen Unterrichts an den Volksschulen Kiels eine eingehende Erhebung vorzunehmen, die der wirklichen Situation an den Volksschulen Kiels entspricht. Die Arbeit ist in den Statistischen Monatsberichten zu veröffentlichen.

Der Beschluß zu 2. ergeht mit 15 Stimmen bei 23 Stimmenthaltungen. Der Kieler Block hat sich wegen der Formulierung "wirklichen Situation" der Stimme enthalten.

13) Betrifft: Schulbauprogramm aus Vorgriffsmitteln 1957/1958
Berichterstatter: Frau Stadtschulrätin Jensen - Drs. 547 -
Antrag: Folgende aus Vorgriffsmitteln der Rechnungsjahre 1957/1958 zu finanzierende Schulbauvorhaben werden genehmigt:

1. Wiederaufbau Staatl. Ingenieurschule 1.300.000,--DM
 2. Max-Planck-Schule - 4. Bauabschnitt
18 Klassen und 5 Arbeitsgemeinschafts-
räume -
- somit 700.000,--DM
2.000.000,--DM

Beschluß: Nach Antrag.

- 14) Betrifft: Verlängerung des Vertrages mit der Kassenärztlichen Vereinigung über die Krankenversorgung der Fürsorgeunterstützungs- und Unterhaltshilfeempfänger unter gleichzeitiger Erhöhung des Fallpauschales auf 12,-- DM - Drs. 568 -

Berichterstatter: Frau Stadtschulrätin Jensen

Antrag: Der Verlängerung der Geltungsdauer des zwischen der Stadt Kiel - Bezirksfürsorgeverband - (BFV) und der Kassenärztlichen Vereinigung, Landesstelle Schleswig-Holstein, Körperschaft des öffentlichen Rechts in Bad Segeberg (KV) abgeschlossenen Vertrages vom 10.11.53/4.1.54 über die Krankenversorgung der Fürsorgeunterstützungs- und Unterhaltshilfeempfänger und des dazugehörigen Schiedsvertrages für die Zeit vom 1.4.1955 bis 31.3.1956 unter gleichzeitiger Erhöhung des im § 7 des Vertrages festgelegten Fallpauschales von 10,50 DM auf 12,-- DM wird zugestimmt.

Eine Aufrechnung von Forderungen der KV aus diesem Vertrag mit Forderungen der Stadt Kiel an die KV gemäß § 387 BGB ist ausgeschlossen.

Beschluß: Nach Antrag.

- 15) Betrifft: Darlehen an die Kieler Wohnungsbaugesellschaft m.b.H. zur Förderung des sozialen Wohnungsbaues - Drs. 559-

Berichterstatter: Bürgermeister Dr. Fuchs

Antrag: Für das Darlehen von nom. 1.400.000,-- DM, welches der Kieler Wohnungsbaugesellschaft m.b.H. zum Bau von Wohnungen für leistungsschwache Familien nach dem Beschluß der Ratsversammlung vom 30.6.1955 gegeben werden soll, werden folgende Bedingungen festgesetzt:

Auszahlungskurs: 97,5 %

Zinssatz: 0,5 % p.a.

Tilgung: 1 % p.a. zuzüglich der durch die fortschreitende Tilgung ersparten Zinsen.

Besondere Auflagen:

Das Darlehen ist ausschließlich zum Bau von Wohnungen für leistungsschwache Familien bestimmt. 60 % der zur Errichtung kommenden Wohnungen müssen an AV-Versicherte

(freiwillig Versicherte oder Pflichtversicherte) oder an AV-Rentner vermietet werden. Dabei genügt es, wenn ein mit dem Mieter in Hausgemeinschaft lebender Familienangehöriger AV-Versicherter oder AV-Rentner ist.

Die vorgenannte Verwendung ist bis zum 30.11.1956 nachzuweisen.

Beschluß: Nach Antrag.
Stadtrat Schatz hat während der Beratung und Beschlußfassung den Sitzungssaal verlassen.

16) Betrifft: Aufnahme von Darlehen aus der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge - Drs. 558 -

Berichterstatter: Bürgermeister Dr. Fuchs

Antrag: 1. Aus Mitteln der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge - verstärkte Förderung - werden folgende Darlehen aufgenommen:

a) für die Einführung der Bundesstraße 4 - Straße Segeberg - Kiel in das Stadtgebiet, II. Bauabschnitt = 230,640,-- DM

b) für die Fortsetzung der Vollkanalisation in Holtenau-Pries und Friedrichsort = 91.440,--DM

c) für den Bau von Entwässerungskanälen in den Randgebieten Schönberger Straße, Gerstenkamp, Wüstenfelde und Felsenstraße = 79.920,-- DM

2. Für die je zur Hälfte aus Mitteln der Bundesanstalt für AV und aus Mitteln des Landes bewilligten Beiträge der verstärkten Förderung werden folgende Darlehensbedingungen genehmigt:

Zinssatz: 2,5 v.H. jährlich,

Tilgung: innerhalb von 20 Jahren, unter Vorschaltung von 2 tilgungsfreien Jahren,

Verwaltungskostenbeitrag: 1/4 v.H. jährlich des ungetilgten Darlehensanteils

Fälligkeit des Schuldendienstes: halbjährlich nachträglich, am 1.6. und 1.12. eines jeden Jahres.

Beschluß: Nach Antrag:

17) Betrifft: Plakatwettbewerb Kieler Woche 1956 - Drs. 564 -

Berichterstatter: Oberbürgermeister Dr. Müthling

Antrag: Der Leistung einer außerplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 9.000 DM bei der neu einzurichtenden Haushaltsstelle 021/7181 - Vorbereitungen zur Kieler Woche 1956 - wird zugestimmt.

Die Deckung dieser Ausgabe erfolgt durch

- a) Einsparung eines Betrages von 4000 DM bei der Haushaltsstelle 021/718 - Kieler Woche -
- b) Sperrung eines Betrages von 5000 DM bei der Haushaltsstelle 98/681 - Verstärkungsmittel -

Beschluß: Nach Antrag.

18) Betrifft: Beschaffung einer 10 x 20 m großen Bühne für die Ostseehalle. - Drs. 560 -

Berichterstatter: Stadtrat Hartmann

Antrag: Der Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe von 1.700 DM im Finanzplan 1955 der Hafen- und Verkehrsbetriebe bei der Finanzplanstelle 8267/122 zu der bereits genehmigten planmäßigen Ausgabe von 13.500 DM bei gleicher Finanzplanstelle wird zugestimmt.

Die Mehrausgabe ist aus Rücklagen der Ostseehalle zu decken.

Beschluß: Nach Antrag.

19) Betrifft: Antrag der Fraktion Kieler Block betr. Aussprache über die Lärmbekämpfung in Kiel - Drs. 572 -

"Die Fraktion Kieler Block beantragt eine Aussprache über das Thema Lärmbekämpfung in Kiel.

Der Antrag wird mündlich durch Herrn Stadtrat Hartmann begründet."

Stadtrat H a r t m a n n verliest eingangs mehrere Beschwerdebriefe von Kieler Bürgern, in denen sich einmal Patienten des Parksanatoriums über den nächtlichen, insbesondere durch Autos verursachten Straßenlärm, und zum anderen Anlieger der Feldstraße/Düppelstraße/Adolfplatz und Anlieger der Schulstraße über den die Nachtruhe störenden Lärm durch Industriebetriebe beschweren. In den beiden letztgenannten Fällen hat das Ordnungsamt den Beschwerdeführern nach vorausgegangener Prüfung durch Polizeibeamte mitgeteilt, daß es keine Gründe sehe, um behördlicherseits einzuschreiten. Sprecher hat kein Verständnis dafür, daß das Ordnungsamt nach einmaliger Prüfung des Sachverhalts die berechnete Beschwerde von Hunderten von Bürgern ablehnt. Er verweist auf § 14 des Polizeiverwaltungsgesetzes und meint, daß dadurch genügend Möglichkeiten zum Einschreiten gegeben sind. Nach den inzwischen ergangenen gerichtlichen Urteilen ist es durchaus möglich, in bestimmten Fällen lärmeinschränkende Auflagen zu erteilen. Die Kieler Polizei und das Ordnungsamt müßten viel energischer als bisher gegen jeden ruhestörenden Lärm einschreiten. Die "Schwerhörigkeit" der Kieler Polizei sei schon sprichwörtlich. Zu den Beschwerden der Patienten des Parksanatoriums ist auf eine Hamburger Verordnung hinzuweisen, die an Krankenhäusern, Kliniken und Altersheimen vorbeiführenden Straßen für den nächtlichen Verkehr sperrt.

In seinen weiteren Ausführungen verweist Stadtrat Hartmann mit Nachdruck auf die gesundheitsschädigende Wirkung des Lärms und nennt als weitere Lärmquellen: nächtliches Hundegebell, unnötiges Auto- und Motorradhupen vor allem in den frühen Morgenstunden, Ansammlungen von Motorrädern an bestimmten Plätzen (z.B. Blücherplatz), Baulärm durch Mischmaschinen, laufende Automotoren beim Kohlenabladen usw., unnötig lautes Abladen der Milchwagen und Müllabfuhrwagen, Rollschuhlaufen der Kinder auf den gepflasterten Bürgersteigen vor den Häusern. Der Großstadtmensch wird durch den ständigen Lärm unaufhörlich gestört und gequält. Es müssen daher Möglichkeiten geschaffen werden, um gegen jeden, der Lärm verursacht, einschreiten zu können. In Kiel gibt es bisher lediglich Polizeiverordnungen betr. Teppichklopfen und betr. Hundegebell. Hamburg dagegen hat schon 1947 eine allgemeine Verordnung zur Bekämpfung des gesundheitsstörenden Lärms erlassen. Auch der Deutsche Städtetag hat eine Musterverordnung über die Lärmbekämpfung herausgegeben und seinen Mitgliedstädten empfohlen, sie zu übernehmen.

Sprecher bittet die Mitglieder der Ratsversammlung und des Magistrats, sich einmal zu überlegen, was in Kiel gegen den Lärm getan werden kann. Er bittet weiter, seine Ausführungen so aufzufassen, wie sie gemeint sind, nämlich in ernster Sorge um die Gesundheit der Bürger. Wer rücksichtslos ist, muß rücksichtslos bekämpft werden. Man sollte den Ordnungsausschuß beauftragen, sich unter Hinzuziehung der Verbände und Organisationen, die an der Lärmbekämpfung interessiert sind, mit der Frage der Lärmbekämpfung in Kiel eingehend zu befassen. Abschließend überreicht Stadtrat Hartmann jedem Mitglied der Ratsversammlung eine Zusammenstellung von Gerichtsurteilen über Lärmbekämpfung.

Ratsherr N o l t e bittet den Ordnungsausschuß, bei seinen Beratungen die vom Bundesverkehrsminister herausgegebene Musterverordnung über Lärmbekämpfung heranzuziehen.

Ratsherr W i n k e l m a n n ist der Meinung, daß man mit Gesetzen und Verordnungen allein den Lärm nicht abstellen kann. Es kommt entscheidend darauf an, daß jeder einzelne Bürger mithilft. Die Lärmbekämpfung kann nicht allein Aufgabe der Polizei sein, ganz abgesehen davon, daß dafür auch nicht genügend Polizeibeamte zur Verfügung stehen. Sprecher appelliert an die Bevölkerung, von sich aus alles zu tun, um den unnötigen Lärm zu bekämpfen.

Stadtrat Dr. M e i e r berichtet aus seiner Arbeit im Anti-Lärmausschuß des Kieler Kommunalvereins und schlägt vor, seitens der Polizei Phonogeräte einzusetzen, mit denen lärmenden Verkehrsteilnehmern nachgestellt werden kann.

Ratsherr S c h r ö d e r kann dem Vorschlag, die Fragen der Lärmbekämpfung an den Ordnungsausschuß zu verweisen, nicht folgen, da nach seiner Ansicht dieses Gremium ohnehin mit Arbeit überlastet ist und sich im übrigen schon viele Stellen mit diesen Fragen beschäftigen. Die Vorwürfe von Stadtrat Hartmann gegen die Polizei und das Ordnungsamt hält er für ungerecht. Man könne von diesen Stellen nicht verlangen, daß sie jede Beschwerde über Lärm zur Zufriedenheit des Beschwerdeführers erfüllen. Es ist für den Polizeibeamten schwer, über den über das normale Maß hinausgehenden

Lärm Feststellungen zu treffen, die er vor Gericht objektiv vertreten kann. Die Gerichte sind leicht geneigt, die Verfahren wegen Geringfügigkeit einzustellen. Man sollte ein wissenschaftliches Institut beauftragen, einen Lärm Spiegel festzulegen, der dann die Grundlage für die Arbeit eines Ausschusses sein sollte.

Ratsherr M a r t h steht auf dem Standpunkt, daß man nicht Einzelfälle, sondern die Gesamtsituation sehen muß. Man sollte die Angelegenheit an den Ordnungsausschuß verweisen und darüber hinaus die Landesregierung bitten, recht bald eine Verordnung zur Lärmbekämpfung zu erlassen, die dann die Grundlage für die Arbeit des Ordnungsausschusses bilden würde.

Stadtrat S c h u b e r t wendet sich als Vertreter des Dezerenten des Ordnungsamtes dagegen, daß dem Ordnungsamt und der Polizei ungerechtfertigte Vorwürfe gemacht werden. Nach seiner Meinung liegt das Problem bei der Behandlung polizeilicher Strafanzeigen durch die Gerichte. In vielen Fällen sind Anzeigen von Polizeibeamten, die zu einer Gerichtsverhandlung führten, wegen Geringfügigkeit eingestellt worden. Die Gerichte dürften solche Vergehen nicht als Bagatellsachen abtun, sondern müßten sie ahnden.

Es ist nicht allein damit getan, daß Polizei und Ordnungsamt gegen Lärmsünder vorgehen, sondern die ganze Bevölkerung müßte im Kampf gegen den Lärm mithelfen. Gegen lärmende Verkehrssünder sollte die Polizei jedes Mittel anwenden, das zum Erfolg führt. Die Polizei sollte künftig das Schwergewicht ihrer Arbeit auf den Sektor der Lärmbekämpfung legen.

Ratsherr R i t t e r bittet, die Autofahrer nicht so hinzustellen, als seien hauptsächlich sie die Lärmsünder. Alle Menschen müßten sich gegenseitig erziehen und unterstützen. Dann wird man auch am ehesten mit dem Lärmproblem fertig werden.

Beschluß: Die Angelegenheit wird zur Beratung an den Ordnungsausschuß verwiesen, der dazu die Organisationen und Verbände hinzuziehen soll, die an der Lärmbekämpfung interessiert sind.

20) Betrifft:
Anfrage der Fraktion Kieler Block betr. Vergünstigungen für Besucher aus der sowjetischen Besatzungszone - Drs. 573-

"Die Fraktion Kieler Block bittet, in der öffentlichen Ratsversammlung folgende Anfrage zu beantworten:

Was tut die Stadt Kiel für die aus der SBZ nach Kiel kommenden Besucher und welche Vergünstigungen und Annehmlichkeiten verschafft sie ihnen?

Die Anfrage wird durch Herrn Ratsherr Sichelschmidt begründet.

Es wird gebeten, die Beantwortung der Frage zur allgemeinen Aussprache zu stellen."

- Zurückgestellt -

21) Verschiedenes

a. Geruchsbelästigungen

Stadtrat S c h a t z führt aus, daß die Geruchsbelästigungen durch die Fischmehlfabrik an der Alten Lübecker Chaussee während der vergangenen warmen Sommermonate wieder zu zahlenreichen Beschwerden geführt haben. Einige Beschwerdeführer sprechen von einem "neuen Stinkviertel". Sprecher bittet das Ordnungsamt und das Bauaufsichtsamt, die Dinge zu prüfen und der Ratsversammlung in einer der nächsten Sitzungen zu berichten.

S t a d t p r ä s i d e n t teilt mit, daß ihm berichtet worden ist, es sei der Fischmehlfabrik eine neue Spezialanlage angeboten worden, die alle Gerüche beseitigt.

Ratsherr F i s c h e r weist darauf hin, daß in den warmen Sommermonaten auch der Schlachthof unangenehme Gerüche verbreitet hat.

Ratsherr T h a d d e y bemerkt, daß die Abfälle der Howaldtwerke, die in der Nähe des ehemaligen Munitionsdepots gesammelt werden, für die dortigen Anwohner eine erhebliche Geruchsbelästigung darstellen.

Beschluß: Die Anregungen werden dem Ordnungsausschuß zur Prüfung überwiesen. Stadtrat Borchert wird nach seiner Rückkehr vom Urlaub der Ratsversammlung über das Prüfungsergebnis berichten.

b) Erklärung des Ratsherrn Renger

Ratsherr R e n g e r weist darauf hin, daß Stadtrat Schubert bei der Beratung des Punktes 12 der Tagesordnung gesagt hat, die SPD wolle die Arbeit des vom Kieler Block besetzten Sonderausschusses lächerlich machen. Auch bei anderer Gelegenheit habe Stadtrat Schubert Redewendungen gebraucht, durch die die SPD herabgesetzt wird. Weiter sei bei verschiedenen Anlässen der Kieler Block als die Idealpartei hingestellt worden. Sprecher erklärt, daß er sich ganz entschieden gegen ein solches Vorgehen wendet. So, wie der Kieler Block es macht, könne man den politischen Kampf nicht führen.

Stadtrat S c h u b e r t wendet sich gegen diese Ausführungen und hält Ratsherrn Renger entgegen, daß die SPD bei verschiedenen Gelegenheiten zum Ausdruck gebracht hat, die bisher in Kiel geleistete Arbeit gehe auf ihre Initiative zurück.

Ratsherr Dr. S a l o m o n verweist auf die verschiedenen Grundauffassungen der Fraktionen zu bestimmten Fragen. Bisher sei die Arbeit im wesentlichen durch die Grundauffassung der SPD bestimmt worden. Nun, nachdem der Kieler Block die Mehrheit hat, ist es sein Bestreben, seine Grundauffassung bestimmend sein zu lassen.

- Kenntnis genommen -

H. Krause
Stadtpräsident

R. Hoff
Ratsherr
(Schriftführer)

Hallwamm
Ratsherrin

K.

Stadt Kiel
Der Oberbürgermeister

Kiel, den 22.9.55

- Hauptamt -
1) Widerspruch

2) U.

Herrn Stadtrat
zurückgesandt.

Hauptresidenz

Die Bescheidungsgegenstände sind durch die Bescheidungsbehörde während der Verhandlungen wieder zu zahlen. Einige Bescheidungsgegenstände sind jedoch nicht zu zahlen. Die Bescheidungsbehörde wird ersucht, die Bescheidungsgegenstände zu prüfen und der Bescheidungsbehörde in einer der nachfolgenden Sitzungen zu berichten.

Die Bescheidungsgegenstände sind durch die Bescheidungsbehörde während der Verhandlungen wieder zu zahlen. Einige Bescheidungsgegenstände sind jedoch nicht zu zahlen. Die Bescheidungsbehörde wird ersucht, die Bescheidungsgegenstände zu prüfen und der Bescheidungsbehörde in einer der nachfolgenden Sitzungen zu berichten.

Die Bescheidungsgegenstände sind durch die Bescheidungsbehörde während der Verhandlungen wieder zu zahlen. Einige Bescheidungsgegenstände sind jedoch nicht zu zahlen. Die Bescheidungsbehörde wird ersucht, die Bescheidungsgegenstände zu prüfen und der Bescheidungsbehörde in einer der nachfolgenden Sitzungen zu berichten.

Die Bescheidungsgegenstände sind durch die Bescheidungsbehörde während der Verhandlungen wieder zu zahlen. Einige Bescheidungsgegenstände sind jedoch nicht zu zahlen. Die Bescheidungsbehörde wird ersucht, die Bescheidungsgegenstände zu prüfen und der Bescheidungsbehörde in einer der nachfolgenden Sitzungen zu berichten.

Kommunale Kommission
Stadtpfleger
Stadtpräsident

Öffentliche Sitzung

1) Abschrift der Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung vom 15. September 1955 erhält das Büro des Stadtpräsidenten zur Kenntnis.

2) Auszüge erhalten

von Punkt 2a) b) der Niederschrift

"	"	3	"	"	Tiefbauamt z.K.
"	"	3	"	"	Stadtplanungsamt z.K. u.w.V.
"	"	4	"	"	Stadtplanungsamt z.K. u.w.V. 2 x
"	"	5	"	"	"
"	"	6	"	"	"
"	"	7	"	"	"
"	"	8	"	"	"
"	"	9	"	"	a) Tiefbauamt z.K. u.w.V. b) 2 x Kämmereiamt z.K. c) Rechnungsprüfungsamt z.K.
"	"	10	"	"	a) Tiefbauamt z.K. u.w.V. b) 2 x Kämmereiamt z.K. c) Rechnungsprüfungsamt z.K.
"	"	11	"	"	a) Tiefbauamt z.K. u.w.V. b) 2 x Kämmereiamt z.K. c) Rechnungsprüfungsamt z.K.
"	"	12	"	"	a) Schul- und Kult.A. z.K. und w.V. b) Stat. u.Wahlamt z.K. u. w.V. c) Büro des Stadtpräsidenten z.K.
"	"	13	"	"	a) Schul- und Kult.A. z.K. und w.V. b) Kämmereiamt z.K. c) Rechnungsprüfungsamt z.K.
"	"	14	"	"	a) Fürsorgeamt z.K. u.w.V. b) Kämmereiamt z.K. c) Rechnungspr.Amt z.K.
"	"	15	"	"	a) 2 x Kämmereiamt z.K. u.w.V. b) Rechnungspr.A. z.K.
"	"	16	"	"	a) 2 x Kämmereiamt z.K. u.w.V. b) Rechnungspr. A. z.K.
"	"	17	"	"	a) Presseamt z.K. u.w.V. b) 2 x Kämmereiamt z.K. c) Rechnungspr.A. z.K.

Von Punkt 18 der Niederschrift:

- a) Fremdenverkehrs- u. Ausst.A. z.K. u.w.V.
- b) 2 x Kämmereiamt z.K.
- c) Rechnungspr.A. z.K.
- d) Hafen- und Verkehrsbetriebe z.K.

" " 19 " " " " " " " " " " " "

- Ordnungsamt z.K. u.w.V.
- Fremdenverkehrs- und Ausst.A. z.K.

" " 20 " " " " " " " " " " " "

" " 21a " " " " " " " " " " " "

- a) Ordnungsamt z.K. u.w.V.
- b) Bauaufsichtsamt z.K.

Nichtöffentliche Sitzung

1) Abschrift der Niederschrift über die nichtöffentliche Sitzung der Ratsversammlung vom 15. September 1955 erhält das Büro des Stadtpräsidenten zur Kenntnis.

2) Auszüge erhalten

von Punkt 1 der Niederschrift:

Presseamt z.K.

" " 2 " " " " " " " " " " " "

- a) Theateramt z.K. u.w.V.
- b) Personalamt z.K.
- c) Rechnungspr.A. z.K.

" " 3 " " " " " " " " " " " "

- a) Fürsorgeamt z.K.
- b) Rechnungspr.A. z.K.

" " 4 " " " " " " " " " " " "

- a) 2 x Kämmereiamt z.K. u.w.V.
- b) Rechnungspr.A. z.K.

" " 5 " " " " " " " " " " " "

- a) Liegenschaftsamt z.K. u.w.V.
- b) Kämmereiamt z.K.
- c) Rechnungspr.A. z.K.

" " 6 " " " " " " " " " " " "

- "

" " 7 " " " " " " " " " " " "

- "

" " 8 " " " " " " " " " " " "

- "

" " 9 " " " " " " " " " " " "

- "

" " 10a " " " " " " " " " " " "

Hauptamt z.K. u.w.V.

3) Z.d.A.

Handwritten signature

Einen Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung
~~des Magistrats~~
der Ratsversammlung heute erhalten:

A m t	Betrifft:	Unterschrift - Datum -
	Punkt: Abschrift - 12	
Büro d. Stadtpräsidenten		Brault
	Punkt: 2a, b) - 9 - 10 - 11 -	Boyers 22/9
Zinhanamt		
	Punkt: 3-4-5-6-7-8 -	Boyers 22/9
Stadtplanungsamt		
	Punkt: 9-10-11-13-14-15-16-17-18 nichtöffentl. Sitzung: 4-5-6-7-8-9	Boyers 22/9
Kämmerei		
	Punkt: 9-10-11-13-14-15-16-17-18 nichtöffentl. Sitzung: 2-3-4-5-6-7-8-9	Boyers 22/9
Rechnungsprüfungsamt		
	Punkt: 12 + 13	Boyers 22/9
Schul- u. Kultusamt		Rimmer
	Punkt: 12	
Statistisches u. Wahlamt		Boeck
	Punkt: 14 - nichtöffentl. Sitzung: 3	
Friedensamt		Föhrike 22/9.55
	Punkt: 17 - nichtöffentl. Sitzung: 1	
Postamt		Kuempel 22/9

12.8.1922

A m t	Betrifft:	Unterschrift - Datum
-------	-----------	----------------------

Punkt: 18 - 20

Fremdenverkehr. + Reisek. Amt

Punkt: 18

Hafen- u. Verk. Betriebe

Punkt: 19-21a-

Ordnungsamt

Punkt: 21a

Bauaufsichtsamt

Punkt: nichtöffentl. Sitzung:

Theateramt

Punkt: nichtöffentl. Sitzung:

Personalamt

Punkt: nichtöffentl. Sitzung: 4-8

Liederschaffamt

Punkt:

Punkt:

Punkt: